links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

-Asyl: Der Verfassungsstreich?

-Auf dem Weg ins Nationalkonservative

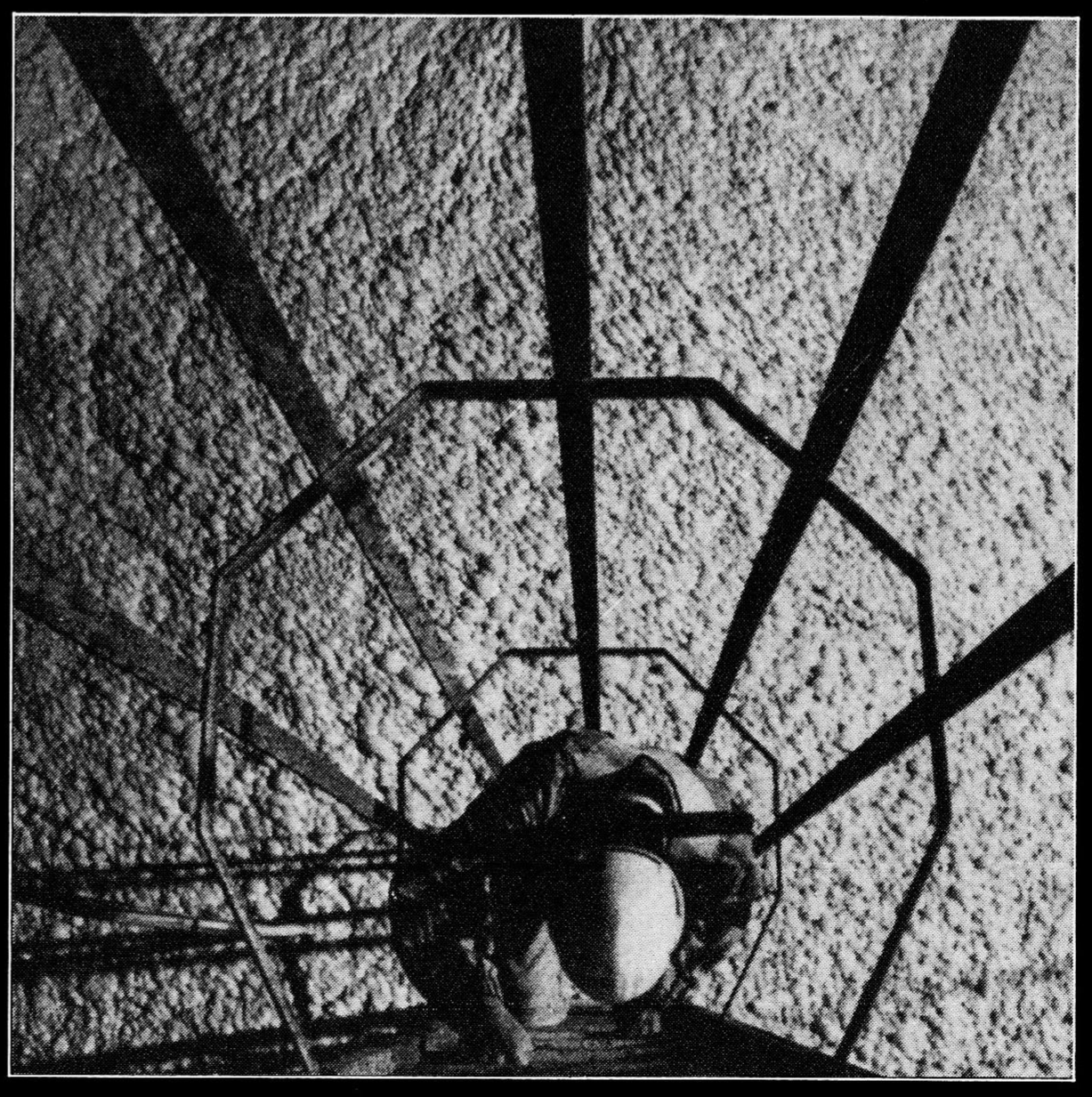
-Von Schrumpf- und Klugköpfen

-Streik: Viel Lärm um Nichts?

-Wer ist NIEMAND?

-Cuba — wohin?

DEUTSCHLAND IN DER KRISE



Offenbach Nr. 277 25. Jahrgang W:DM 7,—/ O: DM 4,— JUNI 1993

Liebe Leserinnen und Leser,

„Deutschland in der Krise" lautet der Schwerpunkt dieser Nummer und es geht um die Perspektiven Deutschlands ohne Mauer in einem Europa mit vielen neuen und alten Mauern. Das US-Magazin TIME schreibt: „Die deutsche Wirtschaft, einst ein kraftvoller Mercedes, klingt heute wie ein alter Fiat 600 auf den letzten Metern". Verantwortlich seien die hohen Sozialleistungen und der Verlust der Arbeitsmoral. Mitten in dieser Krise hat der neue Teil Deutschlands seinen ersten Arbeitskampf nach 56 Jahren Diktatur erlebt und dabei wurde deutlich, daß auch das alte „Modell Deutschland" nicht mehr das bleiben kann, was es einmal war. Es geht um mehr als Lohnangleichung Ost inmitten der politisch geförderten Deindustrialisierung und der weltweit verschärften Strukturkrise. Ein neuer Klassenkompromiß, ein institutioneller Konsens für ein neues Wachstumsmodell und eine neue Republik wird gesucht. Ob er gefunden wird und wie er aussieht, ist fraglich, wie aus den unterschiedlichen Positionen der Beiträge deutlich wird.

Während die Revision der vereinbarten Stufenpläne für die ostdeutsche Chemieindustrie einvernehmlich geschah und gerade zu einer Drei-Zeilen-Meldung führte, mußten die Metaller zwei, die Stahlarbeiter gar drei Wochen streiken, um materiell auf ein ähnliches Resultat zu kommen. Ein paar wenige gutsituierte Großbetriebe und eine zahnlose Rappe-Gewerkschaft einigen sich leicht, in der diversifizierten Metallbranche mit den vielen Krisenbetrieben muß um jedes Prozent gekämpft werden. Josef Esser weist in seinem Kommentar darauf hin, daß hier der althergebrachte Elitenkompromiß nur verschleiert, daß die Stellung der Bundesrepublik in der Weltmarktkonkurrenz und damit die materielle Basis eines sozial flankierten, ökonomisch erfolgreichen Akkumulationsmodells gefährdet ist. Uwe Wolf ergänzt die Streikanalyse um die Besonderheiten der Stahlindustrie, die ja nicht nur im Osten, sondern auch im Westen eine staatliche Subventionswirtschaft ist. Hier werden die Überlebenskämpfe weitergehen und die Solidarität an den Betriebstoren enden. Rheinhausen hoffte auf das Ruhr-Kartell und wird nun Opfer der Krupp-Hoesch-Ehe. Den Saarstahlern bleibt nur die Umwandlung in ein öffentlich finanziertes Privatunternehmen eines Möchtegern-Kanzlerkandidaten. Wer soll da den östlichen EKO-Beschäftigten helfen?

Wie soll es also weitergehen mit dem „Modell Deutschland"? Diese Frage stellt sich Wolfgang Fach und kommt im Gegensatz zu Josef Esser zu einem beinahe beschwichtigenden Ergebnis. Ein bißchen mehr Ungleichheit und Flexibilität wird sich in neue „fließende Gleichgewichte" gießen: etwas schlechter als früher aber noch besser als anderswo. Frieder Schlupp wird diese Debatte im nächsten Heft fortsetzen. Derselbe Gegensatz taucht in der Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften im zukünftigen Europa auf. Im vergangenen Heft wiesen Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater auf die Dilemmata und Gefahren für die Gewerkschaften im Zuge der europäischen Integration hin. Otto Jacobi sieht in diesen Bedenken und Kritiken nichts als Restbestände traditionslinken Denkens und in den Verträgen von Maastricht „die große Chance der Gewerkschaften". Zumindest Bedenken, ob sie diese Chance erkennen und nutzen können, kann auch dieses eurooptimistische Plädoyer nicht ganz vermeiden. Ingeborg Tömmel fragt in dieser Debatte erst einmal nach der tatsächlichen Funktionsweise dieser so vehement kritisierten und verteidigten supranationalen Institution. Die EG erscheint dabei als ein komplexes Laboratorium marktsimulierender Politikstrategien, die sich grundsätzlich von den nationalstaatlichen Methoden und Inhalten unterscheiden. Vielleicht ist die EG ja etwas ganz anderes, als die allzu schnellen Kritiker befürchten und die allzu oberflächlichen Verteidiger herbeisehen.

Wie man bei den vielen Opfern der Einheit, Modernisierung und Solidarität mit dem Kanzler noch Führungskraft bewahrt, zeigt uns Peter Kern. Symbolik ersetzt die Politik. Nur austrainiert muß man dafür sein, Herr Blüm, und symbolische Solidaritätsspenden von Börsenspekulanten auf Konto 1515-Ost genügen vielleicht als Vertrauensgeste von Nachtbarbesitzern, aber kaum von Gewerkschaftsvorsitzenden.

Zuguterletzt greifen wir mal wieder die Schuldfrage der Deutschen auf und zwar ganz bestimmter Deutscher: den 68ern. Sie sollen Schuld sein an unserem Desaster, den peinlichen Rechtsradikalen, dem Verfall unserer Moral, dem drohenden Ende des „anständigen Deutschen". Viele Beteiligte von damals begeben sich in die erste Reihe der Rufer nach mehr Staat und Autorität in der Erziehung. Daß es auch andere Stimmen gibt, daß man in dieses einfallslose Getöse weder einstimmen muß noch einstimmen sollte, zeigt Gisela Notz in ihrem Beitrag. Auch dieses Thema werden wir in der nächsten Nummer fortsetzen.

Die Redaktion

Die *links* erscheint im Juli als Doppelnummer (Juli/August 93). Der Auslieferungstermin verschiebt sich daher auf die zweite Juli-Woche.

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Felix Schneider, Sigrid Schönecker

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Sylvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Lothar Baier, Robert Detobel, Dieter Maier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: Antonia Hirsch

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Juli-August-Ausgabe '93 ist der 17.6.1993

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Luka Radenski
Das Floß der Medusa 4

Josef Esser
Viel Lärm um Nichts?!
Anmerkungen zum Streik in der ostdeutschen Metallindustrie 19

AKTUELL

Ludi Lodovico
Schrumpfköpfe oder Klugköpfe und über allem die ,,Aktoren'' 5

AKTUELLE DEBATTE

Alternative Liste Köln
Das Märchen von dem Land, in dem ohne Asylanten alles besser wurde 7

ASYLRECHT

Viktor Pfaff
Der Verfassungsstreich
Zum Asylrecht in spe — Teil II 10

NEUE APO ?

Michael Kegler / Jens Winter
Niemand
linksradikales Projekt oder
Zweckbündnis der Restbestände? 12

Uli Brand
Uffbasse — Dillmann wähle... 15

X. Meier
Libertäre Tage:
Ein Stimmungsbericht 16

THEMA: Deutschland in der Krise

Uwe Wolf
Der Stahl, die Solidarität und die Vernunft 20

Peter Kern
Die Führungskraft als Mensch wie Du und Ich
Symbolisches Management 22

Otto Jacobi
Auf dem Weg ins Nationalkonservative
Keine Alternative zur Europäischen Union 24

Wolfgang Fach
Veränderung durch Vereinigung?
Das ,,MODELL DEUTSCHLAND'' nach 1989 26

Ingeborg Tömmel
Die europäische Gemeinschaft:
Supranationaler Staat oder politische Agentur des Marktes? 28

INTERNATIONAL

Ulrich Brand
,,Diese Kriegswirtschaft wollen wir nicht, aber Kapitalismus auch nicht!''
Cuba, im Frühjahr 1993 30

Jörg Rode
Projekt ,,Wasserkraft ans Netz'' 33

Dieter Meier
Atomwaffen in Pakistan 34

REZENSION

Martin Stohler
Schweizer Armee
Geistige Achtungstellung nicht mehr selbstverständlich 35

Christa Oppenheimer
Und ich hab' sie ja nur auf die Schulter geküßt... 42

6 8 er

Gisela Notz
Gewalt der Jugendlichen — ,,Mitschuld'' der Linken? 36

REMEMBER

Carl-Wilhelm Macke
Ein Leben im Schatten von Tragödien
Zum 80. Geburtstag von Eduard Goldstücker — eines anderen 68er' 39

FILM

Holm-Detlev Köhler
Denunziantentum 40

Susanne Scholz
ORLANDO oder
DIE VERWANDLUNG 41

RUBRIKEN

Editorial 2
Termine 9
SB-Adressen 9
Leserbrief 18
cosa nostra:
Abonnement 43

Errata

In dem Artikel von Christa Sonnenfeld, (Fast) allen soll es schlechter gehen (*links* 5/93) hat das Satzgerät eine entscheidende Zeile verschluckt. Im 2. Absatz steht: ,,der Haushalt für Fortbildung, Umschulung und Einarbeitungszuschüsse für Erwerbslose wird nicht mehr finanziert und Eigenkündigung hat...''. Richtig ist: ,, der Haushalt für Fortbildung, Umschulung und Einarbeitungszuschüsse wurde *radikal gekürzt, Hauptschulabschlüsse für Erwerbslose werden nicht mehr finanziert* und Eigenkündigung hat...''.
Wir bitten um Entschuldigung.

LUKA RADENSKI

Das Floß der Medusa

„Einzig um die Absicherung des Herrschaftsbereichs der Könige ging es in den Kriegen. Die Götter, die sich mit den Erdgeistern konfrontierten, hielten die Vorstellungen bestimmter Kräfteverhältnisse lebendig. Ein Fries voll namenloser Soldaten, die, Werkzeug der Oberen, in jahrelangen Kämpfen über andere Namenlose herfielen, hätte die Sicht auf die Dienenden verändert, ihre Stellung angehoben, nicht die Krieger, die Könige trugen den Sieg davon, und wer siegte, durfte den Göttern gleich sein, während die Unterlegenen, die von den Göttern Verachteten waren. Die Begünstigten wußten, daß es keine Götter gab, denn sie, die sich deren Maske aufsetzten, kannten sich selbst. Desto mehr drängten sie darauf, sich mit Pracht und Würde zu umgeben. Die Kunst diente ihnen dazu, ihrem Rang, ihren Befugnissen den Anschein des Übernatürlichen zu verleihen." (Peter Weiss: „Coppi erklärt seinen Freunden den Pergamon-Fries", aus „Die Ästhetik des Widerstands")

Die Politik von UNO und EG in Bosnien scheint aufzugehen. Zeit gewinnen, so tun, als ob man sehr viel täte, den dabei entstehenden Nebel nutzen, um in Sonderverhandlungen mit den Anrainern dafür Sorge zu tragen, daß der Funke nicht überspringt. Mit Jelzins Sieg und der Lösung des Namensstreits zwischen Makedonien und Griechenland haben sich zwei wichtige Randvariablen positiv verändert. Ein Ende des Krieges scheint in Sicht. Die Lage der moslemischen Bosnier ist elender denn je. Nicht zuletzt weil die serbischen Truppen so gut wie alle ihre Kriegsziele erreicht haben, sind die Kämpfe jetzt (Mitte Mai 93) etwas abgeflaut. Die Kroaten versuchen sich gerade noch ihre Beute zu sichern, nachdem sie endlich gelernt haben, was die Weltgemeinschaft erwartet, nämlich vollendete Fakten, die man dann nur noch diplomatisch paraphrasieren und festschreiben muß. In den letzten Wochen hat die für Bosnien unheilvolle Politik der UNO und der Großmächte eine perfide Krönung erlebt, die letzten Reste von Glaubwürdigkeit und die mit Morillons geschicktem Handeln aufkeimende Hoffnung sind wohl endgültig dahin. Stationen dieser letzten Entwicklung waren das aufgeblasene Getue in Athen, der Kotau von Mitsotakis in Pale, die folgenlose Ablehnung des Friedensplanes durch die serbischen Führer in Bosnien und das Akzeptieren des sogenannten Referendums.

Jetzt bleiben noch wenige hunderttausende Menschen, die die neue „ethnisch reine" Ordnung auf dem Balkan stören. Sie können mit Hilfe der Blauhelme in die drei oder vier Schutzzonen (z.B. Tuzla) — man könnte auch sagen Gettos oder riesige Lager — gebracht werden, um dann, falls sie alles überleben, ideale Zielgruppe für Hilfswerke und NGOs zu werden.

Serbien und Kroatien werden vielleicht sogar Frieden schließen können, beide mit der Gewißheit, gesiegt zu haben.

Vor dem Krieg in Jugoslawien wußte kaum jemand in Europa, daß es innerhalb Europas eine größere autochthone Bevölkerung mit islamischer Tradition gibt. Nach dem Krieg werden diese Ignoranten vielleicht recht haben.

Was diejenigen bewegt, die das Grauen überleben, interessiert uns nicht. Doch vielleicht werden auch für uns die Gefühle dieser Menschen eines Tages bedeutsam.

vom Soldatentod seines Vaters berichtet und sie anfährt, er könne nicht weiter mit ihr sprechen, sofern sie nicht den kurzen Rock, den sie trage, gegen ein bodenlanges Gewand tausche und nicht ihr Gesicht angemessen bedecke? Dieser Krieg wird furchtbare Spuren hinterlassen, auf dem Balkan, in Europa und in der Welt. Nicht nur die Renaissance des nationalen und religiösen Eifers feiert hier Urständ, es ist vielmehr die von EG und UNO praktizierte SCHEINMORAL, welche das Individuum und seine universalen Rechte verhöhnt, die droht paradigmatisch zu werden für zukünftige Politik.

Im Naturzustand erwartet der Mensch nichts als die Gewalt des Stärkeren und richtet sich gemäß seinen Möglichkeiten darauf ein. Ich bin überzeugt, hätten die zu „Moslems" stilisierten Bosnier gewußt, was ihnen von EG und UNO blüht, sie hätten anders gehandelt. Sie hätten sich nicht die „Unabhängigkeit" oktroyieren lassen, hätten ihre Verteidigung besser organisiert oder wären schlicht rechtzeitig geflohen.

Die schönsten Moscheen Europas sind bestimmt wieder aufzubauen, die Traumata an den Überlebenden und ihrer Gemeinschaft sind irreparabel. Wer behaup-

Vielleicht wäre es an der Zeit, das vom Krieg heimgesuchte Bosnien und seine leidgeprüften Menschen ihrem Schicksal zu überlassen, ohne Blauhelme und ohne TV-Teams, um zumindest einigen einen etwas würdevolleren Tod zu ermöglichen, der nicht live in die Wohnstuben der zum helfenden Eingreifen unwilligen Welt übertragen wird.

Zum Beispiel der Historikerin aus Sarajewo, die mit ihren Töchtern seit fast einem Jahr in einem slowenischen Flüchtlingslager ausharrt, welches sie nur zu besonderen Anlässen verlassen darf. Was mag in ihr vorgehen, wenn sie ihren Sohn im Rollstuhl wiedersieht, der ihr stolz tet, dieser Krieg sei einer von einem Dutzend vergleichbarer Konflikte, irrt. Erst mit der Zeit wird man in Europa feststellen, wieviel uns dieser Krieg angeht und welche fatalen Folgen er auch für uns zeitigen wird. Dann wird es schon lange zu spät sein. ●

LUDI LODOVICO

Schrumpfköpfe oder Klugköpfe

und über allen die „Aktoren“

Quod licet Jovi, liceat bovi: Was im Parlament gilt, soll auch dem Volk recht sein. Wer im Parlament redet, ist nicht tot. Und was einer dort redet, ist fast egal, denn die Parteisekretäre und Fraktionsspitzen haben längst vereinbart, wo es lang geht mit den Autobahngebühren wie mit der Verfassung. Die Autobahngebühren gehören der Boulevard-Zeitung, die Verfassungsdiskussion dem Feuilleton. Das Zentralorgan der Schrumpfköpfe redet mit einer Stimme für schikanelose Staufreiheit; im gehobenen Feuilleton für Klugköpfe dagegen reden alle, aber kein Schwein hört zu. Die Diskussionsgegenstände sind also marktgerecht und optimal plaziert: den Schrumpfköpfen Stauräume im Kopf und freie Fahrt, den Klugköpfen dicke Bretter, die ihnen hochglanzpolierte immer-schon-Rechte und spätkravattierte-post-Linke an die Stirn nageln (Max Weber frei folgend).

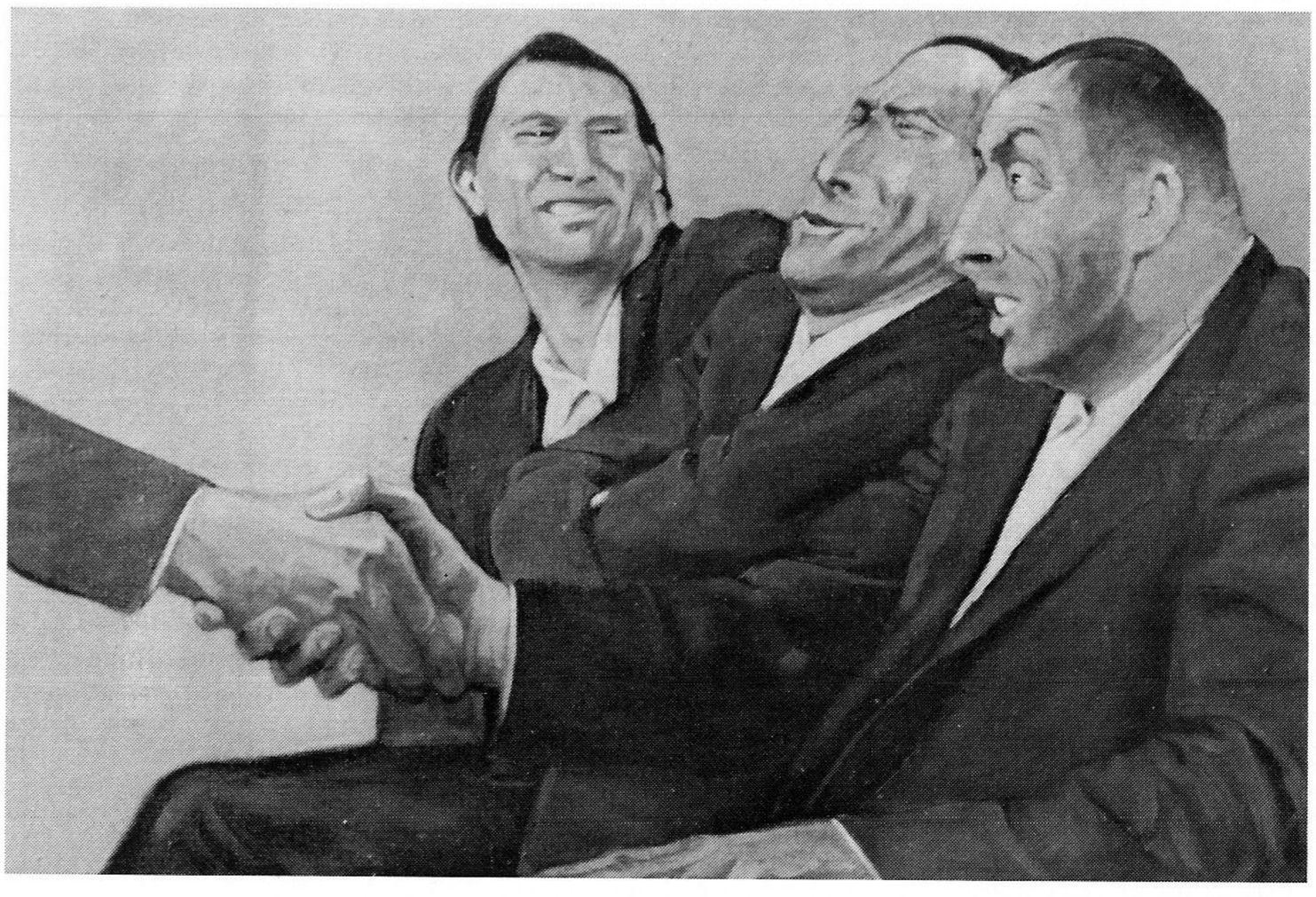
Die parlamentarische Grundfrage: Was kostet ein oppositioneller Gedanke? darf als gelöst betrachtet werden, seit Klose faktisch am Kabinettstisch sitzt und Engholm im Kieler Hafen dümpelt — Pfeife rauchend und unentwegt „existentielle Betroffenheit“ ausstrahlend. Jetzt steht er als Lügenbold da — angeprangert ausgerechnet von Spendenfachleuten wie Otto Tannaka Lambsdorff und anderen Briefträgern des großen Geldes, von Brasilienreisenden, Mercedes-, BMW-, Audi- und weiß-Gott-was-Abstaubern. Marktwirtschaftliche Mitnahmeexperten vom Kaliber eines Möllemann oder Krause sind dank ihrer „Dynamik“, wie man sagt, eine Zierde jeder Regierung, solange wenigstens, wie der substantielle Kern jener famosen Dynamik verborgen bleibt. Für die Parteien laufen die Dinge noch schlechter als bislang, seit die kapriziöse Dame namens Verdrossenheit dem Wahlvolk den Kopf verdreht. Bei der jüngsten Direktwahl hessischer Bürgermeister und Landräte gingen vielerorts gerade noch 50 % der Wahlberechtigten zur Urne. Kein Wunder bei der Auswahl. Einem FAZ-Kommentator fiel dazu der Vergleich von Wählerinnen und Wählern mit Kindern ein: die wollten auch immer etwas Neues zum Spielen und ließen es dann nach wenigen Stunden prompt links liegen. Die Hessinnen und Hessen wünschten die Direktwahl zu 80 %, und jetzt gehen sie einfach nicht hin. Die Parteien rufen, und das Volk kommt nicht. Guter Rat ist da teuer.

Alt gewordene Lieferanten des Meinungsbetriebs von G. Koenen über C. Leggewie (mit mehr Zucht in der Schule vorwärts zur „Reparaturgesellschaft“) bis zu A. Bolaffi (Plädoyer für die „ursprüngliche Akkumulation des Bürgersinns“) helfen auch nicht weiter. Die Zivilgesellschafter von gestern werden nervös und scheinbar scharf auf Gewalt. Wie man auch bezeichnen mag, was Marx „ursprüngliche Akkumulation“ genannt hat, daß es sich um eine äußerst gewaltsame Epoche der Geschichte gehandelt hat, ist völlig unbestritten. Dies macht den Begriff zum idealen Partner von waschechtem Bürgersinn, dessen Leichen weltweit zu besichtigen sind. So viel zur neuesten Mode im Westen — der gegenaufklärerischen Kostümierung aufklärerischer Begriffe.

Die SPD sucht andere Wege aus der Sackgasse. Der Frankfurter Stadtkämmerer hatte keine Lust mehr, sich mit seinem defizitären und hochverschuldeten Laden herumzuschlagen. Er offerierte großzügig seinen Rücktritt, sofern er im Gegenzug zum Geschäftsführer einer städtischen Wohnungsbau-Holding gemacht würde (Jahresgehalt DM 250 000,- plus Accessoires: Referent, Fahrer, Dienstwagen etc. — nicht grad netto, aber trotzdem ganz nett). Und die Grünen signalisierten beflissen Zustimmung. Daß der Coup dann doch platzte, liegt überhaupt nicht an ihnen, sondern an der Empörung braver Sozialdemokraten, Gewerkschafter und der veröffentlichten Meinung.

Der gediegenen Feministin Heide Pfarr, ex-Staatsministerin in Hessen, soll man nicht vorwerfen, daß sie sich Küche und Bad auf Staatskosten renovieren ließ. Derlei kann schon einmal passieren im verwirrenden Großangebot des Selbstbedienungsladens öffentlicher Dienst (und wenn man obendrein falsch beraten wird). Vorzuwerfen ist Heide Pfarr, was jedes Schulkind seltsam finden muß. Quizfrage: Frau Pfarr mietet eine Wohnung für DM 700,-, erhält aber dafür DM 1400,- Landeszuschuß. Dafür? Wofür? Oder trägt die so dämlich Hüte, weil sie auf den Kopf gefallen ist?

Wofür arbeite ich? Das wird sich Franz Steinkühler von der Metaller Gewerkschaft auch gefragt haben. Wofür liegt meine Million auf dem Trockenen, wenn man den Stoff doch an der Börse laufen lassen kann, wo er flüssig wird und sich vermehrt — ganz „automatischer Fetisch“? Am 1. Mai machen wir für die Dummis auf Klassenkampf, aber im Leben halten wir es mit den stärkeren Bataillonen, mit dem „Geld heckenden Geld“, dem man die „Narben seiner Entstehung“ (MEW 25, S. 405) nicht mehr ansieht. Wenn demnächst auch bei Mercedes Kurzarbeit anliegt, wird der



J. Grützke, Begrüßung

feine Kollege Börsenjobber seinen Leuten Tips vermitteln, wie sie erstens Millionäre werden, und wie sie zweitens mit weniger Lohn mehr Geld machen können — ab an die Börse, Kolleginnnen und Kollegen, dort hat „Geld ... Lieb' im Leibe" (ebd., S. 406)! Wer redet denn noch traditionalistisch von Gewerkschaft, Arbeit und ähnlichem Schrottzeug? Anlageberatung heißt die Devise. Das bringt mehr als Lohnarbeit — für einige wenigstens (Modernisierer aufgepaßt: ein neues Feld für gewerkschaftliche Bildungsarbeit tut sich da auf).

Die Diskussionen bei der SPD belegen die Einsicht, daß die Partei radikaler werden will, um 1994 zu gewinnen. Dazu ein paar zeitgemäße Anregungen. Wie wäre es — für den Anfang — mit einem anderen Volk? Oder mit einer Wahlpopulation von pflegeleichten Halbidioten? Vielleicht ließe sich auch der Parteiname verkaufen oder vermieten für den Wahlkampf in Usbekistan, um hier dann mehr Bargeld investieren zu können im Bundestagswahlkampf. Soll der SPD-Kassierer gleich mit den Mitgliederbeiträgen in die Spielbank nach Monte Carlo fahren oder an der Frankfurter Börse ein wenig herumspekulieren? Redegewandte Kandidatinnen und Kandidaten könnte man gewinnbringend ausleihen, z.B. als Drückerkolonnen bei Volker Hauff (SPD), der schon für Springer arbeitet. Das neueste Gerücht: Die SPD steigt ins lukrative Parteigründungsgeschäft ein und macht es wie der KBW (für die jüngeren Leser: Kommunistischer Bund Westdeutschland), der zwar politisch entschlafen ist, aber dessen Häuptlinge als Erben und Hausbesitzer ganz gut überleben.

Schließlich: wie wäre es mit dem finalen Deal — einer Totalrationalisierung — Volk, Regierungen, Parlamente und Oppositionen einsammeln und alles der Bundesbank oder einem Makler übergeben; die privatisieren das Ganze und treten die Geschäftsanteile an altgediente Politiker ab, die als Gegenleistung nur noch kassieren und nicht mehr mitreden und mitregieren. Was als wüste Wucherung aus Dauer-Talkies, Kontoinhabern, Bürokraten, Justiz- und Staatslingen sowie „guter" Gesellschaft immer nur Ärger und Defizite produzierte, würde plötzlich Gewinne einfahren wie die Hoechst AG. Deren Pannenserie ist übrigens endgültig erklärt worden mit dem bedauerlichen Überleben unberechenbarer und dummer Menschen unter den blitzgescheiten und sauberen Maschinen in der Fabrik. In dem Maße, wie es gelingt, die Menschen zu eliminieren, können sich die überlebenden Aktionäre ihre Konten störfallfrei vollpumpen lassen — von Maschinen, pardon: „Maschinenaktoren"

Zwei Schweizer Professoren haben jetzt die „Nationalökonomie", ein besonders putziger Ausdruck für die Metaphysik der ordinären Betriebsamkeit, endlich auf den Punkt gebracht: „Die Marktwirtschaft als Vorbild einer Ordnung für Menschen und Maschinen" (FAZ 8.5.93). Geahnt hatten wir es schon vor über 20 Jahren bei der Lektüre von „Seniors letzter Stunde" im ersten Band des „Kapital" (MEW 23, 237 ff.): Der Kapitalismus war immer begleitet von „barbarischen Vorstellungen,... namentlich in Köpfen, die ebenso praktisch im Verwertungsprozeß interessiert sind, als sie ein Interesse haben, ihn theoretisch mißzuverstehen". Jetzt wird eins drauf gesattelt: Menschen und Maschinen sind gleichermaßen „freie Aktoren", auch wenn die Eidgenossen „vor einem Mißverständnis warnen", indem sie Menschen und Maschinen gleichzeitig als „Aktoren von unterschiedlicher Qualität und Dignität" bezeichnen. Worin die Differenz liegt und wie sie sich äußert, sagen die beiden Alpin-Maschinisten nicht. Die vom Kapital diktierte Ordnung der Maschinerie soll das Muster abgeben für die Zurichtung der Menschen. Am Tisch sitzen nicht länger die Interessenten von Kapital und Arbeit. „Ordnungspolitik" fragt nach den Regeln, „nach denen Menschenaktoren mit Maschinenaktoren und Maschinenaktoren mit Menschenaktoren umgehen sollen". Neu ist das nicht, nur etwas plumper gesagt als sonst. Der an Einfalt schwer überbietbaren FAZ-Wirtschaftsredaktion fiel dazu nur die Bildunterschrift ein, für das Genie Charlie Chaplin sei in *Modern Times* „schon die berechenbare Welt der Zahnradmechanik ein verwirrendes Mysterium" gewesen. „Komplexe Maschinen" und „Informatiksysteme" — „freie Aktoren" im Newspeak — sind natürlich mit bloßem Menschenverstand gar nicht mehr zu erfassen. Marx: „Des Menschen Herz ist ein wunderlich Ding, namentlich wenn der Mensch sein Herz im Beutel trägt" (MEW 23, S. 241). Und wenn sich der „Aktor" Maschine zur Tat aufrappelt, haben die Zweibeiner trotz „Dignität" und anderem Firlefanz nichts mehr zu lachen: „In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen (sc. den Arbeitern), und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt" (MEW 23, S. 445), sofern sie nicht (mit Steinkühler) zu den Börsenheinis türmen. ●

Das neue Projekt: Die Ökonomischen Clubs

Im Februar dieses Jahres wurde in Oberursel ein neues Projekt gegründet, das in erster Linie drei Ziele verfolgt:

Ziel 1:
Als spielerischen Anreiz bietet das Projekt ein Börsenspiel, für das jeder Ökonomische Club 100 000 DM fiktives Kapital erhält, welches er in riskante oder weniger riskante Wertpapiere anlegen kann. Einmal im Monat wird der "Gewerkschaftliche Börsenbrief" verschickt, in dem Erfolg und Mißerfolg der diversen Depots aufgelistet ist. In dem Börsenbrief befinden sich dann noch allerlei Tips und Informationen zu diversen wirtschaftlichen Fragen von der Tarifpolitik bis zum haussierenden Optionsschein.

Ziel 2:
Als erwünschter Nebeneffekt des Börsenspiels erwartet und erhofft sich das Projekt die Herausbildung von ökonomischer Kompetenz. Die Spekulation der Clubmitglieder lautet daher: Wer zunächst spielerlisch gelernt hat, gekonnt und erfolgreich mit Geld umzugehen, der wird sehr bald auch in der Lage sein, das eigene Geld gut anlegen zu können. Wir sind nämlich der Auffassung, daß es keineswegs der Wahrheit letzter Schluß sein kann, mühsam verdientes Geld mit mageren 3% Zinsen auf der Bank schmoren zu lassen, - wir können uns da wesentlich effektivere und aufregendere Formen der Geldanlage vorstellen.

Ziel 3:
Die ökonomische Kompetenz soll aber nicht nur den Clubmitgliedern zu gute kommen, in den Clubs wird auch für soziale und ethische Prinzipien in der Wirtschaft gestritten. Die Clubs werden sich nicht nur in die Wirtschafts- und Tarifpolitik der Gewerkschaften einmischen, sie wollen sich auch aus dem Blickwinkel einer moralischen Ökonomie für eine soziale Marktwirtschaft und eine gerechtere Weltwirtschaft einsetzen.

Einmal im Jahr soll ein Jahrestreffen in der DGB-Bundesjugendschule stattfinden. Dort werden wirtschaftliche Fragen diskutiert, die Clubstrukturen überdacht und neue Regeln verabschiedet werden. Die einzelnen Clubs stellen ihre Arbeit vor, es soll Ausstellungen, Kunst, Kultur und zum Schluß ein Fest geben. (Medien)öffentlichkeit ist ausdrücklich erwünscht.

Wer Interesse an dem Projekt hat, der kann in Oberursel ein Prospekt anfordern, in dem die Ziele, die Mitgliedschaft und die Spielregeln des Projektes genaustens erläutert sind. Die Vorausetzungen für die Mitgliedschaft sind, so viel vorweg, relativ leicht zu erfüllen. Obwohl sich das Projekt vornehmlich an Jugendliche richtet, besteht bezüglich der Mitgliedschaft keine Altersbegrenzung. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist erwünscht, aber keine Vorausetzung. Einem Ökonomischen Club müssen mindestens drei Personen angehören.

Berthold Happel

ALTERNATIVE LISTE KÖLN

Das Märchen von dem Land, in dem ohne Asylanten alles besser wurde

Es war einmal ein Land, das lag zwischen Stammtisch und Stammheim, zwischen Elbe und Flut, zwischen Rhein und Raus, und man nannte es Deutschland. Die Menschen dort hatten große Angst, denn König Helmut hatte den Staatsnotstand ausgerufen, weil — ungeheuer — viele Asylanten Einlaß begehrten; so viele, daß je 160 Deutsche von einem Asylanten umzingelt wurden. Außerdem konnten die Asylanten zaubern, denn sie waren gleichzeitig so faul, daß sie den Deutschen auf der Tasche lagen und so fleißig, daß sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnahmen.

So sahen die braven Bürger schwarz und rot und gelb und grün. Da beschloß der tapfere König Helmut, zusammen mit dem tapferen Junker Björn, das Ungeheuer zu vertreiben; und sie schlugen mit Schnellverfahren und Sozialhilfekürzungen um sich, bis das Grundgesetz sehr schwer verletzt war und auch der letzte Asylant nach Hause ging.

Das war der glückliche Tag, an dem sich alle Sorgen in Deutschland auflösten in Wohlgefallen. Die Häuflein in den Vorgärten stammten fortan nur noch von deutschen Schäferhunden. Beim Einkauf waren die Menschen sehr froh, alldieweil sie dort all die leckeren Büchsen und Dosen wieder ganz für sich allein hatten. Die Wohnungsnot war zu Ende, denn glückliche deutsche Familien zogen in die Asylantenbaracken. Sie machten dort alles sehr gemütlich und gründeten den Wettbewerb „Unser Containerdorf soll schöner werden". Die Krankenkassen sparten so viel Geld, daß der Durchschnittsbetrag statt 153,80 DM nur noch 152,50 DM kostete. Unser Schatzkanzler Theo war plötzlich so reich, daß er versprach, die Mehrwertsteuer zu senken — und zwar von 14 auf 16%.

Den bösen Skinheads aber wuchsen all die Haare nach, die ihnen die Asylanten vorher vom Kopf gefressen hatten. Sie wurden zu friedlichen Blumenkindern und aus ihren Baseballschlägern sprossen grüne Zweiglein. Fortan entsagten sie der Gewalt und halfen stattdessen alten Omas und Behinderten höflich um die Ecken. Was aber, liebe Leute, geschah mit den Asylanten? Die waren glücklich und zufrieden zurückgekehrt in die Elendsviertel, Gefängnisse und Folterkammern ihrer Heimat. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

Die aktuelle Debatte über die Forderung nach Offenen Grenzen wurde in *links* 4/93 von Felix Schneider eröffnet. Ihm antworteten in der letzten *links* Jörg Lauterbach und Thomas Kunz. Die Debatte wird mit dem nachfolgenden Beitrag fortgesetzt. Eine Antwort erfolgt im nächsten Heft.

Bevor man den an den seriösen Kern der Debatte um „Offene Grenzen" gelangen kann, muß zuerst einiges an erkenntnishemmendem haarsträubenden Sprachgebrauch weggeräumt werden. Wenn in der *links* 4/93 u.a. von der „ungestalteten Immigration bedeutender Massen" und von „ungesteuerter und unkontrollierter Massenimmigration" geredet wird, hebt das die bekannte Flut-Metaphorik nur auf eine intellektuelle Ebene. Die Vorstellung offener Grenzen aktualisiert scheints auch bei aufgeklärten Menschen das „Heuschreckensyndrom": im Augenblick ist die angebliche Notwendigkeit einer rigiden globalen Bevölkerungspolitik gegen die Armen ein Punkt maximaler Übereinstimmung der Linken mit den Herrschenden. Die Parallelen mit dem Menschenbegriff der Eugenik und der Abtreibungsgegner liegen auf der Hand. Auch dort soll einer Überschwemmung vorgebeugt werden (der des Genpool durch „minderwertige Erbanlagen); auch dort wird die Biologie zum Schicksal.

Und natürlich sind die „Massen" im Sinne eines Rassismus ohne Rassen „weder sozial, noch politisch oder kulturell integrierbar". Sie bedeuten sogar „den Ruin des Sozialstaates und das Ende geregelter und halbwegs gesicherter Arbeitsverhältnisse". J. Lauterbach wiederholt in der *links* 5/93 das Argument: Durch offene Grenzen würde dem „Sozialstaat endgültig der Garaus gemacht" werden und die quasi-Naturkonstante des „Bevölkerungsrassismus weiter angeheizt werden". Wir sind halt nur begrenzt aufnahmefähig, und „wir können nicht die sozialen Probleme aller Länder dieser Welt lösen. Deshalb müssen wir die Zuwanderung von Ausländern mit Hilfe von jährlichen Quoten begrenzen und kontrollieren" (FR-Anzeige der SPD zur Erläuterung der Parteitagsbeschlüsse vom 20. 11.92).

Damit fallen linksliberale und reformistische Linke auf den (in anderen Kontexten durchschauten) rechten Diskurs herein, daß die Ursachen des Sozialstaatsabbaus in seiner Überstrapazierung durch Bedürftige (oder „Sozialbetrüger") lägen. Sie analysieren den Sozialsektor nicht mehr als System schwer erkämpfter, abgestufter Gratifikation mit der Funktion, Menschen wieder für den Arbeitsmarkt wiederherzustellen und bekräftigen stattdessen den Mythos vom „Kuchen", der als Manna irgendwie vom Himmel fällt und der nicht für alle reicht...

Hier hat sich fast alles, was linke Politik ausmacht, verflüchtigt. Begriffe wie „Integration", „Kultur", „Sozialstaat" werden als bürgerlich-individuelle Errungenschaft unreflektiert benutzt und der klassische Gegensatz zum widrigen und gefahrvollen Naturereignis der „Menschenmasse" konstruiert. Dieser Ansatz kann folgerichtig weder in den ImmigrantInnen, noch in der hiesigen Bevölkerung politisch Handelnde entdekken, weshalb die Argumentation ontologisch bleibt. Wenn in dieser Weise von einem „Flüchtlingsproblem" gesprochen wird, so ist mit Adorno zu antworten, daß wer die Menschen zu einem „Problem" macht, sie zu Objekten reduziert und seine Vorurteile rationalisiert.

Der plausibel klingende Verweis auf die fehlgeschlagene Flüchtlingspolitik in den USA dient in erster Linie dem Ausmalen von Bürgerkriegsängsten: Wollt ihr South Central LA bei uns zu Hause oder dann doch lieber die „Anderen", die „Armen" da lassen, wo sie herkommen (in ihrem selbstangerichteten Chaos)? Die Opfer werden noch einmal zu den eigentlich Schuldigen an den zerstörerischen Folgen der riots gemacht. Unterschlagen werden die LA-Cops, die ihre „Überfremdungsängste" durch rassistisch motivierte Lynchjustiz abarbeiteten.

Systematisch gesprochen: Die USA sind nicht am „Programm multikultureller Gesellschaft" (Lauterbach) gescheitert, sondern es wurden ethnische Spaltungen entlang der kapitalistischen Arbeitsteilung und der sozialen Schichtung durchgesetzt. Genauso gibt es aber auch wirksame politische Initiativen zur Überwindung dieser Ethnisierungsversuche (Antidiskriminierungsge-

setze etc.).

Bei diesen Ausgangspunkten von Schneider et al. ist nur folgerichtig, wenn noch nicht einmal der Staat (als rational-instrumenteller, nüchterner Apparat), sondern der *National*-Staat (und das heißt in der BRD natürlich als völkischer) gegen alle Empirie zum Garanten für Bürger- und Menschenrechte gemacht wird. Ausgerechnet der Nationalstaat BRD, der das Asylrecht abschafft, der Totalverweigerer in den Knast steckt, der AusländerInnen einer Sondergesetzgebung unterwirft, der Waffen an die Türkei liefert und seine politischen Gefangenen der ,,weißen Folter", der Isolationshaft, unterwirft — ausgerechnet der als Garant der Menschen- und BürgerInnenrechte — darauf muß mensch erstmal kommen.

Es ist trivial (und nur eine argumentative Hintertür), diesen Konsens mit dem Bestehenden darum zu ergänzen, daß zu linker Politik u.a. die Einforderung und Durchsetzung eines anderen StaatsbürgerInnenrechts gehöre — weg vom Blut- und Abstammungsrecht; das allgemeine Wahlrecht für AusländerInnen etc. Die Vergabe von relativen Rechtspositionen an klar umgrenzte, ausgewählte Minderheiten (Einwanderungs- bzw. Einbürgerungsgesetze) ist ein Bestandteil einer selektiven Sozialpolitik, dient der Spaltung und nicht der allgemeinen Gleichstellung.

Dies begrifflich kulminieren zu lassen in den Forderungen nach Europäisierung der Flüchtlingspolitik (Schneider) kann kein ernsthaftes Ziel sein. Wenn wir uns an die albanischen Flüchtlinge in Bari und an die Patrouillen in den spanischen Küstengewässern erinnern, dann wird klar, daß die Abschaffung des Asylrechts in der BRD und die Infrarotanlagen und die neue Mauer an der Oder genau die real-existierende ,,Europäisierung" ist, die so unbedarft gefordert wird.

Zerrbilder der Flut

Kommen wir von der Wirklichkeit der Sprache zur Wirklichkeit der Dinge. Die Argumente, mit denen die Emotionen angeheizt werden, um die ,,notwendige" Abschottung des Staatsterritoriums zu rechtfertigen, entbehren jeglicher realen Grundlage. Die ,,knappen" Güter, um die der Bürgerkrieg beim Verzicht auf staatliche Grenzkontrollen auszubrechen droht, sind in praxe so knapp gar nicht:

Beispiel Wohnraum: In Köln z.B. gibt es abertausende Quadratmeter leerstehenden Wohnraum, der lediglich Spekulationszwecken dient. Darüberhinaus leben in zahllosen luxussanierten, geräumigen Wohnungen nur Ein-Personen-Haushalte. Die verfügbare Wohnfläche/Kopf der Bevölkerung ist in den letzten Jahren von 25 auf 38 qm gestiegen. Was machen da ein paar hunderttausend Menschen mehr im Jahr statistisch aus? Würde die Wohnraumpolitik nur geringfügig im Sinne von wenig finanzkräftigen Menschen bzw. Familien geändert, und würden die Singles ihre atomisierte Lebensweise reflektieren, gäbe es keinerlei erwähnenswerte Probleme mehr mit der Unterbringung von ZuzüglerInnen. Im übrigen fände die Gesamtbevölkerung der BRD bequem auf den Vordersitzen ihrer PKWs Platz. Soviel zu den wirklichen ,,Gedrängefaktoren" bei offenen Grenzen.

Finanzielle Aufwendungen: Im Jahr 1992 wendete die Bundesrepublik Deutschland ca. vier Milliarden DM für den Unterhalt von Flüchtlingen auf. Insgesamt ist die BRD jedoch trotz ihrer Probleme immer noch eines der reichsten Länder der Welt. Sie leistet sich z.B. auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks einen Verteidigungshaushalt von 60 Milliarden DM oder einen viele Milliarden teuren Umzug der Hauptstadt nach Berlin. Der ,,Kollaps des Sozialstaats" ist auch in dieser Hinsicht offensichtlich keine Naturkonstante, sondern ein Verteilungsproblem.

Wir müssen uns außerdem von dem Gedanken verabschieden, bei einer Öffnung der Grenzen bzw. bei Beibehaltung des ursprünglichen Artikel 16 ströme die ganze Welt in die BRD, um ,,unseren" Wohlstand zu genießen. Die Zerrbilder von den ,,ganzen marokkanischen Dörfern", die auf ihren Dorf-TVs den Luxus der Zeil bestaunen und auch gerne ein Stückchen vom Kuchen abhaben möchten, sind in erster Linie Projektionen multikultureller Dezernenten. Die Kälte, Fremdheit und stubstanzlose Hektik unseres Zivilisationsmodells ist für die Wahrnehmung der BRD-Gesellschaft durch ,,Fremde" wesentlich relevanter.

Die wenigsten Flüchtlinge kommen freiwillig hierher. Sie sind zumeist aus tiefen Notsituationen geflohen, die durch eine ruinöse internationale Wirtschaftspolitik mitverschuldet sind. Durch eine Wirtschaftspolitik, die auch hier Menschen verdinglicht und von wirtschaftlichem Kalkül abhängig gemacht hat. Diese Abhängigkeiten sind in den meisten Regionen der 3. Welt extremer und führen akutere Existenzbedrohungen mit sich als in der BRD. Doch auch die Binnenwanderung z.B. innerhalb der EG, der BRD und innerhalb der Städte folgt dem Wohlstandsgefälle: ist die alleinerziehende Frau, die von der Sozialhilfe leben muß und in die Trabantenstädte abgeschoben wird, weniger ,,Wirtschaftsflüchtling" als die SüditalienerInnen, die in Zwangsmobilität Richtung Lombardei versetzt worden sind?

Das, was hier in der BRD als Realität und ,,Normalität" wahrgenommen wird, ist für den überwiegenden Teil der Weltbevölkerung eine exotische Ausnahme. Ein Alltag mit Kleinfamilie, Autobahnen, sozialer Kälte, frischen Nahrungsmitteln und frischem Wasser, medizinischer Vorsorge, mehreren Dutzend Fernsehprogrammen: das alles ist Ausdruck einer absolut minoritären (und zerstörerischen) Zivilisationsvariante.

Die reale Wohlstandinsel

Im ,,Weltmaßstab" gesehen hat man eben in der BRD im Durchschnitt schon etwas zu verlieren: kaum ein anderes nationales Kapital hat sich so effektiv organisiert, daß die meisten anderen Regionen der Welt einen ,,Tribut" zahlen müssen: in Form billiger Arbeitskräfte, fast kostenloser Rohstoffe, der Abhängigkeit von technischen Monopolen und — für den ,,Notfall" durch die Besatzung durch eine hochgerüstete Armee.

Von dieser Ausbeutungssituation und rassistischen Weltwirtschaftsordnung profitieren alle, die hier ihren Kaffee für 8,— DM das Pfund kaufen (müssen) mit.

Da ist es unseres Erachtens nicht mehr als das selbstverständliche Recht für die Menschen, denen ihre Lebensgrundlagen zerstört worden sind, hierher zu kommen. Das Recht der ,,Opfer" zu den ,,Tätern" kommen zu können, und sie mit ihrer Existenz zu konfrontieren ist eine elementare humanistische Selbstverständlichkeit. Es muß nicht erst veredelt werden, ist nicht erst dann ,,progressiv", wenn es in ein Programm zur Beseitigung der Fluchtursachen (also zur Zerschlagung der kapitalistischen Weltwirtschaft?) eingebettet ist.

Daß die Universalität der Menschenrechte durch die Existenz von Grenzen unzulässig eingeschränkt wird, war bereits ein Einwand von Hegel. Die Anerkennung des Menschenrechts auf Gleichheit ist auch heutzutage nicht eine Erfindung autonomer Sektierer, sondern radikaldemokratisches Visum. Und das umschließt im momentanen historischen Moment eben auch das Recht aller Menschen auf eine soziale Sicherung — und zwar im Prinzip auf mindestens ebenbürtigem Level wie für die Massen in den Metropolen zugänglich.

Das geht weltweit nicht?! So viele Kühlschränke und Autos verträgt die globale Ökologie nicht? (die will auch niemand!). Der Wohlfahrtsstaat ist nur in den hochindustrialisierten Ländern möglich? Verräterische Einwände: ihre Benutzer akzeptieren augenscheinlich, daß die Weltordnung rassistisch ist und daß der Zufallstreffer, in der BRD geboren zu sein, ausreicht, um die unverdienten Privilegien verteidigen zu wollen.

Es gibt kein Flüchtlingsproblem, sondern nur problematische aufnehmende Gesellschaften, die bereit sind, die Kosten ihrer Lebensweise zu ,,externalisieren" und dies durch ideologische Bezeichnungen wie ,,Wohlfahrtsstaat" zu verschleiern.

Verhallt diese politisch-moralische Kritik ungehört, bleibt uns immer noch der Appell an den strategisch klugen Eigennutz: Wieso fällt den Neo-Mauerstützern nicht auf, daß

z.B. an Flüchtlingen auch das eingeübt wird, was für die Mehrheit der Bevölkerung zum Leitthema der Sozialpolitik werden soll: Die Hetze gegen ,,Sozialbetrüger" und Leute, die ihr mieses Arbeitslosengeld nebenher aufbessern (müssen) und die faschistischen Sprüche über die ,,Asylbetrüger" ähneln sich doch! Die Ämter, die die Lager bauen und kontrollieren, sind die gleichen, die z.B. die Arbeitskraft mit Hilfe von Überwachungen oder Gen-Screening genau berechnen und über unsere Köpfe hinweg einsetzen wollen.

Es wäre also im ,,objektiven" Interesse, für eine möglichst gute Absicherung von Flüchtlingen einzutreten. Wenn ein Minimum an Sicherheit vorhanden ist, fallen sie als Drohpotential für die Aushöhlung von sozialen und tariflichen Garantien weg. Wer also ein sozialpolitisches Chaos verhindern will, muß für offene Grenzen sein.

Trotz Stacheldraht und Asylrechts-Abschaffung: unkontrollierte Migration wird auf jeden Fall weiter stattfinden — dann eben illegal und unter permanenter Abschiebungsbedrohung. Die Haltung pro oder contra ,,Offene Grenzen" sagt dann nur etwas darüber aus, welchen Rechtsstatus man den EinwanderInnen zugestehen will: d.h. ob sie als gleichberechtigte BürgerInnen anerkannt werden — oder ob sie in eine Nischenexistenz abgedrängt werden und die BRD einen drastischen Schritt hin zu einem offenen Apartheidsregime tut.

Wo 80 Millionen BürgerInnen satt werden, werden es auch 90 Millionen. Wir sollten uns darüber freuen, daß durch Zuwanderung mehr Menschen in die BRD kommen, die ihre eigenen Erfahrungen im Widerstand gegen unsere Gegner hier (z.B. mit BAYER in Südafrika, mit VW in Brasilien) gemacht haben. Sie haben die Barbarei unseres gesellschaftlichen Systems in der Regel klarer und unverhüllter erlebt und wir hoffen, voneinander lernen zu können, wie das ungerechte System der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums angegriffen werden kann. ●

Andrea Capitain, Gerd Riesselmann, Gerhard Krieg, Dieter Asselhoven, Joachim Zoepf, Michaela Schuh (Alternative Liste Köln)

Haß auf Ausländerhaß?

Angesichts eines neuen, griffigen Feindbildes, des ,,rechtsradikalen Deutschland", ist es doppelt angebracht, die Instrumente der Selbstkritik zu schärfen, damit die Kritik nicht zu einer ,,unsauberen" Technik, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen teils nachzuäffen, teils anzuheizen, verkommt. Die Theorie muß den gesellschaftlichen Zusammenhang erarbeiten und die manifesten Gegensätze ,,gedanklich" zum Verschwinden bringen. Auch die politische Praxis darf sich nicht in der ,,Abschaffung" der Neonazis erschöpfen, sondern muß eine — als praktische durchaus spalterische — Methode zur Erforschung des Zusammenhangs sein.

Es spricht Ilse Bindseil (Berlin), die zuletzt im ça ira Verlag das Buch ,,Haß auf Ausländerhaß. Streitschriften zur Lage" veröffentlicht und mit Monika Noll das Jahrbuch ,,Frauen III: F wie weiblich" herausgegeben hat.

Termin: 29. Juni '93, 20 Uhr
Ort: Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15, Freiburg

Psychologie und Rassismus

Trotz aller öffentlichen Nachfrage nach psychologischen oder sozialpsychologischen Theorien, die eine Erklärung von Nationalismus, Neonazismus und Rassismus versprechen, wird die kritische Sozialpsychologie der 20er Jahre, die sich eben diesen Phänomenen widmete, kaum herangezogen. Ein Grund dafür ist sicher die neue Begeisterung für Autorität, die viele ,,Alt 68er" von den ,,staatsbürgerlichen Tugenden" schwärmen läßt, ohne die ,,die Politik kaputtgeht" (Claus Leggewie). Eine Konsequenz dieses Versäumnisses ist Rationalisierung: die ,,Risikogesellschaft" sei eben überkomplex und die Jugend verarbeite ihre ,,Entfremdungsangst" mittels ,,Überfremdungsangst" (Wilhelm Heitmeyer), oder sie ließe, im Osten, ihrem ,,Gefühlsstau" (Maaz) die Zügel. Eine andere Konsequenz ist die Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit, man wirft sich mangelndes Verständnis für die Eltern vor und kritisiert — so der Freiburger Psychoanalytiker Tilman Moser beim Wiederlesen von Alexander und Margarete Mitscherlichs Buch ,,Die Unfähigkeit zu trauern" — den eigenen adoleszenten Überschwang und Nihilismus. So kommt es, daß man wenig über die Psychologie des Rassismus erfährt und um so mehr über die Psyche der Psychologien.

Es spricht Sophinette Becker (Frankfurt), die in der Abteilung für Sexualwissenschaft des Klinikums der Universität arbeitet und Mitherausgeberin der ,,Zeitschrift für Sexualforschung" ist.

Termin: 25. Juni '93, um 20 Uhr
Ort: Hörsaal 1009 (Kollegiengebäude I) der Universität Freiburg

Frauen- und Menschenrechte

Vom 14. bis 25. Juni 1993 findet in Wien im Austria Center die UNO-Menschenrechtskonferenz statt. Parallel dazu organisieren internationale NGOs (Nicht-staatliche Organisationen) eine Konferenz (NGO Forum) und eine Vielzahl von Veranstaltungen, Workshops, Info-Stände etc., um ihre Arbeit zu präsentieren und auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Diese NGO-Aktivitäten werden ebenfalls im Austria Center und an mehreren Orten in der Stadt stattfinden und sind offen zugänglich.

Frauenrechte wurden bisher international von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen vernachlässigt und ignoriert. Daher haben Frauen weltweit begonnen, sich zu organisieren und Menschenrechte für Frauen einzufordern. Bei der Menschenrechtskonferenz werden internationale Frauenorganisationen Menschenrechtsverletzungen an Frauen aufzeigen, Forderungen einbringen, ihre Arbeit präsentieren, Workshops veranstalten, sich vernetzen und gemeinsame Strategien planen etc. In einem Teil des Austria Centers wird ein Frauenzentrum als Treffpunkt und Aktionsort eingerichtet werden — ,,The Rights Place for Women".

Geplante Frauenaktivitäten:

10.-12. Juni: NGO-Forum Arbeitsgruppe Frauenrechte als Menschenrechte
15. Juni: Tribunal über Menschenrechtsverletzungen an Frauen
15. Juni: Frauenkonzert und Fest
16.-18.6.: Workshopreihe ,,Worldwide Military Violence Against Women"
19. Juni: Ganztägige Großveranstaltung auf der Donauinsel: ,,Fest statt Festung"
außerdem: 10.-25.6. Filmfest im FILMCASINO zu Menschenrechtsthemen

Die Termine sind vorläufig, endgültige Termine werden im Konferenzprogramm angekündigt. Organisation der NGO-Aktivitäten: BIM (Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte) Möllwaldplatz 4, 1040 Wien, Tel. 504 46 79, Koordination: Ingeborg Schwarz.

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Groeger, Weststr. 88, 4800 Bielefeld, Tel. 0521/888308
Bremen: Wolfgang Völker, Thedinghauser Str. 69, 2800 Bremen
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6
Hannover: Ursel Fischer, Bredenbecker Str. 4, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/441553
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

VIKTOR PFAFF

Der Verfassungsstreich Zum Asylrecht in spe — Teil II

Im ersten Teil dieses Artikels den wir in der Mai-Nummer abdruckten, unterzog Viktor Pfaff die Entwürfe für ein neues Asylrecht einer eingehenden Analyse. Der zweite Teil geht um den Ausschluß der Rechtsmöglichkeiten gegen Abschiebungen und um das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten".

Machen sich politisch Verfolgte, gegen die nach den §§ 26a, 31 IV AsylVfG-Entwurf entschieden wurde, die Hoffnung auf gerichtlichen Rechts- und Abschiebeschutz, dann entpuppen sich die Vorschriften vollends als satanische Verse. Auf der Grundlage des § 31 I soll zunächst einmal verhindert werden, daß ein sogenannter Stopantrag überhaupt gestellt werden kann. Denn es heißt dort: „Wird der Asylantrag nur nach § 26a abgelehnt, ist die Entscheidung zusammen mit der Abschiebungsandrohung nach § 34a dem Ausländer selbst zuzustellen. Sie kann ihm auch von der für die Abschiebung oder für die Durchführung der Abschiebung zuständigen Behörde zugestellt werden. Wird der Ausländer durch einen Bevollmächtigten vertreten oder hat er einen Empfangsberechtigten benannt, soll diesem ein Abdruck der Entscheidung zugeleitet werden." Zustellung kann durch Aushändigung erfolgen? (VwZustG) Zustellung also durch Aushändigung auf dem Weg zum Flughafen oder zur Landesgrenze. Die Vorschrift ergänzt das Verwaltungs- und Finanzjustizentlastungsgesetz vom 31.3.1978 trefflich.

Die Abschiebung oder Zurückschiebung würde aber durch einen sog. Stopantrag gar nicht gestört, denn Artikel 16a II 3 läßt den Vollzug aufenthaltsbeendender Maßnahmen trotz eingelegtem Rechtsbehelf zu. Nun muß man wissen, daß die Exekutive und die Legislative — jedenfalls im Asylbereich — von einem abgrundtiefen Mißtrauen gegen die rechtssprechende Gewalt geprägt sind. Aus diesem Grund ist in § 34a AsylVfG festgelegt, daß das Gericht — ich zitiere — die Abschiebung in den sicheren Drittstaat nicht nach § 80 oder § 123 VwGO aussetzen darf. Das eine ist das Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes aufgrund eines Stopantrages; das andere ist das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel, eine einstweilige Anordnung zu erreichen.

Die Justiz ist an die Kandare der ersten und zweiten Gewalt genommen. Ein Gericht dürfte z.B. im eingangs erwähnten Iraker-Beispiel (siehe Teil I) nicht entscheiden: Die Abschiebung wird gestoppt, weil sich Spanien insoweit als unsicherer Drittstaat erwiesen hat. Denn Spanien ist in der Verfassung als sicherer Drittstaat festgelegt.

Spätestens an dieser Stelle zeigt sich, daß das kommende Asylrecht die Ausgeburt der Paarung von Politikerwahn und ministerialbürokratischer Perfektion ist.

Franßen, wie Rothkegel Richter am Bundesverwaltungsgericht und zugleich dessen Präsident, hat sich in einer Pressemitteilung vom 10. Februar 1993 u.a. wie folgt geäußert: „Was aber soll ein Grundrecht im Verfassungshimmel, wenn man es von dort praktisch nicht mehr herunterholen kann, und was soll ein einfach gesetzlicher Abschiebungsschutz als Kern des Asyls, wenn damit die Feststellung verbunden ist, der Flüchtling sei, obwohl politisch verfolgt, nicht im Sinne des Grundgesetzes asylberechtigt? Es ist diese Diskrepanz, die dazu führt, daß der Asylkompromiß zwar dem Wortlaut nach, also De jure, weiter von einem Grundrecht auf Asyl ausgeht, De facto aber noch nicht einmal das Asyl im Sinne eines Abschiebungsschutzes als Institutsgarantie sichert. Warum hält man an einem Grundrechtsinhalt, den man nicht mehr garantieren kann, mit der Folge fest, daß der neue Artikel 16a sich weniger als Grundrechts-, sondern statt dessen eher als Grundrechtshinderungsvorschrift liest, während man das, wozu man ohnehin völkerrechtlich verpflichtet ist und was man demgemäß ohne Wenn und Aber garantieren muß, ohne grundrechtlichen Schutz läßt?"

Der sichere Herkunftsstaat

Der sichere Herkunftsstaat ist durch Artikel 16a III dadurch gekennzeichnet, daß dort weder politische Verfolgung noch erniedrigende Behandlung stattfindet. Letzteres ist der Bezug auf Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Ein Ausländer aus einem solchen Staat gilt nicht als politisch verfolgt, es sei denn, er trägt Tatsachen vor, aus denen sich das Gegenteil ergibt.

Wie ist auf der Grundlage des Asylverfahrensgesetzes mit solchen mutmaßlichen Irrläufern umzugehen? Der Einzelentscheider muß sich zunächst selbst entscheiden: Lehnt er als offensichtlich unbegründet ab oder anerkennt er? § 29a I läßt keine sog. Einfachablehnung zu. Das Gesetz kennt also keine bona-fide-Flüchtlinge aus einem sog. sicheren Herkunftsstaat. Rumänien ist im Asylverfahrensgesetz zu einem solchen erklärt. Aber selbst das Auswärtige Amt geht in seiner Auskunft vom 4.8.92 noch davon aus, daß das Verhältnis zwischen Zigeunern und der übrigen rumänischen Bevölkerung nach wie vor nicht frei von Spannungen sei; gewichtige Anlässe vorausgesetzt, seien Ausschreitungen auch heute nicht auszuschließen. Roma, die sich tätlichen Diskriminierungen durch Flucht entziehen, sind demnach anzuerkennen oder als mißbräuchliche Asylantragsteller zu denunzieren. Eine differenzierte Entscheidung ist nicht zugelassen. Dasselbe Gesetz, das den Flüchtling zum Objekt degradiert, degradiert den Einzelentscheider zur Maschine.

Auch künftig beträgt die Frist für den Stopantrag eine Woche. Sie deckt sich mit der einwöchigen Ausreisefrist (§ 36 III und I). Das Bundesverfassungsgericht hatte im Beschluß vom 2.5.1984 die Wochenfrist für „im Grundsatz verfassungsrechtlich unbedenklich" erklärt (BVerFG NJW 1984, 2030). Jedoch hat das Bundesverfassungsgericht auch entschieden, daß eine Wochenfristregelung in Verbindung mit einer weiteren verfahrensrechtlichen Regelung den Rechtsschutz in verfassungswidriger Weise beschränken kann (BVerfG NJW 1988, 1255, 1256). So ist es auch hier: die Zeitgleichheit von Ausreisefrist und Rechtsmittelfrist schränkt den Rechtsschutz aus folgenden Gründen in unzumutbarer Weise ein.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Vielzahl von Entscheidungen darauf hingewiesen, daß die Rechtsordnung sicherstellen muß, daß einem Rechtssuchenden durch die Versäumung von Fristen nicht in schematischer, rigoroser Weise Rechtsnachteile zugefügt werden (BVerfG E 36, 298, 302), jedoch ist verfassungsnotwendig als Mittel der Sanktionsmilderung ein Institut der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

vorzusehen (BVerfG E 60, 251, 271 ff.) Die Deckung von Ausreisefrist und Rechtsmittelfrist, verbunden mit der unmittelbaren Aufenthaltsbeendigung nach Fristablauf, verhindert im Falle des Entwurfs, das Palliativ Wiedereinsetzung tatsächlich zu ergreifen. Das ist um so gravierender, als es sich bei Asylantragstellern ausschließlich um Ausländer oder Staatenlose handelt, die überwiegend der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig sind und die Rechtsmittelbelehrung in einer dem Betroffenen unverständlichen Sprache erteilt wird. Nicht selten sind Asylantragsteller Analphabeten, was bekanntlich nicht vor politischer Verfolgung schützt.

Mit Beschluß vom 7.4.1976 hatte das Bundesverfassungsgericht ausgeführt (BVerfG NJW 1976, 1021), daß die Rechtsschutzgarantien der Artikel 19 IV und 103 I GG es verbieten, die Versäumung einer einwöchigen Einspruchsfrist, soweit sie auf unzureichenden Sprachkenntnissen beruht, als verschuldet im Sinne des Wiedereinsetzungsrechtes anzusehen. Hier stellt sich die Frage sehr viel schärfer: Es geht nicht um verschuldet oder unverschuldet, es geht darum, daß bei Versäumung der kurzen Frist ein Wiedereinsetzungsantrag wegen der Aufenthaltsbeendigungsmaßnahmen schon nach der Konstruktion des Gesetzes in der Regel nicht mehr gestellt werden kann. Ergebnis insoweit ist, daß wenigstens die zu setzende Ausreisefrist angemessen über die Rechtsmittelfrist hinaus zu erstrecken ist.

Gesetzgeberische Rechtsverweigerung

Im Entwurf wird offenbar davon ausgegangen, daß Stopanträge nicht begründet werden müssen. Denn die Frist ist in der Regel nicht einhaltbar. Bestimmt der Gesetzgeber Fristen, die in der Regel nicht einhaltbar sind, handelt er maliziös und damit verfassungswidrig. Dabei muß selbstverständlich zunächst davon abgesehen werden, daß es die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gibt. Denn das Institut der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist kein Mittel gegen grundsätzlich nicht einhaltbare Fristen.

Der Asylantragsteller kann gerade ein gerichtliches Eilverfahren nicht alleine führen. Er benötigt hierzu einen fachlich qualifizierten Prozeßbevollmächtigten. Diesen muß er zunächst ausfindig machen, einen Termin vereinbaren und wahrnehmen können. Ein Dolmetscher muß zugezogen werden. Der Bevollmächtigte, wenn er erst in diesem Verfahrensstadium beauftragt wird, muß erst Akteneinsicht nehmen. Das Eilverfahren ist ein schriftliches Verfahren. Der Vortrag muß glaubhaft gemacht werden, eventuell durch Vorlage einer eidesstattlichen Versicherung. Häufig ist nach Akteneinsicht ein weiterer Besprechungstermin für eine qualifizierte Antragsbegründung erforderlich. Dann muß der Anwalt die Begründung fertigen, schreiben lassen und dem Gericht mitteilen. Dies ist alles binnen einer Woche nicht zu bewältigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß Rechtsanwälte sich ihren Terminkalender nicht beliebig für derartige Mandate vorsorglich freihalten können.

Foto: Alternative Liste Köln

Es wird nicht bestritten, daß in zahlreichen Fällen, vielleicht sogar in der überwiegenden Zahl der Fälle, gerichtlicher Rechtsschutz gegen offensichtlich-unbegründet-Entscheidungen des Bundesamtes aussichtslos sind und Rechtsmittel deshalb unterbleiben sollten. Jedoch sind in zahlreichen Fällen offensichtlich-unbegründet-Entscheidungen offensichtlich rechtswidrig. Hieran hat der Gesetzgeber das Rechtsschutzverfahren auszurichten. Die einwöchige Frist zur Begründung des Stopantrages bedeutet gesetzgeberische Rechtsverweigerung in verfassungswidriger Weise.

Auch in diesem Verfahrensbereich nimmt der Gesetzgeber die Justiz an die Kandare. Das Gericht hat seine Entscheidung innerhalb einer Woche zu fällen. So steht es in § 36 III, S. 5 AsylVfG. Dann folgt eine höchst merkwürdige Regelung. Während für die Sachentscheidung der Einzelentscheider zuständig ist, kann die Kammer einen Beschluß fassen, dessen Inhalt die Verlängerung der Wochenfrist um eine Woche ist. Dies kann mehrfach geschehen. Ab der zweiten Verlängerung darf der Beschluß aber nur gefaßt werden, wenn schwerwiegende Gründe vorliegen. Die Kammer hat also zu kontrollieren, ob der einzelne Richter ruckzuck arbeitet. Was geschieht eigentlich, wenn die Kammer feststellt, eines ihrer Mitglieder hat die zwei Wochen ohne ausreichende Begründung überschritten? Schiebt dann die Behörde trotz offenem Eilverfahren ab? Ist bei derartigen justizinternen Kontrollen die Unabhängigkeit des Richters noch gegeben? Und noch etwas: Das Gesetz verbietet in § 36 III zwar nicht die mündliche Verhandlung im Eilverfahren, aber die gleichzeitige Verhandlung über die Klage selbst — wie dies heute bei vielen Gerichten aus prozeß-ökonomischen Gründen üblich ist, ohne daß dadurch eine Verfahrensverzögerung einträte. Man kommt also zum Ergebnis, daß sowohl in Artikel 16a selbst wie im Asylverfahrensgesetzentwurf eine Reihe von Regelungen enthalten sind, die zumindest eine verfassungsrechtliche Schieflage beinhalten, und daß ferner in einem Rechtsbereich, der die Achtung der Menschenwürde zum Gegenstand hat, der Gesetzgeber die Justiz zum Büttel der Verwaltung macht. Damit ist der Grundsatz der Gewaltenteilung tangiert.

Verfassungsrechtliche Schieflage

Die Änderung der Asylgesetzgebung ist noch kein Staatsstreich, aber ein Verfassungsstreich. ●

Viktor Pfaff ist Rechtsanwalt und Spezialist in Sachen Aslyrecht. Langjähriges ai-Mitglied.

MICHAEL KEGLER / JENS WINTER

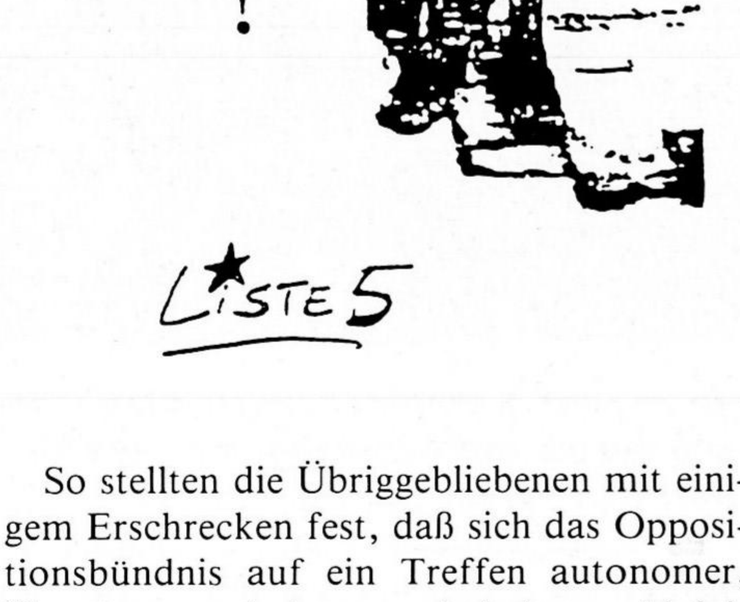
NIEMAND

linksradikales Projekt oder Zweckbündnis der Restbestände?

Wir befinden uns im Jahr 1993, das Jahr 3 nach der Wiedervereinigung. Die ganze Linke ist demoralisiert und von Selbstzweifeln befallen. Die ganze Linke? Nein! In einem von unbeirrbaren Illusionisten bevölkerten Kaff im Osten Frankfurts leistet man erbitterten Widerstand. Wer? NIEMAND!

Der Lokalredakteur der Frankfurter Rundschau verstieg sich glatt in Euphorie, als er die Einladung zur ersten Sitzung des „Offenbacher Oppositionsbündnisses“ auf den Tisch gefaxt bekam. Er erkannte unter den beiden ErstaufruferInnen eine frühere Stadtverordnete der SPD, daß der andere Sprecher der PDS war, erkannte er nicht, und sah das „entstehende Bündnis“ bereits über die Fünf-Prozent-Hürde hopsen. Die erste aufgeregte Reaktion eines erschrockenen „Demokraten“ ließ nicht lange auf sich warten: In Form eines Leserbriefes und in geschraubten Sätzen attestierte er den Linken eine „manichäische Demokratiefeindlichkeit“ und trug dazu bei, den Saal beim ersten Treffen mit über 50 Interessierten zu füllen.

Ein wahres Panoptikum von Ex-Ehemaligen-Noch-Wie-auch-immer- und Irgendwie-Linken traf sich im August '92 im Kolleg einer Offenbacher Eckkneipe um oppositionelle Standpunkte zur bevorstehenden Kommunalwahl zu diskutieren. Die Herangehensweisen waren so unterschiedlich wie die TeilnehmerInnen selber. Die PDS interessierte vor allem die Schaffung eines Wahlbündnisses links von den Grünen, womit sie zum ersten mal seit ihrer Gründung wieder mit der DKP konform gehen konnte, während sich auf dem anderen Flügel libertäre und autonome Kräfte zusammenfanden, die in Vorgesprächen höchstens einen König aber eigentlich lieber doch NIEMANDen zur Wahl stellen wollten. Dazwischen massenhaft Parteiabtrünnige, traditionelle EinzelkämpferInnen und Grüne. Soweit so gut. Wie bei dieser Zusammensetzung kaum anders zu erwarten, endete bereits der erste Abend in einem Eklat. Ein Mitglied der Grünen mußte klarstellen, daß linke Inhalte bei diesen am besten aufgehoben seien, das „Oppositionsbündnis“ mithin schon längst existiere und die „Linken“ nur noch dort eintreten müßten, als Basis sozusagen. Eine offene Liste mit „Kommunisten“ lehnte ein anderer Grüner kategorisch ab, und so fiel an dem Abend bereits der erste (fast) einstimmige Beschluß — das großzügige Angebot wurde abgelehnt. Bei den nächsten Treffen blieben die besagten Grünen und alle Anderen, die immer zu Hause bleiben, wenn sich ein politisches Vorhaben konkretisiert, der Veranstaltung fern.



So stellten die Übriggebliebenen mit einigem Erschrecken fest, daß sich das Oppositionsbündnis auf ein Treffen autonomer, libertärer und kommunistischer „AktivistInnen“ zusammengeschrumpft hatte. Dazwischen tummelten sich, trotz dieses leicht entflammbaren Gemischs, unerschrockene IndividualistInnen verschiedener Couleur. Die ersten Diskussionen in diesem Kreis verliefen tastend, vorsichtig und mehr als stokkend. Ein erster Höhepunkt dieses Kennenlernspiels war der Abend, an dem ein DKP-Mitglied wegen der allgemeinen Schwäche den außerparlamentarischen Kampf ausrief, während ein Genosse vom anarchistischen Flügel sich für die Teilnahme an den Kommunalwahlen stark machte. Allerdings, wie sich versteht, nicht im konventionellen Sinn, denn in der Diskussion war zu diesem Zeitpunkt bereits unter der Parole „NIEMAND vertritt unsere Interessen, wenn wir es nicht selber tun“, in den sich anbahnenden Wahlkampf einzugreifen. Eine typisch linksradikale Parole, wie ein kluger Kopf im PDS-Landesvorstand bemerkte. In der Folge stellten alle Beteiligten dieses amüsanten Politzirkels mit Erstaunen fest, daß sie ganz vergessen hatten, sich in Flügelkämpfen aufzusplittern und aufeinander einzudreschen. Vielmehr wurde es nach und nach zur Sitte, inhaltlich und kontrovers zu diskutieren, wodurch eine gemeinsame Kritik an den Verhältnissen zum Vorschein kam.

Bis heute ist nicht völlig geklärt, welche Gründe die einzelnen zum Bleiben bewegten. Ist es das Harmoniebedürfnis der mittlerweile geächteten „Radikalen“ oder ist es etwa die gemeinsame Ablehnung des „Systems“? Was draus zu machen ist die Kunst, gerade unter den nicht wegzuharmonisierenden Bedingungen der parlamentarischen „Demokratie“. Darüber kann auch nicht das von vielen im Munde geführte Vorhaben, den Parlamentarismus mit seinen eignen Mitteln anzugreifen, hinwegtäuschen.

Als sich das „Offenbacher Oppositionsbündnis“ entschloß, NIEMAND legal zur Wahl aufzustellen, war es sich dessen bewußt. Den Wahlkampf als Zeit höherer Politisierung zu nutzen, um darin kreative und unkonventionelle Formen des Widerstands zu testen, war eine Begründung es doch zu tun, die andere war die, daß auch enttäuschten linken ProtestwählerInnen die Möglichkeit zur Stimmabgabe gegeben werden sollte. Die Positionen lassen sich leicht den entsprechenden Spektren zuordnen.

NIEMAND sollte aber auch ein Versuch sein, die Geschichte der letzten Jahre (Jahrzehnte, Jahrhunderte???) aufzuarbeiten, um zu verstehen, warum Linke mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der damit veränderten außen- und innenpolitischen Position Deutschlands ihre Sprache und vor allem ihre Kritikfähigkeit verloren haben. Dies ist nicht nur ein Problem der Parteien, die mit ihrer Geschichte und sich selbst zermürbende Kämpfe führen; gerade auch bei den Undogmatischen, Autonomen und Libertären aller Schattierungen, die ei-

nen solchen Bruch nicht in dem Maße zu verarbeiten hätten, ist Frustration und Desillusionierung allerorten spürbar.

Das Klima für linksradikale Ideen ist zum einen denkbar schlecht, zum anderen wurde auch versäumt, eine auffangende Verbindung von Theorie und Praxis auszubilden, die sich der neuen Situation anpassen könnte. Muß das so bleiben? Das Verweilen bei selbstbefriedigenden Ritualen ist auf die Dauer nicht ausreichend. Für das Überleben der Ideen sind Neuorientierungen unabdingbar, und gerade dann, wenn politische Arbeit sich mehr oder weniger bewußt gegen den Zeitgeist richtet.

NIEMAND erkennt noch strukturelle Widersprüche!

In jeder Gesellschaftsformation gibt es fundamentale strukturbildende Widersprüche. Und es ist auch im Kapitalismus unmöglich, diese zu ignorieren oder zu verdecken. Wer den Blick für diese Widersprüche verliert, verliert auch die Kraft für eine radikale kritische Politik.

Für alle, die in der heterogenen „Initiative NIEMAND“ tätig sind, war und ist das Erkennen dieser Widersprüche Voraussetzung für Politik. Kapitalismus wird trotz des selbstgenügsamen und autoritären „Weltgeistes“ noch immer als historisches Übergangsstadium verstanden, das allerdings stabiler ist, als von allen allgemein erwartet. Somit müssen aber auch alle dogmatischen und gar zu simplen monokausalen Erklärungen, die es wohl in allen „linken“ Politrunden gab und gibt, hinterfragt und diskutiert werden. Uns Verfassern z.B. ist es selbstverständlich, daß es eine einfache Geschichtskausalität mit dem zwangsläufigen Endziel Freiheit ebensowenig geben kann wie ein revolutionäres Subjekt, das eigentlich nur noch von der Straße aufzuheben ist. Der Kapitalismus selbst muß in seiner Veränderung begriffen werden, und mit seiner Veränderung auch unsere eigene. Sich diesem Prozeß zu stellen, ist wohl ein Hauptanliegen von NIEMAND und eins der weiterführenden Aufgaben, die sich die Gruppe für die Zukunft stellt. Bei solcher Reflexion ist es allerdings notwendig, daß Gesellschaft nicht nur am Produktionsverhältnis gemessen wird, denn es ist zwar zentral, aber nicht allmächtig. Gesellschaftliche Emanzipation kann sich nicht nur auf die Befreiung der Produktivkräfte beschränken, sondern muß auch die entmündigende Wirkung unserer Gesellschaft miteinbeziehen. Dabei spielt vor allem die herrschende Politikform eine zentrale Rolle. Der Kapitalismus ist nicht selbständig, auch wenn er als solcher immer verkauft wird. Ohne die ständige Regulation durch staatliche Politik hätte er wohl kaum die Kraft gehabt, über seine Krisen hinwegzukommen. Daß der Parlamentarismus dabei eine gewaltige Pufferrolle im Kaschieren der Widersprüche übernimmt, daß er damit eine notwendige Bedingung für den Kapitalismus ist, ist relativ einfach nachzuweisen.

Wie sich schließlich das Zusammenwirken von Ökonomie und Politikform in der Lebensweise der Menschen vermittelt, ist unsere letzte gemeinsame Kritik und zugleich ein Ansatzpunkt für unsere gemeinsame praktische Politik. Konsumbefriedigung ist heute wohl unter der Freiheit zu verstehen, die am „Ende der Geschichte“ die geistige Errungenschaft der Menschheit darstellen soll. Über das Funktionieren und Konsumieren, oder etwas lapidarer formuliert, „Fressen, Ficken und Fernsehen“, scheint unsere metropolitane Population nur schwer hinauszukommen. Die Macht der durch Profitinteresse produzierten Bedürfnisse ist sehr leicht zu unterschätzen. Auch wenn NIEMAND sich über den Begriff der Freiheit alles andere als einig ist, so existiert doch diese gemeinsame Kritik am bestehenden Dahinvegetieren.

NIEMAND vertritt Eure Interessen, wenn Ihr das nicht selber tut!

Unter dieser Parole vereinigten sich also Kommunistinnen und Kommunisten, Libertäre, Autonome und engagierte IndividualistInnen, um in den Offenbacher Wahlkampf einzutreten. Es wurde schließlich zum fast unglaublichen Konsens, daß „linke“ Politik für eine andere Vergesellschaftungsform einzutreten hat, die aber nur von unten wachsen kann. Es war zumindest „Handlungskonsens“, daß im Falle der Wahl ins Stadtverordnetenparlament keine der KandidatInnen die parlamentarische Arbeit aufnehmen würde. „NIEMAND bleibt NIEMAND“, und es wurde beschlossen,

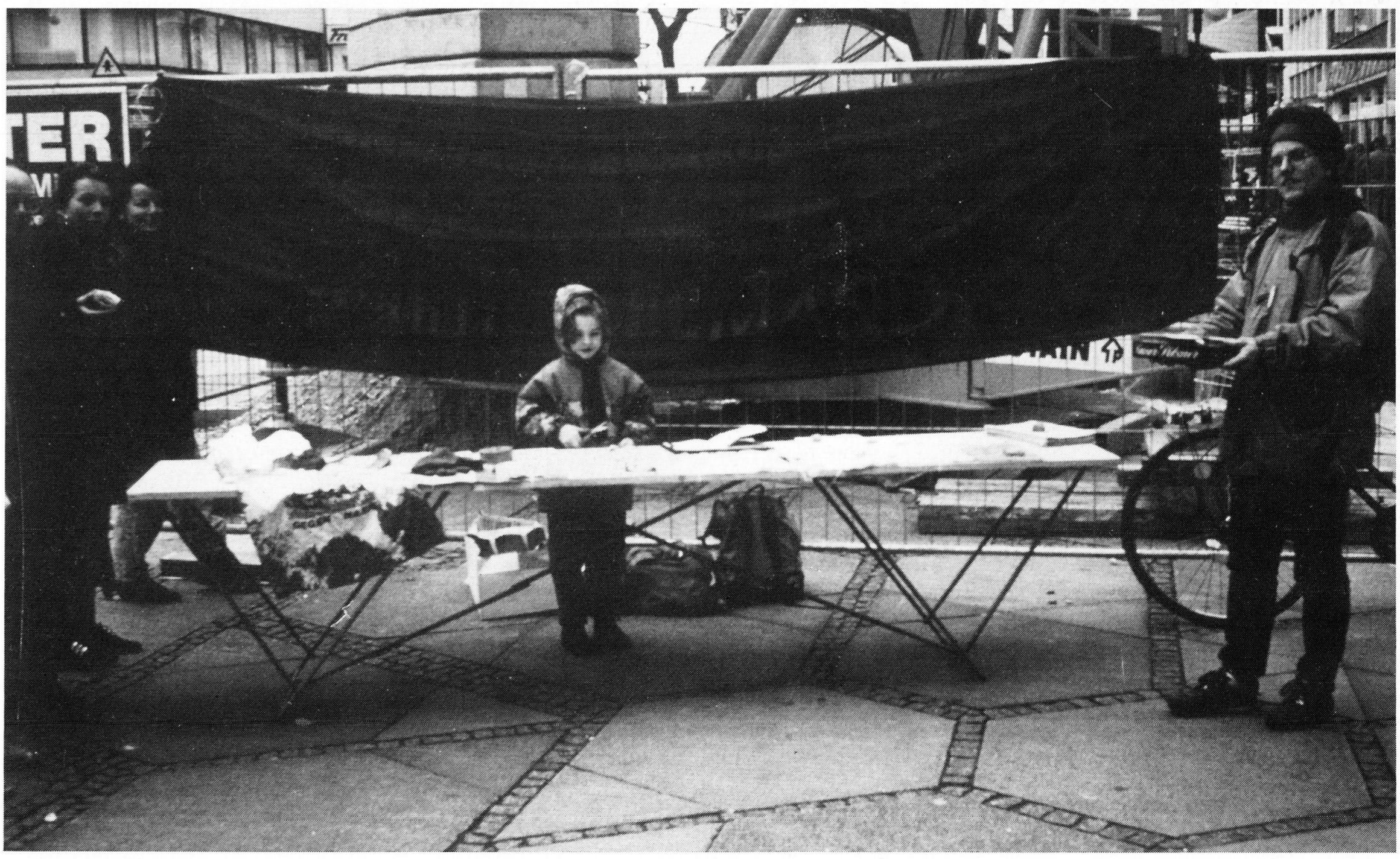


Foto: Niemand

Niemand-Plakate

sich in jedem Falle der Parlamentarismuskritik zu „beugen", allenfalls ein im Kollektiv abgestimmtes „Auftreten" im Parlament (mit oder ohne Mandat) wurde als realisierbar diskutiert.

Möglicherweise hätte es aber beim Überspringen der 5 % Hürde die ersten handgreiflichen Auseinandersetzungen, wenn nicht gar Messerstechereien gegeben. Auch im Vorfeld gab es immer wieder Schwankungen in der Haltung zu dem sich als Möglichkeit konkretisierenden Einzug ins Parlament, nicht nur von Seiten der „Parteigebundenen". Was NIEMAND auch als soziopsychologisches Experiment qualifiziert, ist der Umstand, daß, je näher der Wahltag rückte, immer stärker in den Kategorien des Systems gedacht wurde. Spektrumsübergreifend rechnete man plötzlich in möglichen Wahlprozenten, parallel dazu wurden Wählergruppenanalysen betrieben, im Sog der „heißen Phase" wahltaktische Strategien bisweilen gefährlich losgelöst von den politischen Inhalten betrachtet. Das System begann auch hier seine Kritiker wenn nicht zu fressen, so doch anzuknabbern. Vor leichtfertigen Wahlkämpfen muß unter diesem Aspekt ausdrücklich gewarnt werden! Nur gut, daß es bei 2,7 % der Stimmen blieb!

Schließlich sollten doch die meisten der Plakate und Flugblätter vor allem zu politischer Eigeninitiative motivieren, zum Erheben der eigenen Stimme und nicht zum Abgeben derselben. „NIEMAND beschafft Euch bezahlbaren Wohnraum, wenn ihr das nicht selber tut" oder „NIEMAND verhindert die Bürostadt Kaiserlei, wenn ihr das nicht selber tut", sind kommunalpolitisch relevante Parolen, in denen mit Hilfe musikalisch und tänzerisch begleiteten Infoständen NIEMAND seine Ideen und Ideale zu präsentieren versuchte. Zentral und direkter waren die gemeinsamen antirassistischen Aktionen vor Infoständen der Republikaner. Daß NIEMAND die Bürger eines kapitalistischen Metropolenlandes zum Nachdenken und damit auch zum selbstbestimmten Handeln anregen wollte, war zwar nicht gerade der hochrevolutionäre Akt, aber überdachtes Handeln ist auch für eben diesen eine notwendige Vorbedingung. Hier muß ein Ansatz für emanzipatorische Veränderung gesucht werden. Es geht immer auch um eine andere Verbindung vom Allgemeinen zum Einzelnen. Und in einer Zeit, in der revolutionäre Massensubjekte Mangelware sind und utopische Ideen schwinden, wird die Forderung nach „Mündigkeit" und „autonomer Öffentlichkeit" vielleicht doch revolutionärer als zunächst angenommen.

Inwieweit das ganze Theater, das NIEMAND veranstaltete, nur zweckmäßiger Handlungskonsens war und mit der einen oder anderen Überzeugung in der Gruppe überhaupt nicht harmoniert, ist bis heute noch nicht ganz geklärt. Es hat durchaus Situationen gegeben, in denen fundamentale taktische Kontroversen zum Leidwesen aller dem Konsensprinzip zum Opfer fielen. Diskussionen, die nachgeholt werden und werden müssen. Doch wenn auch nicht die Sturmglocke zur Zerschlagung des Patriarchats und des Kapitals geläutet wurde, so steckt NIEMAND immerhin mitten in einem Praktikum im kontroversen Diskutieren und wird sich verstärkt den eigenen Widersprüchen widmen. KeineR wird sich (hoffentlich) der naiven Illusion hingeben und blindlings die Gemeinsamkeiten feiernd, gleich ins nächste Dogma hineinschlittern.

Notbündnis, oder doch etwa mehr?

Die Aufarbeitung der Fehler, die gemacht wurden, z.B. die überstürzte Flugblattproduktion (Effizienz und Masse vor Qualität), die teilweise schwere inhaltliche Mängel mit sich führte, steht noch aus. Kritisierbar ist auch der Umgang mit „den Medien". Von Bild, über das ZDF, und diverse Zeitungen (mit Ausnahme der taz) reicht des Spektrum der „UnterstützerInnen". Leider haben sie, mit Ausnahme des schwarzen Offenbacher Lokalblattes, das in NIEMAND eine Verschwörung „Ultralinker" Chaoten und „Honecker-Ulbricht-Stalinisten" witterte, den Sinn der Sache nicht ganz erfaßt. Inwiefern die Parole „NIEMAND vertritt Eure Interessen..." schon automatisch linksradikale Inhalte vermittelt, sei dahingestellt. Die Fähigkeit der Journaille, Texte von über 3-4 Zeilen zu lesen, haben wir jedenfalls überschätzt. Nach dem wohl unvermeidlichen „Loch", in das die plakateklebenden und flugblätterverfassenden NIEMANDs nach dem Wahlkampf fielen, nimmt das „Oppositionsbündnis", das den Namen NIEMAND so schnell wohl nicht mehr los wird, seine Arbeit wieder auf. Diskussion zwecks Reflexion, statt Aktion, steht zunächst einmal auf der Tagesordnung. Perspektivisch besteht eine realistische Hoffnung, daß gerade wegen des gemeinsam weiterentwickelten Interesses, neue Perspektiven für emanzipatorische linke Politik zu eröffnen bzw. den Begriff der Politik, so wie er heute verstanden wird, weiterhin radikal zu kritisieren, das Projekt NIEMAND nicht in der Witzkiste der „Geschichte der undogmatischen Linken" landet. ●

Zum Wahlkampf in Hessen traten neben den etablierten Parteien und Listen diesmal erstaunlich viele „Nonsenslisten" (im Jargon der etablierten Wahlanalysen) an.

Im Taunus kandidierte eine Wählerinitiative *Enthaltung* (WIE), ganz in der Tradition der legendären Liste *UNGÜLTIG*, die es vor Jahren einmal gab. In Rüsselsheim kandidierten gleich zwei Projekte: *„Liste Rüssel"* mit der Forderung nach „Tempo 180 in Wohngebieten, damit es kurz und schmerzlos geht" und „Ein Autobahnanschluß für jeden Haushalt" und die Gruppe *„fNEP"* (für Nichtwähler, Erstwähler und Parteienverdrossene) aus dem „Bauwagenspektrum". Beide schafften hier sogar den Sprung über die 5%-Hürde. *„Blaise Pascal"* (Ebenfalls Rüsselsheim) trat mit weit weniger Erfolg an. In Darmstadt kandidierte eine Liste *„Die Blauen"*, die nicht nur wegen der Farbe, nicht unbedingt in das linke Spektrum einzuordnen sind, ebenso die *„Comicpartei"* aus Marburg, deren Spitzenkandidat ein ehemaliger „Republikaner" war. Für einiges Aufsehen sorgte die Offenbacher Liste *„NIEMAND"* weil ihr Plakatmotiv durch das „Versehen" eines dpa-Fotografen in der BRD verbreitet wurde. Doch politisch geht dieses linke Bündnis über die reine Wahlparodie hinaus.

ULI BRAND

Uffbasse — Dillmann wähle...

...war in den Wochen vor dem 9. Mai, dem ersten Wahltermin für einen neuen Oberbürgermeister, auf den Straßen Darmstadts zu lesen. Die Gruppe um den 32jährigen Punkmusiker und Hausmeister Jörg Dillmann wollte den ProtestwählerInnen eine Alternative zur Wahlenthaltung und den alteingesessenen Parteien mit ihren Promis (inklusive der Grünen) geben.

Und davon wurde kräftig Gebrauch gemacht: 19 Prozent der 18- bis 24jährigen, das waren in dieser Altersklasse fast genausoviel wie bei der Ess-Pe-Dee, und 14 Prozent derer zwischen 25 und 34 Jahren gaben Dillmann ihre Stimme. Insgesamt waren es fast 4 Prozent, die den ,,schrägen Vogel, der sich über die Demokratie lustig macht'' (so jedenfalls das Quasi-Monopolblatt ,,Darmstädter Echo'') zum Oberbürgermeister wollten.

Obwohl die Gruppe um Dillmann den Personenkult um Dillmann ablehnte, wollte sie doch Ausdruck steigender Unzufriedenheit und Wut vieler Menschen sein. Es ging ihr außerdem darum, in Zeiten erhöhter Politisierung vor Wahlen auf konkrete Probleme hinzuweisen: Die Heroinsüchtigen im Stadtzentrum, wachsende Obdachlosigkeit, die in Zeiten postmoderner Gemütlichkeit niemand mehr wahrhaben möchte, die verfehlte kommunale Sozial-, Jugend- und Kulturpolitik der alteingesessenen Sozialdemokratie. Letztere setzt zunehmend auf teure Renommierprojekte (,,Kultur als Standortfaktor'') und zerstört alternative Räume. Vor allem die überregionalen (und relativ fairen) Medien wollten immer wieder wissen, was hinter der Kandidatur steckt. Das Thema ,,Punker als OB'' macht sich ja recht gut. In Darmstadt selbst gab es eher Nichtbeachtung durch die Etablierten.

Ein festes Programm präsentierte der parteiunabhängige Kandidat, der Unterstützung von der politischen Mitte bis nach linksaußen hatte, nicht; er selbst war früher im KBW, im ,,Komitee gegen den § 218'' oder als Anarchosyndikaler aktiv, sieht heute ein wichtiges politisches Handlungsfeld in der anti-rassistischen Arbeit. Doch obwohl in der öffentlichen Wahrnehmung die Kandidatur vor allem mit dem autonomen Spektrum in Verbindung gebracht wurde, steht dahinter kein Programm und kein Selbstverständnis wie etwa bei der Offenbacher Gruppe ,,NIEMAND''.

,,Besser wir als die REPs'', sagt Dillmann, was nur auf den ersten Blick erstaune. Denn es gäbe viele ProtestwählerInnen, die sich politisch nicht zuordneten, die aber den Ultrarechten die Stimme gäben, wenn sie sonst nur die etablierten Parteien auf dem Wahlzettel hätten — oder eben gar nicht wählen gingen. (Bei den Darmstädter OB-Wahlen lag die Beteiligung bei 50,7 Prozent.) Offensichtlich bringt gerade diese politische Unbestimmtheit und Profillosigkeit Stimmen. Nicht wenige ProtestwählerInnen beziehen sich gar nicht auf Programme, sondern wollen wohl nur ihre Ablehnung des bestehenden Parteienwustes ausdrücken.

Wie weiter? Bei den nächsten Kommunalwahlen müßte man sich wieder etwas überlegen, denn dann treten die REPs auch in Darmstadt an, was im März 1993 mangels Struktur noch mißlang.

Zu Parteien hat Dillmann erwartungsgemäß ein gestörtes Verhältnis — und die auch zu ihm. Der Grüne Kandidat denunzierte ihn vorher: ,,Jede Stimme für Dillmann ist weggeworfen.'' (Und die für ihn selbst?, wäre die Gegenfrage.) Der CDU-Kandidat sei wenigstens aufrichtig, was er vom SPD-Promi nicht behaupten könne. ,,Arschglatt''. Dazu paßt fast der Name der Punk-Band, in der Dillmann singt. Sie heißt ,,Arschgebuidn'' (Arschgebilde). ●

TRANVIA
Revue der Iberischen Halbinsel
Heft 28 (März 93): Spanier und Sefarden in deutschen Konzentrationslagern. Ravensbrück, Mauthausen, Buchenwald. Das Elend des Exils: Spanier in Frankreich 1939-1945. Über Jorge Semprún. Der Nazi-Terror in Thessaloniki. Die Sefarden und das Jahr 1992. Die Verfolgung der portugiesischen Juden in Hamburg nach 1933. Flucht und Exil nach 1933. – Außerdem: Rafael Alberti, Fernando Pessoa, Portugal u. die EG, SOS-Racismo in Spanien.
68 Seiten (A 4); für 8,- + 1,50 Vk.
Tranvía, Postf. 30 36 26, 1 Bln 30

X. MEIER

Libertäre Tage: Ein Stimmungsbericht

In der Zeit vom 8.-12.4.1993 fanden in Frankfurt die 'Libertären Tage' statt. Sie waren der 2. Kongreß dieser Art, nach den sehr erfolgreichen Libertären Tage an Ostern 1987. „Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft" lautete das diesjährige Motto. An fünf Tagen sollten „praktische Ansätze und Wege aufgezeigt werden, die die Herrschaft abbauen und zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft führen". Die hochgesteckten Erwartungen der rund 3000 TeilnehmerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet wurden jedoch nicht erfüllt. Ein Teilnehmer, der für die *links* den folgenden Stimmungsbericht schrieb, sieht den Grund dafür u.a. in der Ignoranz der Männer gegenüber sexistischen Angriffen, von denen der Kongreß überschattet wurde.

Es war gut vorbereitet und seit langem bekannt. Nach dem großen Erfolg der Libertären Tage 1987 in der Fachhochschule Frankfurt/M. sollten sechs Jahre später die zweiten Libertären Tage an Ostern in der Universität stattfinden. 22 Arbeitsgruppen stellten sich in der Informationsmappe vor, von der bald die zweite Auflage gedruckt werden mußte. Unzählige Plakate hingen schon lange vorher in Frankfurt. Aber so eine rechte Vorstellung von dem was dort geschehen sollte, hatte eigentlich niemand, zumindestens nicht in den Spektren, die sich nicht zum *Dezentral* (Kneipe der Frankfurter Anarchisten) zählten.

Die grundlegenden Fragen, warum gerade jetzt solch ein Kongreß, wie geht er mit der Situation und deren Fragen und Anforderungen um, welche Erfahrungen wurden aus den vorherigen Kongressen (WWG '92 in München oder Libertäre Tage '87) gezogen, blieben unbeantwortet. Die Frage, warum '87 noch die Autonomen die Libertären Tage mitorganisiert hatten und diesmal die Organisation sehr isoliert ausschließlich in anarchistischen Zusammenhängen lief, wäre schon sehr interessant. Es gab keine Berührungspunkte, kein Stadtplenum, um wenigstens organisatorische Fragen zu klären. Die Konflikte wurden auf der Ebene ausgetragen, ob die Plakate überplakatiert oder abgerissen wurden oder nicht, ob der Infotisch einer linksradikalen Gruppe und der Antifa auf die Büchermesse durften oder nicht, ob die Antifa Dosenbier verkaufen durfte oder nicht. Diese Struktur, die sich keineswegs nur von einer Seite reproduziert, schränkt die politische Handlungsfähigkeit ungemein ein. Wenn mensch sich darin bewegt, ist es eine politische Entscheidung, eben nicht damit umgehen zu wollen, oder eine gigantische Ignoranz.

Es war zum Beispiel absehbar, daß es nicht möglich sein werde, ohne Konflikte die Obdachlosen von der Uni zu vertreiben, zumal es eher gerechtfertigt ist, daß die Obdachlosen die AnarchistInnen vertreiben, denn schließlich wohnen sie dort. Kurzum, mensch hätte sich arrangieren müssen, was möglich gewesen wäre, weil es schon seit Jahren Erfahrungen mit ihnen gibt, von Leuten vom Tages- und Kneipen-*Koz*. Aber auch da war eine Verständigung nicht möglich. Bei dem Thema „Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft" stellt sich gleich die Frage, mit wem und gegen wen. Mir kommt der Verdacht, daß bei zunehmender Perspektivlosigkeit die Abgrenzung als identitätsstiftendes Moment immer wichtiger wird. Das ist ein Phänomen, das nicht nur bei den AnarchistInnen, sondern in der gesamten linksradikalen Szene zu beobachten ist. Auflösen läßt es sich weder indem es ignoriert wird, noch indem die ganzen Konflikte versucht werden zu klären, da es dafür keine Grundlage gibt. Die Grundlage kann eine Vorstellung von einer grundlegenden Veränderung sein, oder eben ganz konkrete Fragen der Zusammenarbeit.

Als ich dann am Freitag hinging, hatte ich einen Widerspruch im Kopf. Einerseits die anarchistische Theorie, die alle Herrschaftsformen angreift, also auch und besonders die zwischen den Menschen, die ganzen Hierarchien und subtilen zwischenmenschlichen Ausbeutungsmechanismen und andererseits das Bild, das ich von den AnarchistInnen hatte. Da hatte ich immer den Eindruck, daß sie sich eben nicht mit sich selbst auseinandergesetzt hatten, inwiefern sie selbst diese Unterdrückungsstrukturen reproduzieren, sondern eher ihre subjektive Befindlichkeit absolut setzen. Warum das so ist, und ob sich das verändert hat, waren die Fragen, die mich erst mal beschäftigten. Es gab eine Arbeitsgruppe mit dem vielsagenden Titel: „Herrschaftskritische Männer und das Patriarchat". Aus der Infomappe war nur zu entnehmen, daß ein Mann die Arbeitsgruppe machen wird, nichts zum Inhalt. Es schien so, als müsse er eine Strafarbeit machen. Die Frauenarbeitsgruppen waren nicht eindeutig als solche gekennzeichnet. Und zwar deshalb nicht, weil die Vorbereitungsgruppe scheints nicht auf die Idee kam, daß Männer dort stören könnten, daß es nicht möglich ist, ein Herrschaftsverhältnis dadurch auch nur zu begreifen, daß mensch mit den Herrschern diskutiert. Natürlich saßen dann eben auch Typen drin, es dauerte ewig, bis unter den Frauen klar war, daß das so nicht geht. Als es dann klar war, fühlte sich wieder kein Typ angesprochen, geschweige denn aufgefordert zu gehen. Diese Ignoranz ist überwältigend. Das ist eben eins der Privilegien, die Kraft des Normativen. Die Herrschafts-

Verhältnisse sind so und Typen brauchen einfach nur stillhalten, damit sich nichts verändert. Die Arroganz der Macht. Am Ende sind dann die Frauen gegangen.

Die Männergruppe war zahlreich besucht und verbrachte den Freitag damit, sich immer mehr in immer kleinere Gruppen aufzuteilen. Da es wiederum keine Vorstellung davon gab, was da überhaupt laufen soll und warum, gingen die Männer dazu über, ein politisches Problem, oder genauer Manko, organisatorisch lösen zu wollen. Ein Phänomen, das über den ganzen Libertären Tagen schwebte. Die Atmosphäre auf dem Campus war gewollt locker. ,,Ach was sind wir libertär". Und darunter brodelte es, vom ersten Tag an. Die ganzen Gewaltverhältnisse lassen sich nicht dadurch auflösen, daß sie geleugnet werden. Eine Auseinandersetzung darüber hat nur dann Sinn, wenn es überhaupt eine Bereitschaft gibt, sie wahrzunehmen. Das Leugnen war beängstigend, nicht nur weil die Gewaltverhältnisse jederzeit durchzubrechen drohten, sondern weil es eine erzwungene Idylle, ein Konsens war, und wer das anzugreifen wagte, drohte selbst zum Problem gemacht zu werden. Eine militante Immunisierungsstrategie, in der Kritik oder die Einforderung von Auseinandersetzungen kaum mehr möglich ist. Es ist der unbedingte Wille, an etwas festzuhalten, was augenscheinlich nicht existiert, eine lockere Atmosphäre. Dieses Festhalten verhindert aber jede Entwicklung hin zu einer offenen Atmosphäre. Es ist folglich reaktionär, abgesehen davon schluckt es eine Menge Energie und konstruktive Kritik.

Am Samstag auf der Demo fuhr ein Jeep in den Frauenblock, es gab eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf ein Scheinwerfer zu Bruch ging. Daraufhin wollte der Fahrer den Schaden ersetzt haben, andernfalls würde er eine der Frauen vergewaltigen. Es wurde ein Treffen für den nächsten Tag vereinbart.

Am Abend wurde eine Frau im KoZ getreten. Niemand griff ein.

Es gab eine Menge Anmache.

Daraufhin gab es ein Frauenplenum und ein Männerplenum. Auch am Sonntag wieder Plenas. Bei den Typen gab es keine Bereitschaft, das Problem überhaupt zu erfassen. Es ging eher darum, die Form zu wahren, außerdem, wenn die Frauen plenieren, dann ist es am geschicktesten auch zu plenieren. Es gab überhaupt keine Grundlage. Selbst in den Männerarbeitsgruppen, die sich angeblich mit dem Patriarchat auseinandersetzen wollten, gab es keine Grundlage, außer wenn es um organisatorisches ging, also Vernetzung, da ließ sich prima diskutieren. Eine Arbeitsgruppe wurde dadurch immer wieder unterbrochen, daß jemand die Frage stellte, warum er sich überhaupt damit auseinandersetzen sollte, warum er überhaupt auf Privilegien verzichten sollte. Diese Frage war für die meisten neu! Sie konnte nicht beantwortet werden. Es wurde zwar angeführt, es müsse so sein, wegen den Frauen, oder weil es irgendwie scheiße sei. Was ein Typ aber davon hat, eine positive Vorstellung gab es jedoch nicht. Und es ist ein Irrtum zu glauben, Typen müßten sich den Frauen zuliebe mit irgendwas auseinandersetzen. So als würden sie den Frauen einen Gefallen damit tun. Das hieße für die Typen, die Macht zu behalten und die Verantwortung für die fehlende Auseinandersetzung den Frauen zu übergeben. Frauen hätten aber eigentlich etwas besseres zu tun, als sich an den Typen abzuarbeiten.

Eigentlich ist es doch ganz einfach, entweder ein Typ will sich damit auseinandersetzen, dann kann er es auch tun, oder eben nicht. Was hat das mit den Frauen zu tun? Ihnen muß es darum gehen, sich zu schützen, sich der Herrschaft zu entziehen, sie zu bekämpfen, Räume zu verteidigen, in denen sie arbeiten und leben können, und sich eben nicht zu arrangieren. Entweder sie müssen sich auf gemischten Treffen permanent mit den Typen rumärgern, gegen ihren Willen versuchen, sie zu verändern, oder sie können sich auf Frauentreffen endlich den Fragen zuwenden, die sie beschäftigen. Ich konnte mich des Gefühls nicht erwehren, daß diese Wahl so deutlich im Raum stand, daß von den meisten eine grundsätzlichere Entscheidung getroffen wurde. Die einen reisten ab, die anderen blieben. Das Frauenplenum versuchte am Sonntag abend noch einen Vorstoß, indem sie das Konzert, die Normalität unterbrachen, um den Typen die Möglichkeit zu geben, wenigstens die Dimension dessen, was da läuft, zu begreifen. Aber entweder er will, oder er will eben nicht. Und er wollte nicht. Mir kamen Evolutionstheorien in den Kopf, es gibt Spezien, die sich entwickeln und Spezien, die sich nicht entwickeln. Die einen sterben aus, die anderen nicht, und das unabhängig von ihrer Größe oder Macht. Schließlich starben auch die Dinosaurier aus.

Aber der Bruch verlief nicht nur zwischen den Geschlechtern. Im Frauenplenum wurde darüber diskutiert, wie mensch diesem Jeepfahrer seinen Scheinwerfer ersetzen könnte. Schließlich hätten sie eine Verantwortung den Frauen gegenüber, die hier wohnen. Immer die Bereitschaft, den Typen die Verantwortung abzunehmen. Eine unterwürfige Sklavin braucht den Zorn des Herren nicht zu fürchten, sie wird belohnt, bleibt aber Sklavin. Wenn sie aber nicht mehr Sklavin sein will, muß sie auf die Belohnung verzichten und muß sich gegen den Zorn zu schützen, sich der Herrschaft zu entziehen wissen. Die einen entschieden sich für das Arrangieren, für die Teilhabe und erhofften sich als Belohnung den Frieden, die anderen bevorzugten die Freiheit. Die einen gingen mit der Büchse herum und sammelten für den Scheinwerfer, die anderen fuhren heim.

In diesen konkreten Situationen ging es im wesentlichen nur noch um Entscheidungen, die auch ganz klar getroffen wurden. Grundsätzlich geht es natürlich um eine Entwicklung, die aber nicht über Ostern geht. Niemand ist einfach nur das eine oder das andere, jede/r befindet sich da in einem Widerspruch. Es geht auch darum, daß gewisse Bedingungen notwendig sind, um sich zu entwickeln, z.B. Beziehungen. Aber auch diese müssen gewollt werden. Oft verunsichert der Privilegienverlust so grundlegend, weil die ganze Identität sich davon ableitet, daß er so erstmal gar nicht möglich ist. Es muß erst was neues wachsen und stark genug sein, um sich daran festhalten zu können. Dann wird auch klar, warum mensch sich diesen Mühen aussetzt. Dieses Warum werden Frauen nie mit Männern und Männer nie mit Frauen klären können.

Jetzt gibt es die Idee, ein ,,Antisexistisches Netzwerk" zu organisieren zum Austausch von Literatur und Erfahrung. Immer wieder der Reflex, ein politisches Manko organisatorisch lösen zu wollen. Übrigens auch eine Strategie, die Dimension des Problems zu verdrängen. Aber erst wenn ein Problem in seiner ganzen Tragweite verstanden wird, können daraus Ideen zu deren Lösung entstehen.

Einer der Vorbereitungstypen erwägt in einem Interview (Graswurzelrevolution Nr. 178, Mai 1993) getrenntgeschlechtliche Kongresse zu veranstalten. Aber die Typen lösen das Problem nicht dadurch, daß sie sich der Kritik der Frauen entziehen.

Es bleibt ihre Entscheidung. Für die Männer ist diese Entscheidung politisch existentiell. ●

X. Meier studiert Sozialwissenschaft an der Universität Frankfurt.

LESERBRIEF ZU LINKS NR. 275

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Mit den Ansprüchen ist es so, wie mit dem guten Willen: das Gegenteil von gut ist gut gemeint.

Nimmt man die *links* 275 als rezenten Anlaß, fällt auf, daß schon das Editorial mit einer Phrase beginnt, die nur Sisyphos einleuchtend erscheinen kann: „Die Zeiten werden ruppiger, wer nicht einstimmt in den Chor, hat nichts mehr zu lachen."

Damit hätte mit gleich geringem Aussagegehalt, aber mit dem gleichen Anspruch rabulistischer Selbstzufriedenheit ein Editorial vor einem, zwei, fünf oder zehn Jahren anheben können. Damit nicht genug, verfällt die oder der ProduzentIn des Editorials in die klischeehafte Politikverdrossenheit der gegenwärtigen Meinungsmode: „Das ebenso hochgelobte wie überbezahlte Kapitalmanagement zeigte wieder mal seine Weitsicht: zwischen hochfahrenden Expansionsplänen, Kurzarbeit und Entlassungen lagen gerade mal 6 Monate. Die etwa gleich weitsichtige Bonner Politik tat den Rest, um das ganze Elend in Osten noch zu verschärfen. Der Durchmesser des Finanzierungslochs wird langsam sichtbar."

Solche Phrasen und Grobheiten eines Editorials wären eigentlich kein großes Problem — schnell geschrieben und auch nur so als schemenhafter Überblick gemeint — würde sich die Meinungslaxheit nicht im Schwerpunkt (Thema: ‚Militärische Intervention?' und ‚Jugoslawien') des Heftes wiederholen. Unter für ZEIT-LeserInnen vielleicht verträglichen Literarisierungen: „Stirbt Europa in Bosnien" und „Europa hat Bosnien auf dem Gewissen" (weder kann Europa — eine Idee, Identität oder geographische Einordnung — sterben, noch hat es überhaupt ein Gewissen) versuchen sich J. Hirsch und Luka Radenski um die Relativierung der Relativierung. Zwar ist die Relativierung von J. Hirsch der Versuch einen (größeren) Zusammenhang herzustellen; jedoch ist dies die globale negative Vielfalt der Undurchsichtigkeit regionaler Konflikte.

Gut gemeint, aber nicht förderlich den durch geographische und scheinbar kulturelle „Nähe" aufgerührten Verstandesgemütern sich zum Krieg in Jugoslawien dezidierter zu verhalten als beim mörderischen Geschehen in weit entfernten Regionen — Relativierung greift weder als Be- noch als Entlastung, allein die Herstellung von Zusammenhang hätte hier eine Aussagekraft.

Statt dies in den Schwerpunktartikeln zu liefern, wird zwei weichgespülten Friedensforschern Raum gegeben ihren gedanklichen Zwischenprodukten auf dem Weg zu einer nicht mehr pazifistischen, sondern ‚realistischen' Einschätzung konfliktöser Vorgänge Verbreitung zu geben: Damit drängt sich der Verdacht auf, in der *links*-Redaktion besteht gegenüber dem Jugoslawienkonflikt ein positionelles/analytisches Defizit, das durch Meinungsvielfalt behoben werden soll.

Ein Verfahren, das über den benannten Verdacht konkret in mehrerlei Richtung zu kritisieren ist:

— Die Auswahl der beiden Artikel von G. Krell und H. Müller ist alles andere als glücklich. Selbst aus dem liberale/sozialdemokratischen Spektrum ließen sich Positionen heranziehen, die weit differenzierter sind und produktiver zu verhandeln wären (z.B. Dieter Senghaas: In welchen Fällen eine militärische Intervention legitim ist. FR 14.4.93, S. 24)

Indem den beiden genannten Autoren als Position (zur Negation der nächste Spiegelstrich) soweit Raum gegeben wird, wird auch ihrer Argumentation die Weihe des Diskutablen erteilt. Damit wird dieser reflexionslosen Mimese friedensschaffender Einfindung in neudeutsche Weltmachtidentität zumindest die Bescheinigung des Bedenkenswerten gewährt.

● Die Argumentation von Narr gegen diese beiden ist — beim Lesen eine erfrischende Klärung, aber — nur die Widerlegung der ideologischen Fehlschlüsse der kriegstechnisch begeisterten Friedensforscher, nicht aber die materiale Kritik der Entkausalisierung dieser Argumentation, einschließlich der Nachlieferung des kausalen Zusammenhangs. (Krell und Müller ist gemeinsam, daß das Phänomen ‚Krieg' als ein Gegenwartsphänomen, als etwas das einfach da ist, aufgenommen wird. Müller fundiert diese Position in generalisierender Art: „Die Potentialität für kollektive Gewaltanwendung ist in jeder organisierten sozialen Tätigkeit angelegt. Die psychische Gewaltfähigkeit der einzelnen multipliziert sich durch die Verkettung menschlicher Handlungen in sozialen Organisationen." Analog zu A. Warhols bestimmung, daß je mehr Menschen es gibt, es auch mehr Künstler geben muß, behauptet Müller, daß: Je mehr Menschen desto mehr Konflikte. Eine einfache Rechnung.)

M.a.w. die Argumentation von Narr gegen Krell ist richtig aber nicht hinreichend, weil sie die Ambition der ‚verkehrten' Friedensforscher nicht aufnimmt, und damit den durch sie formulierten unmittelbaren Willen zur oder einsichtigen Anspruch auf Befriedung, selbst mit militärischen Mitteln nicht beantwortet.

Damit verbleibt die Argumentation von W.D. Narr der ersten oder einfachen Ideologiekritik, die allein das Falsche des notwendig falschen Bewußtseins kritisiert, verhaftet. Statt des vorgeführten Schlagabtauschs wäre es wesentlich besser gewesen, W.D. Narr Platz genug für eine umfangreiche Kritik der gewendeten Friedensforscher zu geben, die die Gegenposition nicht nur zitierend vorführt, sondern Positionen z.B. des Komitees „Für Grundrechte und Demokratie" mitvertritt.

Durch die kritisierte Relativität des Diskurses gerät die *links* in die ideologische Defensive: Ideologiekritik statt Gegenargumentation; Diskursfetisch statt material-fundiertem Positionsangebot.

Zentral müßte die Kritik auf den Fetisch des status quo — den jetzt, wie immer auch in die Gegenwart getretenen Krieg — gerichtet werden. Auf einen Zustand, gegen den jetzt (und erst jetzt) zu reagieren sei, auf den *nun* (So Thomas Schmid: „Irgend etwas muß geschehen", taz, 22.2.93. Wer sich so zu seiner Kriterienlosigkeit — irgend etwas — bekennt, sollte sich als gestandener Vordenker fragen, was ihn jetzt in die Rolle des Stotterers und Stammlers versetzt.) zu reagieren sei, ist die Situation in Jugoslawien mittel- und langfristig rückbezüglich durch die politischen, geographischen und ökonomischen Bedingungen zu erklären, begreifen und sind daraus reale Perspektiven (bei aller Vagheit — ohne also einem Masterplan für die Region der Wirklichkeit entgegen zu halten) zu entwickeln.

Diese Bedingungen zu ignorieren, war schon das Defizit der Befürworter einer militärischen Intervention im Golf. Diese Intervention kam ja auch in der *links* der Jahrgänge '91/92 ausführlich zu Wort, neben material-fundierten Ausführungen wie z.B. die von M. Massarrat. Insofern war das „alte publizistische" Konzept der *links* in den letzten Jahren immer schon ein „offenes". Und es stellt sich die Frage, ob die neuerlich ausgewählten Autoren mit ihren „Gegenpositionen" bzw. „kontroversen Standpunkten" Beiträge von ehemaligen Redaktionsmitgliedern (Claussen und Diner u.a.) ersetzen sollen. Nur mit dem Unterschied zu früher, daß sich jetzt Redaktionsmitglieder und/oder HerausgeberInnen an den neuen „Gegenpositionen" ideologiekritisch abarbeiten.

Meinhard Creydt, Manfred Ohm, Mathias Mrowky, Christoph Scheublein

Berlin 16. Mai 1992

JOSEF ESSER

Viel Lärm um Nichts?!

Anmerkungen zum Streik in der ostdeutschen Metallindustrie

Der erste Arbeitskampf in den ostdeutschen Bundesländern erinnerte in vielem an das aus langjähriger Praxis im Westen bekannte Ritual. Beide Seiten gehen rhetorisch aufeinander los und lassen über Urabstimmungen oder Aussperrungsdrohungen die Muskeln spielen. Aus Kooperations-Partnern, die sich eigentlich immer ganz gut vertragen und als Elitenkartell jeweils gemeinsam dafür gesorgt haben, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit des 'Modell Deutschland' nicht vor die Hunde geht, werden plötzlich — aber nur für eine kurze Weile — 'Klassengegner'. Zugleich inszenieren sie aber in irgendwelchen Regierungskanzleien 'Geheimverhandlungen' mit Politiker-'Moderatoren', für deren Image so etwas immer gut ist ('ich habe eine Katastrophe verhindert'). Es ist in diesem Zusammenhang recht amüsant, daß einer, der diese Klaviatur meisterhaft beherrscht und letztens von der internationalen Presse für sein geheimes Techtelmechtel mit Bundeskanzler Kohl bei der Aushandlung des Solidarpaktes sehr gute Noten bekam, der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler nämlich, kurz nach dem Streik zugeben mußte, sich beim 'Kollegen' Daimler Benz mit einem Aktienpaket von rund 1 Million DM beteiligt zu haben. (Ein Narr, wer da noch an 'Gegner-Unabhängigkeit' denkt.)

Auch das Ende des Streiks lief nach gewohntem Muster ab. Man einigte sich auf 'vernünftige' Weise. Aus dem 'bösen Kapital' ist wieder der Unternehmer-Partner geworden, aus der 'unverantwortlichen Gewerkschaft' der verläßliche Verhandlungsgehilfe. Der 'Moderator' Kurt Biedenkopf kann seinen politischen Lorbeer stolz herumzeigen. Und viele Streikende fragen, wie so oft: Ist das alles gewesen, haben sich dafür all die Mühen gelohnt?

Trotzdem weist dieser Arbeitskampf auf eine Bruchstelle im Modell Deutschland hin: der westdeutsche korporatistische Block aus Politik, Kapital und Arbeit, dem es noch so gut gelungen war, die ehemalige DDR kolonial zu vereinnahmen und dort jene Institutionen, Kompromisse und Praktiken mehr schlecht als recht durchzusetzen, die er für die einzig möglichen und erfolgreichen hält, die eigenen nämlich, steht vor neuen Herausforderungen, an denen er zerbrechen könnte. Und einige der neuen Probleme und Kampflinien wurden im Konflikt um den Lohn-Stundenvertrag exemplarisch deutlich:

1. Der Versuch, das westdeutsche Modell auf die ehemalige DDR zu übertragen, droht zu scheitern. Wie soll längerfristig in einem ostdeutschen de-industrialisierten 'Mezzogiorno' mit wenigen, von den Gewerkschaften mit Klauen und Zähnen verteidigten 'industriellen Kernen' (Kathedralen in der Wüste hat man sie in Süditalien genannt) eine Arbeitsmarktpolitik ökonomisch finanzierbar, sozial verträglich und politisch durchsetzbar sein, die die Gesellschaftsspaltung auf die Spitze treibt und in der der prosperierende Kern einer winzigen Minderheit gegenüber dem überbordenden ausgegrenzten Rand darstellt. Das wissen die sozialen und politischen Akteure wohl selber nicht und allmählich rächt sich, daß man bei der Wiedervereinigung auf Improvisation und kurzfristiges Krisenmanagement auf der Basis radikaler Problemvereinfachung gesetzt hat (vgl. meine Analyse in *links* Nr. 258, S. 36), statt für den deutschen Osten ein umfassendes politisch-ökonomisches Strukturkonzept zu entwickeln. Doch trotz dieser harten Realitäten hat auch der Arbeitskampf-Kompromiß Lösungen in den alten Bahnen festgeklopft. Die Löhne werden stufenweise weiter erhöht, freilich nur für die Minderheit, die noch arbeitet, für Notfälle sind die Härteklauseln da. Ob's ökonomisch klappt, weiß man nicht — die Devise heißt: abwarten und Tee trinken, vielleicht greift ja irgendwann der 'Solidarpakt'.

2. Die IG Metall hat mit der Bereitschaft, die sog. Härteklausel zu akzeptieren, ein mögliches Einfallstor für Gefahren geöffnet, die sich für den Produktionsstandort Deutschland, der ökonomischen Basis des 'Modell Deutschland', aus der neuen Qualität der Internationalisierung der Produktion ergeben. In einem kurzen Kommentar können dessen Faktoren, Entwicklungsdynamik, Konsequenzen und relevante strategische Akteure nicht angemessen analysiert werden. Es muß genügen, darauf hinzuweisen, daß multinational tätige Unternehmen dabei sind, all ihre Aktivitäten (einschließlich der Produktionsbasis und der Forschung und Entwicklung) weltweit (mit Schwerpunkt auf die Triade: USA, West-Europa, Japan/Pazifischer Raum) auszudehnen. Mit dem Ergebnis, daß globale Unternehmensnetzwerke mit hochkonzentrierten internationalen Zulieferer-Strukturen entstehen. Die Unternehmen, sog. 'global player' bevorzugen keine besondere nationale Produktionsbasis mehr, sondern sie wählen bei ihren weltweit vernetzten Produktionsstätten nur noch jene Standorte aus, in denen hochqualifizierte Arbeitskräfte und eine hocheffiziente Infrastruktur ebenso zur Verfügung stehen, wie ein auf High-Tech-Bedürfnisse ausgerichtetes Wissenschafts-, Ausbildungs- und Bildungssystem. Weiter benötigt man qualifizierte Zuliefererfirmen, ein auf die eigenen Bedürfnisse zugerichtetes Finanzsystem sowie politisch stabile Verhältnisse. Und man benötigt ein arbeitspolitisches Regime, das flexibel und differenziert die eigene Unternehmensstrategie nutzt.

Damit geraten alle Staaten und Regionen der Welt in einen brutalen Standortwettkampf und es fragt sich immer mehr, ob die Bundesrepublik Deutschland als Ganze die Qualität eines attraktiven Investitionsstandortes für diese 'global player' noch besitzt bzw. behalten kann. Die Warnungen von einschlägiger Seite sehen jedenfalls die deutsche Produktions-Standort-Qualität in Gefahr, zuletzt die Deutsche Bundesbank im Monatsbericht vom April 1993. Und die 'Täter' stehen ebenfalls fest: am traditionellen 'Modell Deutschland' festhaltende Gewerkschaften, ein kaum mehr zu finanzierender Sozialstaat.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Versuche der Metall-Unternehmer, im Osten Deutschlands neue Arbeitspolitiken durchzusetzen und die klassische Tarifpolitik in Frage zu stellen, als Strategie der schleichenden Flexibilisierung, Deregulierung und Differenzierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen interpretieren. Sieht man die Sache so, haben sie einen Teilerfolg errungen. Denn nicht umsonst feiert die bürgerliche Presse die Einführung der Härteklausel als 'tarifpolitische Innovation von wahrscheinlich hohem Wert' (FAZ, 18.5.93). Denn sie könne ein Stück Flexibilität in die Starrheiten der kollektiv organisierten Lohnpolitik bringen. Zwar haben die IG Metall der Aufnahme von Härteklauseln nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die Ausnahmeregelung zeitlich und räumlich eng begrenzt gelte. Doch eine Idee, die einmal in die politische Praxis umgesetzt wurde, ginge nicht mit einem Stufenplan unter. Sie könne auch das Dilemma der in Westdeutschland praktizierten Tarifautonomie entschärfen: den Konflikt zwischen der den Betriebsfrieden sichernden Kollektivverhandlungen und der hohen Wahrscheinlichkeit, daß das kollektiv ermittelte Verhandlungsergebnis für viele Betriebe nicht tragbar sei. Oder, so könnte man folgern: für viele transnationale operierende Unternehmen der Hebel sein könnte, eine einheitliche solidarische Tarifpolitik zugunsten der eigenen Produktionsnetzwerke zu knacken. ●

UWE WOLF

Der Stahl, die Solidarität und die Vernunft

Schon immer waren Kämpfe um Stahlarbeitsplätze von mehr Interesse seitens der kritischen Intelligenz begleitet als Arbeitskämpfe in anderen Branchen. Warum? Der Mythos der kämpferischen Arbeiterbewegung sowie die hohe ökonomische und symbolische Bedeutung der Stahlindustrie gewannen umso mehr an Teilnahme, als sie zugleich durch die Hoffnungslosigkeit der gesamten Situation gekennzeichnet tragisch konterkariert wurden.

In der Öffentlichkeit wird häufig der Eindruck erweckt, als ob die Stahlindustrie des öfteren in eine konjunkturell bedingte, zyklische Krise gerät. Dieser Kunstgriff der Normalisierung gestattet die Illusion, als läge hier kein strukturelles, sondern nur ein zeitweiliges Problem vor, das mit dem vorhandenen Instrumentarium wirkungsvoll angegangen werden könnte.

Spätestens seit den 60er Jahren gibt es weltweit Überkapazitäten, billigere Neuanbieter von Rohstahl, eine Erhöhung der Lohnstückkosten, die Automatisierung der Produktion mit der Folge massiver Arbeitsplatzverluste und die Ersetzung von Stahl durch synthetische Kunststoffe. Selbst in der Rüstungsindustrie, bisher eine verläßliche Abnehmerin von Roh- und veredeltem Stahl, ist der Bedarf rückläufig. Weiterverarbeitende Industrien wie der Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau sind ebenfalls in der Krise: auch hier finden Konzentrationsprozesse statt, und der Anteil deutscher Anbieter auf dem Weltmarkt sinkt kontinuierlich.

Dieses Krisenszenario vor Augen habend, ist es absehbar, daß die Zukunft der Stahlbranche in Deutschland und den anderen EG-Staaten eher noch düsterer wird, als sich die Situation derzeit darstellt.

Der Blick aus der Sicht des Kapitals verstellt die Ängste und Sorgen der bereits entlassenen oder dies noch fürchtenden Stahlarbeiter. Sie sind die eigentlichen Verlierer in diesem Prozeß: Als Lohnarbeitende verlieren sie die Möglichkeit, sich angemessen zu reproduzieren und am gesellschaftlich erzeugten Reichtum teilzuhaben. Kündigungen, so sie nicht in den Vorruhestand führen, sind meistens ein Schritt in die Langzeitarbeitslosigkeit — vor allem für die älteren Arbeiter. Ihre Chancen auf Neuanstellungen in anderen Berufszweigen sind gering, da ihr Qualifikationsprofil entweder sehr spezialisiert oder nur sehr unausgeprägt ist. Als Stahlarbeiter verlieren sie ihr Selbstwertgefühl, ihre Identität, die sie sich während ihres bisherigen Arbeitslebens aufgebaut haben.

Stahlproduktion

Nach der Abwendung der Betriebsschließung von Krupp-Rheinhausen 1988 wurde — anstatt die gewonnene Zeit für die Entwicklung eines regional übergreifenden Branchenkonzeptes zu nutzen — die Hoesch AG übernommen. Schon damals war der Betriebsrat bei Hoesch gegen die Fusion: es wurde vermutet, daß Hoesch nur aufgekauft wurde, um als Prellbock zwischen einer neuerlichen Krise um Rheinhausen und der Rheinhausener Belegschaft zu stehen.

Umso bestürzender war für die Rheinhausener die Erfahrung, daß diese Strategie nicht aufging. Rheinhausen wird nun geschlossen, Hoesch wohl auch kranksaniert (Entlassung von über 2000 Arbeitern). Was ist daraus zu lernen? Die Rheinhausener vertrauten auf den Betriebsegoismus, der auch von den Gewerkschaften nicht durchbrochen werden kann. Gerade in der Stahlindustrie mit ihrer alten Tradition bildeten sich unterschiedlichste Betriebsidentitäten heraus, wobei die Kruppianer sich einen ähnlichen Stellenwert zubilligten wie die Daimler-Arbeiter innerhalb der Automobilbranche. Es existiert also ein Mauschelgeflecht, das sowohl die Unternehmensleitungen als auch und nicht zu knapp die Betriebsräte miteinschließt.

Der Fall Rheinhausen(s) beweist die größere Distanz der Geschäftsleitung zur Stahlarbeiter-Identität, denn für höhere Zwecke handelt sie scheinbar auch gegen die eigenen Betriebe. Während die Betriebsräte, dem Rheinhausen-Mythos stark verhaftet, die Möglichkeit ihres Unterganges nicht kalkulierten, basteln die Unternehmer bereits an einem ,,Ruhr-Kartell'' gegenüber den anderen Stahlkonkurrenten.

Dafür war es notwendig, Hoesch mit dem Standort Dortmund so zu päppeln, daß die Front der großen Ruhrkonzerne (Thyssen, Krupp und Hoesch) geschlossen steht. Damit versucht Hoesch, alle übrigen deutschen Konkurrenten auszustechen und sich selbst als deutscher Restpfand im EG-Stahlpoker gegen Frankreich, Italien und Spanien darzustellen.

Die Konkurrenz ist matt: Saarstahl steht vor dem Konkurs (angeblich war es nicht vorauszusehen), Kloeckner Bremer rettete sich in einen von der EG erzwungenen Vergleich mit der Bedingung weiterer Rationalisierungen incl. Personalabbau. Kloeckner bekommt das neue Wir-Gefühl vom Revier schon zu spüren. Die Trinitas von der Ruhr möchte sich bei Kloeckner einkaufen, aber schon jetzt pfeifen es alle Spatzen von den Dächern (Geschäftsleitung und Betriebsrat während des Mahnstreiks am 5.5.), daß die Übernahme ein erster Schritt zur endgültigen Schließung des Bremer Werkes wäre — ein Konkurrent weniger. Vielleicht ist dies eine späte Rache für das unsolidarische Verhalten Kloeckners in den 80er Jahren, als es durch die Modernisierung des Werkes mit dem Ausbau ihrer Kapazitäten die unproduktiveren Stahlwerke mehr als nur in Verlegenheit brachte.

EKO in Eisenhüttenstadt wird sich nur retten können, wenn die EG die Hoechstförderstufe auch für den Stahlbereich gelten läßt. Die als Agrarsubventionsverein gegründete EG scheint gegenwärtig nicht bereit, die Stahlindustrie von Ländern unterstützen zu wollen, die im Unterschied zu Frankreich und Italien die Stahlbranche nicht 100%ig subventionieren. Solange es keine einheitliche EG-Politik in diesem Bereich gibt, ist EG-weite Solidarität nur schwer möglich: sowohl die Unternehmen als auch die Gewerkschaften benutzen das europäische Terrain vorrangig zur Durchsetzung ihrer besonderen Interessen. Der IG Metall ist es bisher nicht gelungen, die unterschiedlichen Auflagen für gefährdete Unternehmen anzuprangern und eine einheitliche staatliche Subventionspolitik zu fordern.

Doch auch hier gilt: was heißt Solidarität? Jede Absprache über EG-weite Kartelle, Produktionslimits oder Subventionen birgt zugleich den Kern der Abschottung der EG gegenüber auswärtigen Konkurrenten in sich. Davon ist insbesondere Osteuropa betroffen, wo die Rohstahlerzeugung einen erheblichen Stellenwert bei der Aufrechterhaltung industrieller Kerne besitzt. Erste Beschwerden aus Polen und Tschechien wurden mit dem Zugeständnis kleiner Garantiequoten abgegolten. De faco bedeutet dies eine den Protektionismus nur notdürftig kaschierende Strategie, die einen Ausblick auf die künftige Außenpolitik der EG erlaubt: die ,,Festung Europa'' wird kein total abgeschottetes Bollwerk sein, aber dennoch so stabil, daß die EG eine die unterschiedlichen nationalen Binneninteressen mehr oder minder gut integrierende Politik zu Lasten der Außenstaaten durchsetzen kann.

Die sich derzeit formierende rigide Migrationspolitik (samt Asylgesetzgebung) der EG-Staaten wird nur vor dem Hintergrund deutlich, daß sich der Staat (und hier auch die EG) sämtliche Folgekosten der Internationalisierung der Wirtschaft aufbrummen läßt und für das Gelingen derselben auch noch Vorleistungen für die Infrastruktur erbringen muß.

Neben dem klassischen Grundwiderspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit sind also (supra-)nationale, regionale und betriebliche Friktionen innerhalb der Belegschaften und Gewerkschaften vorhanden, deren Beachtung für eine kritische und praktische Solidarität jenseits hohlen moralischen Pathos unerläßlich ist. ●

express

die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken

In der **Juni-Ausgabe** des *express*:

Nachbetrachtung zum Metaller-Streik ● Lean-Production bei der Lufthansa ● Tagungsbericht ,,Gewerkschaften mit dem Rücken an der Wand'' ● Stahlkrise ● Hafenausbau in Hamburg ● Rationalisierung in der Zuliefererindustrie ● Tarifpolitik im Europa des Wandels, 2. Teil ● Hollands Gewerkschaften und die EG ● Südafrikas Gewerkschaftsbewegung u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express'' zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

PETER KERN

Die Führungskraft als Mensch wie Du und Ich

Symbolisches Management

Das Stichwort „Symbolisches Management" bezeichnet eine neue Form der (Betriebs-)Politik. Politik wird personifiziert und verkauft Bilder und Gefühle, die den Blick auf die Realität verstellen. In den Firmen wird die Illusion von der solidarischen Betriebsfamilie inszeniert. Der Feind dieser Gemeinschaft steckt nicht mehr in ihrer Hierarchie, sondern in den Mit-Konkurrenten am Markt.

Auftritt des Vorstandsvorsitzenden Hughes auf einer Betriebsversammlung in Rüsselsheim. „Guude Morsche", grüßt der Amerikaner, oberster Chef der Adam Opel AG, im breitesten Hessisch. Das kommt gleich gut an. Seine Rede beginnt mit einer Schimpf-Kanonade auf's Management. Es stehe der Leistungsentfaltung im Weg. Es verhindere, daß man unten, an der Linie, eigenverantwortlich arbeiten könne. Der einfache Mann am Band, die einfache Bandarbeiterin, sie schufteten hart, im Unterschied zu den feineren Herren. Die Hierarchien müßten verschwinden, ebenso die Privilegien. Eigener Firmenparkplatz, separates Speisen im Vorstandskasino — damit sei es jetzt vorbei. Stürmischer Beifall der Belegschaftsmitglieder.

Dann unternimmt Louis Hughes einen Ausflug in die Gefilde seiner Biographie. Als Gärtner habe er sich sein Geld für's Studium verdient. Sein Vater sei damals arbeitslos gewesen. Er wisse daher, wie die Welt der kleinen Leute ausschaue. Er wisse auch, wie wichtig die Familie in dieser Welt sei, das Sich-aufeinander-Verlassenkönnen. Eine verschworene Gemeinschaft, als solche sähen sich auch die Opelaner. Er wolle Teil dieser großen Familie sein. Natürlich gebe es da manchmal Streit und Konflikte. Doch die Versöhnung stehe am Ende jedes Familienkrachs. Und das sei auch notwendig; denn einen Vorteil aus dem Zank zöge nur die Konkurrenz. „Lassen Sie uns nicht gegeneinander kämpfen, sondern miteinander gegen die Konkurrenz". Die Belegschaft zeigt sich beeindruckt von den schlichten Worten, mit denen ihr Hughes aus dem Herzen spricht.

Szenenwechsel. Dr. Carl Hahn, Vorstandsvorsitzender der VW AG, betritt die Bühne. Ort der Handlung: Die Halle 54 in Wolfsburg. Mitwirkende: der Meister Salvatore Pravata; die Kollegen der Halle als Publikum; das Lokalblatt Wolfsburger Allgemeine Zeitung als Berichterstatter dieses Ereignisses.

Hahn (gekleidet in blauer Latzhose und T-Shirt): „Ich will ohne viel Aufhebens als ganz normaler Arbeiter eine Sonderschicht fahren." (Kollege Pravata weist ihm seine Aufgabe zu. Für die Heckscheibenwischer sind die Kabel und Schläuche zusammenzubauen).

Pravata: „Er erledigte diese Tätigkeit wie ein routinierter Autobauer. Ich war hoch zufrieden mit dem Ergebnis."

Das Lokalblatt: „Der VW-Chef zeigte, daß er handwerklich ebenso geschickt ist wie als cleverer Manager am Schreibtisch in der Vorstandsetage."

Pravata: „Für mich war es ein erhebendes Gefühl, mit dem Kollegen Carl zu arbeiten. Ich habe ihn als Menschen nicht als Führungskraft erlebt. Wir haben in den Pausen über private Dinge geplaudert. Sein Auftreten hat in der Halle 54 bei allen Kollegen eine Menge zusätzlicher Motivation bewirkt."

Hahn: „Mir ging es darum, hautnah zu zeigen, daß das Hierarchiedenken bei VW inzwischen aufgelöst ist."

Wer Aufmerksamkeit will, muß Auftritte inszenieren. Dieses Gesetz der Mediendemokratie befolgten Mr. Hughes und Dr. Hahn. Jeder auf seine Weise. Worin aber besteht, über das abstrakte Gesetz hinaus, das Gemeinsame der inszenierten Ereignisse? Sie spielen vor einer Betriebsöffentlichkeit. Starke Gefühle werden von den Akteuren erzeugt. Ein Held dominiert die Szene. Der heldische Mensch argumentiert nicht, redet nicht 'rum, sondern zeigt die Welt und handelt. Das Handeln ist nur symbolisch. Aber der Schein soll als Wirklichkeit gelten.

Ein Wort, dieses Politikverfahren beschreibend, bürgert sich ein: symbolisches Management, symbolische Politik. Der Begriff macht auf zwei Handlungsebenen aufmerksam, auf den Unterschied zwischen instrumentellem und symbolischem Handeln. Instrumentelle Politik ist die Tätigkeit organisierter Gruppen zur Durchsetzung handfester Interessen. Das ist die Ebene ökonomischer Rahmendaten und technologischer Zwänge. Symbolisches Management überlagert dieses Geschäft. Es weist über die Welt der Zahlen und Zwänge hinaus, arbeitet mit starken Bildern und Gemütsbewegungen. Es ist reich an Dramatik und arm, was die nachprüfbaren Fakten anbelangt.

Symbolisches Management erzeugt die nötige Zustimmung und Legitimation für die pragmatischen Zwecke instrumentellen Handelns. Im Falle Opel und VW ging es dem Management um die Einführung von Gruppenarbeit. Aber nicht von Kostensen-

kung und Qualitätssicherung redet der auf der betrieblichen Bühne agierende Held. Er spricht die Sprache der kleinen Leute. Er teilt ihren Haß ,,auf die Herren da oben''. Denen stößt er mal richtig Bescheid. Er achtet die Fleißigen, faule Äpfel erkennt er sofort. Man kann ihm vertrauen. Er ist ein Mensch wie Du und Ich.

Die Vision einer Gemeinschaft der Guten entsteht. Held Hughes lockt mit der Aussicht auf kommende Größe. Die starken Bilder gehen zu Herzen und schwächen den Verstand. Sie zwingen den Adressaten ein einfaches Weltbild auf. Es gibt nur Gute und Böse. Gut sind solche Lichtgestalten wie Hughes und Hahn und die große Firmenfamilie. Böse sind der verschlagene Mitkonkurrent am Markt und vor allem ,,der Japaner''.

Symbolisches Management malt ein simples Bild der Welt und verstellt so den Blick auf die Realität dahinter. Es verdeckt Realität, aber es verdeckt, indem es zeigt. Hahn und Hughes produzieren Bilder; sie konstruieren keine verschleierten Ideologien. Dem Bild kommt eine Überzeugungskraft zu, gegen die ein Argument machtlos ist. Ein kritischer Betriebsrat, ein Gewerkschafter auf der Versammlung, sie könnten auch gar nicht argumentieren; denn es wird ja nichts behauptet, es wird nur gezeigt. Hahn malocht am Band. Hughes macht seine Manager an. Alle haben es mit eigenen Augen und Ohren wahrgenommen. Jeder im Saal konnte sehen, wie sich die Gesichter der gescholtenen Herren verfärbten.

Symbolisches Management lebt vom Schein einer Handlung. Dennoch ist der Schein nicht einfach nur eine Lüge. Er behauptet seine Wirklichkeit. Die Vorstandsetage muß ja tatsächlich auf ihr Parkplatz-Privileg verzichten. Hughes macht seine Ankündigung war. Der Augenschein liefert den Beweis. Der Augenschein führt aber auch in die Irre. Das Management wird doch nicht wirklich entmachtet. Irreführung per Augenschein könnte man das Ganze auch nennen.

Kritische Einsicht, betriebspolitisches Handeln haben es, in Auseinandersetzung mit symbolischem Management schwer. Sie müssen ein ganz umständliches argumentatives Geschäft betreiben: Nicht Hughes Parkplatz-Entzug ist demnach der Schwindel, dafür aber das, worauf das symbolische Handeln verweist — der Wegfall der Hierarchien, wirkliche Mitbestimmung von unten. Die umständliche Argumentation steht in Konkurrenz zu den einfachen Bildern.

An dieser Stelle ist ein Hinweis auf ein Buch angezeigt. Thomas Meyer (Die Inszenierung des Scheins, edition suhrkamp, Frankfurt 1992) handelt zwar nicht vom symbolischen Management im engeren Sinne, aber er beschreibt den Problemkreis, dem dieser Begriff entstammt. Seine Analyse gilt Politikformen, die mit der Methode einer ,,Beglaubigung durch die unverfälschten Sinne arbeiten. Er denkt dabei beispielsweise an Töpfers Baden im Rhein, womit der Minister vor ein paar Jahren den Erfolg seiner Umweltpolitik zweifelsfrei vor Augen führen wollte. Oder an Blüms heldenhaften Kampf mit dem Drachen Pinochet, um das Leben der vierzehn mit dem Tod bedrohten Chilenen. Bekamen sie daraufhin das versprochene politische Asyl in der BRD? Wer weiß das noch so genau. Vor den spektakulären Bildern verblassen die nackten, nachprüfbaren Fakten.

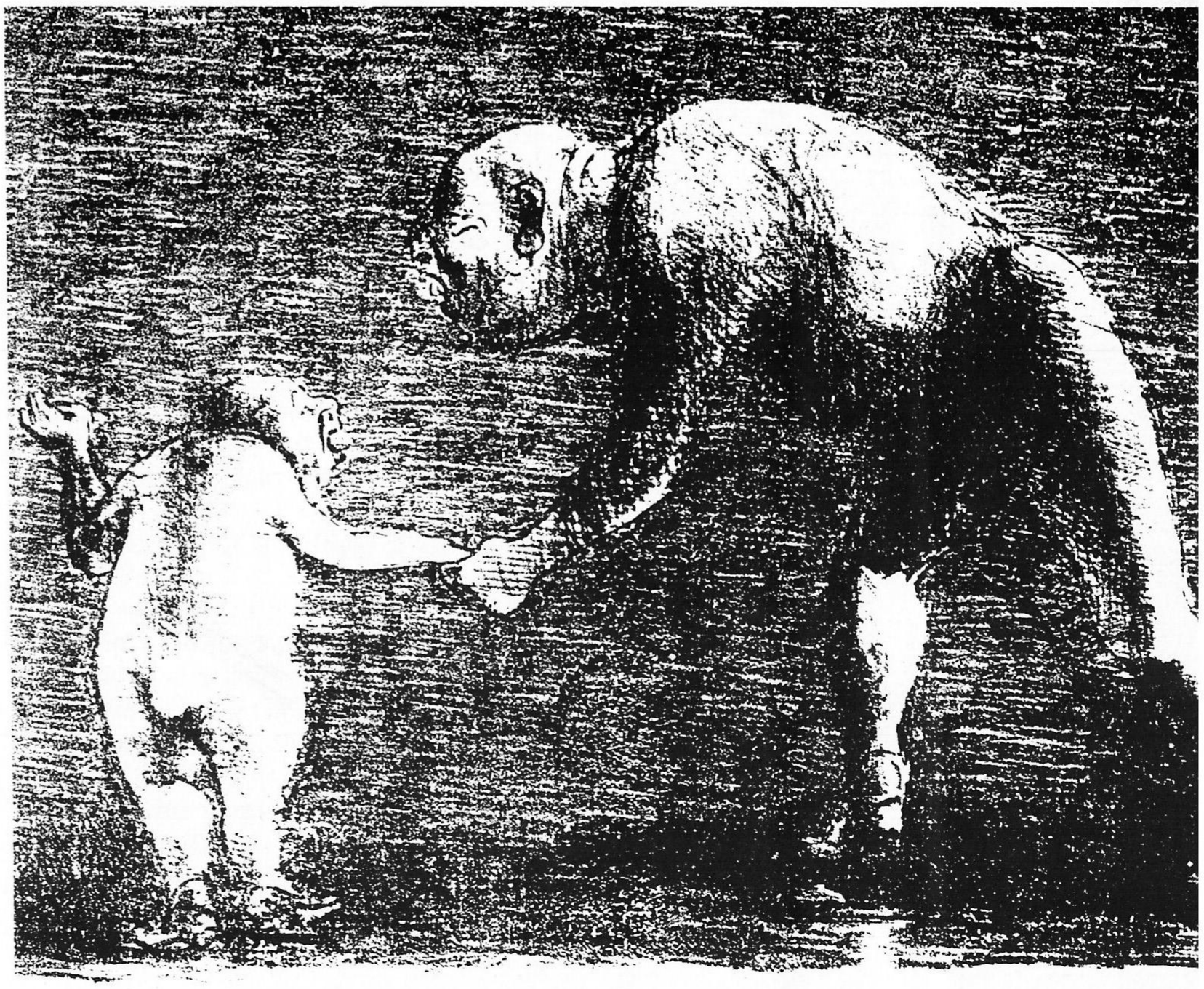
Die Sinneswahrnehmung dominiert über die Erwägungen des kritischen Verstandes. Das ist Thomas Meyer's gut belegte These. Er spricht vom ,,Krieg der Bilder gegen die Urteilskraft der Bürger''. Das bezieht sich vor allem auf das Bildmedium Fernsehen. Sein Buch gibt aber auch eine Menge her, um die Theatralik von Politprofis auf der Bühne der Betriebsöffentlichkeit zu verstehen.

Zur Logik symbolischen Politikmachens gehört es, Politik zu personifizieren. Hughes und Hahn, Töpfer und Blüm inszenieren sich selbst. (Ohne diese Fähigkeit kann heute keiner mehr Parteipolitiker oder Vorstandsvorsitzender werden.) Die in der Öffentlichkeit stehenden Personen agieren, als wären sie ganz privat. Sie geben ihre persönlichsten Motive preis. Sie gewähren einen Blick hinter die Kulissen, auf den Menschen hinter der Funktion. Wer dieser Mensch ist, was er zu sein vorgibt, ist plötzlich wichtiger als das, was er tut. Sein edler Charakter gibt das Gütesiegel seiner Handlungen ab. Er ist ein moralischer Mensch, seine Politik kann also nicht unmoralisch sein. Sie ist es vielleicht doch, aber Personifizierung macht aus einer Massenentlassung beispielsweise eine hehre Tat, ausgeführt von einer starken Persönlichkeit. Der Mann tut, was eben getan werden muß. Vorstandsmitglieder setzen sich so in Szene und verhindern damit das, was sie ansonsten immer wortreich beschwören: den sachlichen Dialog.

Auch Gewerkschaften unterliegen mitunter der Gefahr, mit dem Bild vom starken Steuermann politisch zu operieren. Das mag auf der Medien-Schaubühne kurzfristig einen Punktvorteil bringen. Auf lange Sicht aber führt es zu einem Knockout. Es führt zum Verlust des Bewußtseins, daß gewerkschaftliche Kraft sich aus der Selbsttätigkeit der Mitglieder speist und nicht aus persönlichem Charisma.

Symbolische Politik ist nicht zu unterlaufen, indem man sie kopiert. Wie sie zu konterkarieren ist, haben einmal die Betriebsräte eines Thyssen-Werkes gezeigt. Norbert Blüm — Hans Dampf in allen von Erniedrigten und Beleidigten bevölkerten Gassen — wollte aus Protest den Betrieb mit dem Fahrrad umrunden; denn die Hälfte sollte geschlossen werden. Der Betriebsrat, von soviel selbstloser Solidarität ganz angetan, stellte das Vehikel zur Verfügung, mit dem Norbert radelnderweise zeigen konnte, daß er auf der richtigen Seite steht. Nur, das Rad war ein Rädchen und hatte ganz kleine Reifen. Blüm war dem Kollaps nah, als er die Tour de Thyssen beendet hatte. So wollte er nicht vor die Kameras treten. Der publikumswirksame Auftritt fiel aus. Der Betriebsrat vereitelte ihn. Er griff in die Speichen, manipulierte den manipulierenden Minister. Mensch Blüm stand als betrogener Betrüger da. ,,Symbolische Aktion von unten'' nennt der zitierte Meyer dieses aufklärende Verfahren. ●

J. Grützke, Der Kleine und der Große oder Guten Tag



OTTO JACOBI

Auf dem Weg ins Nationalkonservative

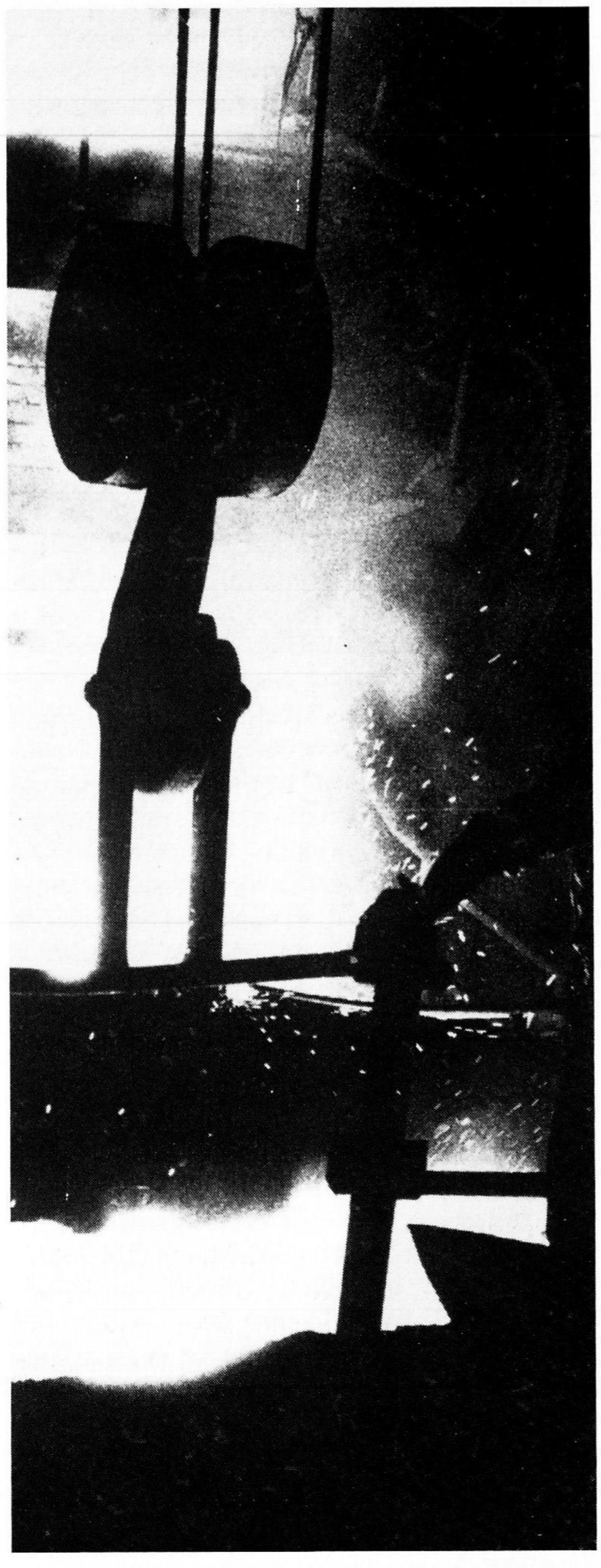
Keine Alternative zur Europäischen Union

Wie schwer sich die Traditionslinke mit der europäischen Integration tut, ist spätestens seit dem französischem Referendum bekannt. Exemplarisch nämlich war die Zusammensetzung der Ablehnungsfront gegen den Maastrichter Vertrag über die Europäische Union, die aus der Nationalen Front Le Pens, den französischen Kommunisten und den Linkssozialisten um Chevenement bestand. Ginge man Land für Land durch, fände man überall in Westeuropa ähnliche Mesallianzen.

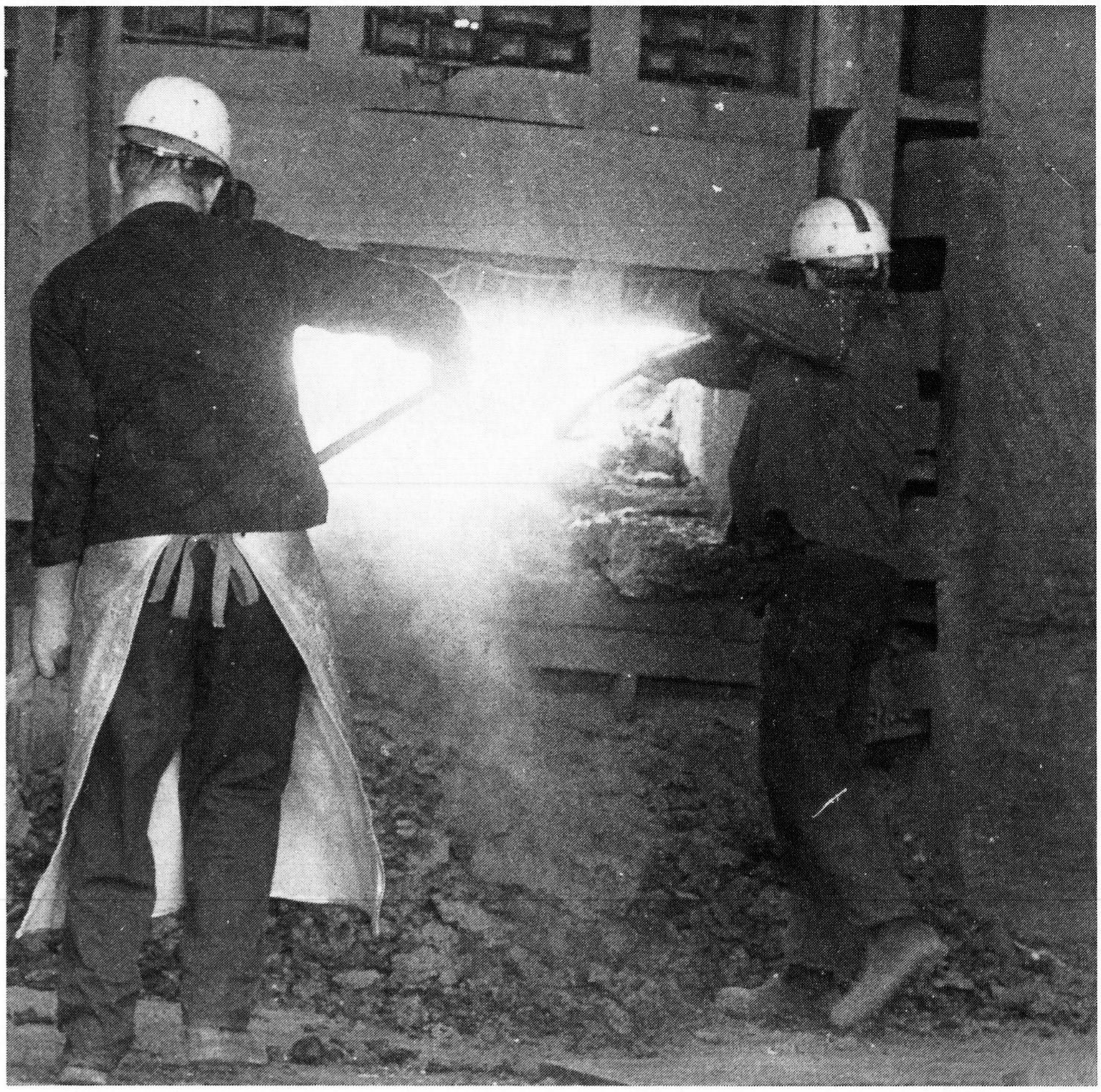
Es ist schon paradox: Die internationalistische Traditionslinke kneift, kehrt ihre konservative und nationale Kehrseite just in dem Moment heraus, wo Internationalismus konkret wird. Internationale Solidarität ist nicht mehr für wohlklingende Worte und ein paar Spenden zu haben. Ohne materielle Opfer, nämlich Transfer von Reichtum in die ausgepowerten Länder Osteuropas, geht nichts. Ohne die intellektuelle Bemühung, sich in die aktuelle Situation und die soziokulturellen Traditionen der anderen einzulassen, wird alles Flickwerk bleiben. Ohne das Erlernen von sozialen Ausgleichs-, Koordinations- und Harmonisierungstechniken, was Politik und Wirtschaft schon längst praktizieren, wird es den Gewerkschaften nicht gelingen, soziale Unterbietungskonkurrenz und damit Abwärtsspiralen durch Lohn- und Mitbestimmungsdumping zu verhindern.

Es ist sehr die Frage, ob die Traditionslinke sich noch als links bezeichnen darf; vielleicht ist links nur ein neues Wort für konservativ. Zu recht sagt ein bekannter *links*-Autor, Claus Leggewie, da die 68er-Linken sich in eine „konservative Stimmung der Besitz-und-Zustandswahrung" hineinversetzt haben: „Sie sind die klassische Partei des status quo geworden". In der Tat: Die vielen links-rechts-Gemeinsamkeiten lassen auf manche Übereinstimmung im Denken schließen. Eher autoritär gesinnt, zentralistisch ausgerichtet, in nationalen Wagenburgenmentalitäten eingeschlossen, repräsentieren Traditionslinke und Republikaner soziale Schichten, die ihre Deklassierung befürchten. Es sind perspektivenlose Angstkoalitionen. Schon das heimatliche Westeuropa und erst recht das in der Vormoderne verbliebene Osteuropa rufen ihre hilflosen und kopflosen Abwehrreaktionen hervor.

Da die Internationalisierung von Politik und Wirtschaft, gepaart mit der Universalisierung europäischer Werte — wie etwa Menschenrechte —, geradezu exponentiell zunimmt, bleibt jedes Denken in engen Räumen hoffnungslos anachronistisch. Deshalb bleibt nichts anderes übrig als die internationale Einbettung der Bundesrepublik Deutschland. Die UNO ist weit weg und wenig stabilisiert. Anders die Europäische Gemeinschaft: sie ist in Sachen supranationaler Kooperation das erfolgreichste Modell. Die europäische Integration, deren Gravitationszentrum die EG ist, stellt die wichtigste politische Innovation der Nachkriegszeit dar. Sie machte aus Kriegsgegnern Kooperationspartner. Die Bundesrepublik hat daraus politisch, wirtschaftlich und sozial den größten Nutzen gezogen.



Stahlproduktion



Stahlproduktion

Es gibt zu einer um den Maastrichter Vertrag über die Europäische Union vertieften EG, erweitert um einige Länder und assoziiert um östliche Nachbarn, keine Alternative. Es sei denn: Ersetzung der EG durch eine um das vereinte Deutschland als kontinentaleuropäische Hegemonialmacht gruppierte Ländergruppe.

Vor diesem Hintergrund liest sich mit Zwiespalt der Beitrag von Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater über gewerkschaftliche Tarifpolitik in Europa (*links* 5/93). Dies mag von Vorteil sein, da ihre Zwitterpartie zwischen realistischen Einschätzungen, traditionalistischen Empfehlungen und modernistischen Erkenntnissen helfen kann, die Traditionslinke aus ihrer selbstverschuldeten linksnationalen Einkerkerung zu befreien.

Ganz realistisch sagen Mahnkopf/Altvater, daß die wirtschaftlichen Veränderungen „mehr und mehr eine europäische, ja globale Dimension haben und auf jeden lokalen Standort zurückwirken".

Ganz traditionalistisch kritisieren sie dann aber die im Maastrichter Vertrag vorgesehene Europäische Währungsunion, weil damit das nationale Instrument der Wechselkursänderung wegfalle, das bislang einen „gewissen Ausgleich von Standortnachteilen herbeigeführt" habe. Zu ihren Gunsten sei angenommen, daß sie die politische Implikation dieser Kritik übersehen haben: Gibt es keine europäische Währungseinheit, dann wird eine nationale Währung — wie gegenwärtig und auf absehbare Zeit die Deutschmark — die Rolle einer europäischen Ankerwährung spielen.

Zum ökonomischen Argument: Wechselkursänderungen „gleichen wie eine Schleuse die wirtschaftlichen Niveaus verschiedener Länder aus", behaupten Mahnkopf/Altvater. Wie man am Beispiel Großbritanniens und Italiens, die über die gesamte Nachkriegszeit am ausgiebigsten von Abwertungen Gebrauch gemacht haben, lernen kann, gilt eher das Gegenteil. Die eigenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Defizite werden kurzfristig übertüncht, aufgestaut und enden krisenstrotzend in einer Verfestigung überkommener Strukturen.

Eigenartig das Bild vom „Schleusenwärter", das Mahnkopf/Altvater zufolge den Gewerkschaften in einer Europäischen Währungsunion zugedacht ist. Warum sind sie dagegen, daß die Gewerkschaften wie eine Schleuse den Niveauausgleich regulieren? Die politisch-wirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik nimmt mit der Währungsunion zu, nicht ab!

Ganz richtig und ganz modern sprechen Mahnkopf/Altvater davon, daß Gewerkschaften als intermediäre Institutionen europaweit über das vertraute nationale Umfeld hinaus agieren müßten und schlagen hierzu „flexible und innovatorische Netzwerke" vor.

Das alles wiederum steht im Gegensatz zu ihren (dem traditional-marxistischen Denken entspringenden) Aussagen, daß Individualisierung, Deformalisierung oder Flexibilisierung Kampfbegriffe und Instrumente des Kapital sind, das sein Projekt der Deregulierung und der Reduktion der Löhne weltweit durchsetzen will.

Dies ist eine ihren eigenen Ansprüchen und Erkenntnissen nicht angemessene, weil zu einfache Antwort. Es ist die Flucht aus dem Problemkreis, den die Gewerkschaften bislang nicht sprengen konnten. Das hohe Maß an politischer und wirtschaftlicher Integration in Europa erzwingt die Internationalisierung nationaler Wirtschaftspolitik und auch nationaler Tarifpolitik, weil nur so die heimischen Interessen an wirtschaftlichem und sozialem Wohlergehen gewahrt werden können. Dies haben weder die Bundesbank noch die Gewerkschaften noch die Traditionalisten richtig verstanden.

Eine europaweite Politikebene einzurichten ist eine risikoreiche und unübersichtliche, aber alternativenlosen und einzig aussichtsreiche Voraussetzung für gewerkschaftliches Überleben. Es sind alles nur Ausreden, wenn — gleichermaßen unhistorisch und undialektisch von Mahnkopf/Altvater unterstützt — von der Europäischen Sozialunion, der Europäischen Sozialcharta, vom Sozialen Dialog, von Europäischen Betriebsräten etc. als inhaltsleeren Versprechungen und letztlich der Deregulierung dienenden EG-„Institutionen der Unverbindlichkeit" gesprochen wird. Da ist man doch erstaunt, wie wenig marxistisch sich traditionslinks an die Geschichte erinnert wird. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung mußte jeden Fortschritt erkämpfen. Sie hat diesen nicht von den Regierungen verlangt, wie dies heute in den Vorwürfen an EG-Kommission und EG-Ministerräten zum Ausdruck kommt, wenn der EG-Sozialstaat reklamiert wird. Die Europäische Sozialunion wird das Werk der Gewerkschaften sein oder sie wird nicht sein. Es ist die große Chance der Gewerkschaften, Sozialstaatlichkeit im Westen Europas durch Modernisierung zu garantieren und im Osten Europas überhaupt erst einzurichten.

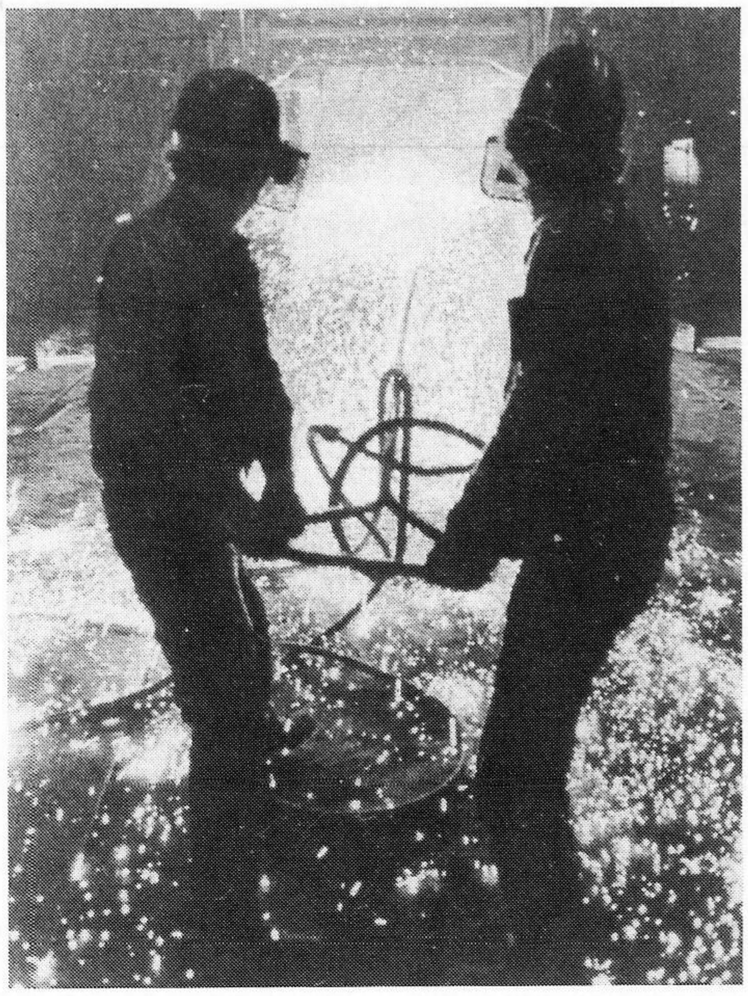
Die Integration im Westen und der Kollaps im Osten sind — wie Mahnkopf/Altvater schreiben — „historische Herausforderungen", aber nur die Europäisierung ihrer Interessenpolitik wird es den Gewerkschaften ermöglichen, die Chancen wahrzunehmen, die ihnen die Geschichte angeboten hat. ●

WOLFGANG FACH

Veränderung durch Vereinigung?

Das „MODELL DEUTSCHLAND" nach 1989

In den 70er Jahren ist die Rede vom MODELL DEUTSCHLAND entstanden. Als Produkt sozialdemokratischer Köpfe hat der Slogan bald auch in akademische Kreise Einzug gehalten: als Kürzel für einen besonderen, ebenso sanften wie effektiven Modus, die krisenhafte „Modernisierung der Volkswirtschaft" zu regulieren. Die Politik wollte damit keinen neuen „deutschen Sonderweg" propagieren, sondern der Welt ein Exempel statuieren: Ökonomische Stärke müßte nicht zu Lasten ökonomisch Schwacher gehen, Fortschritt wäre ohne Opfer möglich, man könne auch so hobeln, daß keine Späne fallen. Diese Botschaft kam an.



Stahlproduktion

Noch lange nachdem das Muster bei uns seinen Wert verloren hatte (wenigstens für die Erfinder), gerieten ferne Beobachter in unerwartetes Schwärmen: Robert Reich z.B. — seit kurzem Clintons Arbeitsminister, davor prominenter Ideenlieferant der Demokratie — hat den sozialdemokratischen Weg für eine importfähige Alternative zu Reagans Roßkur („Austerität") gehalten und ihn zu Amerikas „nächster Grenze" hochstilisiert (dem zweiten Jahrhundertprojekt nach der Eroberung des wilden Westens durch den amerikanischen Pioniergeist).

Das Modell in seiner Epoche

Was die Vordenker und Nachbeter des MODELL DEUTSCHLAND vor Augen hatten, war ein allmächtiges Zentrum der Regulation, ein umsichtiger „Pastoralstaat" (Michel Foucault), von dem aus die ökonomische Modernisierung organisiert werden sollte: sachlich angemessen, zeitlich auf lange Frist, sozial verträglich, politisch reibungsarm. Gesellschaftliche Strukturbrüche (sektorale Verwerfungen, regionale Verschiebungen) mußten sein, doch träfen sie, weil ihre menschlichen Kosten minimiert und die Schläge des Schicksals „abgefedert" würden, auf keine „reaktionäre" Gegenwehr. Am Ende wäre Humanität sogar ihr Geld wert: den höheren Planungsaufwand kompensiere, so hieß es, eine höhere Veränderungsgeschwindigkeit (weniger Widerstand, weniger „Ausschuß").

Alles in allem hat die politische Praxis ihre Theorie nicht schlankweg blamiert. Sicher, eine „planende Vernunft" (F. Tenbruck) hat sich gesamtgesellschaftlich nie durchsetzen können — was vernünftig war, war nicht geplant und was geplant war, war nicht vernünftig. Aber es gab konsequente Versuche, ein lokales Optimum zu erreichen: mit Konkurrenz und Kompensation als den beiden Fixpunkten. Produktionsstätten wurden stillgelegt, Produktionsabläufe rationalisiert, Produktionsmittel modernisiert — doch nie ohne die leidtragenden Belegschaften mithilfe „großzügiger" Sozialpläne zu entschädigen. Korporatistische Aushandlungssysteme vereinigten Staatsvertreter, Unternehmensführer und Gewerkschaftsfunktionäre „an einem Tisch", die allseits akzeptierte „Lösungspakete" schnüren sollten: weniger Entlassungen, Ersatzarbeitsplätze, vorgezogene Verrentung, Umschulungsmaßnahmen, Subventionen etc. pp. Dermaßen wurde — mehr oder minder konflikthaft, also auch nach „machtvollen Streiks" — das lokale Leiden so erträglich gemacht, daß es dem Fortschritt nicht mehr im Wege stand (freilich zu Lasten dritter, wie immer wieder kritisch angemerkt wurde — etwa der Jungen, deren künftige Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden).

Notabene: Hinter diesem Modell stand nicht einfach rationale Einsicht; es wurde (auch) von Machtverhältnissen diktiert und reflektierte (parteiübergreifend) den Status quo der ideologischen Hegemonie — eine plausiblere Alternative stand nicht im Raum, auch 1982 nicht, als die konservative Wende einem perspektivlosen Sparkurs zum Durchbruch verhelfen wollte und auf halbem Wege stehen geblieben ist.

Die neue Zeit

Seit den Wende-Tagen häufen sich die Analysen, die ein anderes Regime kommen sehen: markiert von weniger Staat und mehr Flexibilität, weniger Sicherheit und mehr Eigenverantwortung, weniger Gleichheit und mehr Freiheit, weniger Solidarität und mehr Unternehmergeist. Die einschlägigen Debatten — in akademischen wie praktischen Zirkeln — lösen seither einander ab und überkreuzen sich: Postfordismus, Reindustrialisierung, Deregulierung, Standortsicherung, japanisches Modell, Euro-Sklerose, Revitalisierung sind einschlägige Kürzel, die dem Faktum oder Postulat einer „Wende in die Zukunft" (Lothar Späth) Ausdruck verleihen soll(t)en.

Den Geist des Neuen — der seine stützenden Strukturen noch ausbilden muß — hat die FAZ jüngst auf eine bündige Formel gebracht: „Das Ende der gewohnten Gleichheit". Soll heißen: „Größere Ungleichheit der Arbeits- und damit Lebensbedingungen akzeptieren zu lernen, das könnte in der Tat eine Losung für die nächsten Jahre sein. Sie klingt ungewohnt in einer Gesellschaft, in

der ungleich fast automatisch mit unsozial gleichgesetzt wird.“ Wir lernen diese Lektion „auf dem langem Weg, den deutschen Osten wirtschaftlich so stark zu machen wie den Westen“ und in einem Land, „das durch die Wiedervereinigung nicht nur größer, sondern wirtschaftlich auch bedeutend heterogener geworden ist.“ (FAZ, 30.4.93) Doch während diese Stimme noch beschwichtigend folgert, die „Idee weitgehend gleicher Arbeits- und Lebensverhältnisse“ habe „einen Platz vorerst nur als Ideal“, hieße eine richtigere und radikalere Konsequenz: Das politische Credo des alten MODELL DEUTSCHLAND, im Fortschritt „die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ anstreben zu wollen, weicht dem Lob der Differenz. Quantität schlägt in Qualität um: zunehmende verwandelt sich in legitime Heterogenität.

Die schieren Zahlen sprechen eine deutliche Sprache — ein kritischer Wert ist unterschritten: unsere Brüder und Schwestern kommen, groß gerechnet, nicht einmal auf zwei Drittel dessen, was „wir“ verdienen (schwankend zwischen Chemie 54 %, Eisen und Stahl 56 %, Textil 59 % am unteren und Öffentlichem Dienst 70 % oder Einzelhandel 72 % am oberen Ende). Doch wichtiger ist das kritische Muster, dem diese Diskrepanz folgt. Massive, ja skandalöse Einkommensunterschiede hat es natürlich auch schon zu Zeiten des alten „Modells“ gegeben, nur: dort sind sie an den Grenzen zwischen korporatistisch abgeschirmtem Kern und „vogelfreien“ Randgruppen (Alte, Ausländer, Arbeitslose) angefallen — während die neue Markierung zwei Pole (Ost-West) schafft und damit eine „Kernspaltung“ erzeugt, deren Tiefe den traditionellen Richtwert, jene „einheitlichen Lebensverhältnisse“ obsolet macht. Dann und erst dann kann im herrschenden Bewußtsein den Platz der Dichotomie (egalitäres Zentrum/derangierte Peripherie) die Differenz einnehmen — mit gleitenden Übergängen und vielen kleineren Kernen (Sub-Zentren), hüben wie drüben, deren jeder politisch organisiert werden muß. Damit etablieren sich Schritt für Schritt zwei Neuerungen:

Regime-Spuren

● Was bisher auf spezielle Ernstfälle (etwa: die Stahlindustrie) und einzelne Krisenregionen (etwa: das Saarland) beschränkt war, die Suche nach dem lokalen Optimum, wird jetzt Routine.

● Wenn bisher die optimale Lösung am allgemeinen Konsumstandard („Einheitlichkeit“) gemessen wurde, gehen in das Kalkül nun die Produktionsbedingungen vor Ort („Verschiedenheit‘) ein.

Propagiert hat man diese doppelte Transformation — das Eckstück der „Wende in die Zukunft“ — schon seit längerem; nun scheint sie möglich, ja dringend zu werden, nicht zuletzt deshalb, weil auch der deutsche Westen in eine tiefe Strukturkrise geraten ist und nach anderen Wegen sucht.

Der neue Geist muß, soll er nicht wieder einmal folgenlos verwehen, in Institutionen, Arrangements und Praktiken umgesetzt werden. Das ist ein langwieriger, konfliktbeladener Prozeß, dessen Spuren sich gerade erst abzuzeichnen beginnen.

Wiewohl die Wende auf mancherlei Schauplätzen vorankriecht (etwa beim leisen Tod Rheinhausens, eines Standortes immerhin, der vor nicht allzu langer Zeit die Republik fast aus den Angeln gehoben hätte), konzentriert sich das politische Interesse auf den gegenwärtigen Tarifkonflikt in der Eisen- und Stahlindustrie (Ost) — nicht umsonst. Dessen Pointe liegt aber weniger dort, wo sie gewöhnlich verortet wird: beim Verhalten des Unternehmer-Lagers, das eine extreme Situation benutzt hat, um eine Bresche zu schlagen und — eine unerhörte Novität — aus dem gültigen Tarifvertrag aussteigt. Souverän ist hier nicht, wer über den Ausnahmezustand entscheidet (Carl Schmitt), sondern jene Seite, die ihn (offensiv) verwertet: was dieses Mal offenbar der Gewerkschaft gelingt.

Überraschend, jedenfalls für den lamentierenden Gegner, ist dies passiert: Entgegen einer liebgewonnenen, weil bequemen Praxis, geschleifte Festungen proletarischer „Solidarität“ rhetorisch zu verteidigen, hat sich das gewerkschaftliche Hirn zum ersten Mal strategisch aufs fremde Terrain der Differenz vorgewagt und eine gemischte Tarifpolitik anvisiert, die flächendeckende mit firmenspezifischen Elementen flexibel kombiniert: Kampfeinsätze wie Streitziele würden dann, zentral koordiniert, von Fall zu Fall variiert — was die FAZ zurecht als „Revolution des Tarifsystems“ klassifiziert (selbst wenn hinter dem Einstieg eher taktische Erwägungen stehen mögen). Gleichzeitig schwächt dieser Schwenk der gewerkschaftlichen „Schlachtordnung“ die kollektive Kontrolle des Unternehmer-Lagers und verstärkt damit einen Erosionsprozeß, dessen erste Ausläufer bereits Wirkung hinterlassen haben (spektakulär der IGM-Austritt aus dem Arbeitgeberverband). Im Ergebnis könnte das veränderte Machtverhältnis „fließende Gleichgewichte“ produzieren: austariert zwischen Marktgeboten und Sozialpflichten, den konkreten Lagen ad hoc angepaßt, gemeinsam organisiert durch die Tarifpartner am Platz, politisch moderiert von lokalen „Fürsten“ à la Biedenkopf, die um ihre „industriellen Kerne“ besorgt sein müssen.

Fazit: Der „Pastoralstaat“ des MODELL DEUTSCHLAND wird sich wohl, nach einer Phase der knirschenden Anpassung und zeitgemäß flexibilisiert, als Regime behaupten. Neuer Wein in alten Schläuchen — mit mehr Säure, dennoch süßer als jene Sorte, die anderswo kredenzt wird. ●

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Paradoxien der Gleichheit: Menschenrechte u. Minderheiten (Heft 46)

de Bernart: Paradoxe Aspekte der Menschenrechte ● *Fortunati:* Die 'Minderheit' der Frauen ● *Edwards:* Gruppenrechte versus Individualrechte ● *Schöneburg:* Menschenrechte, Strafrecht und Arbeiterbewegung ● *Pollmann:* Die Berufung auf Menschenrechte zum Zwecke ihrer Überwindung im kapitalistischer Staat ● *Ruggiero:* „Italienische Emigranten in Paris“ ● *de Bernart:* Religion und Alltagsleben in der Migration. Das Volk der INAD ● *Scholter / Trenz:* Politische Flüchtlinge und Menschenrechte. Die soziale Konstruktion des „Asylmißbrauchs“ ● *Ottens:* Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von (jungen) Frauen zum Rechtsradikalismus ● *Mädje / Neusüß:* Zum Wandel der Lebensformen am Beispiel alleinerziehender Sozialhilfeempfängerinnen ● Magazin

120 Seiten, DM 16,—

Zur Produktion von Rassismus
(Heft 45) vergriffen

Armut in Frankfurt (Heft 44)

Jaschke: Neue Armut und Stadtentwicklung ● *Scherer:* Kommunale Armutsberichterstattung. Eine Bibliographie ● *Karsten:* Die Produktion armer Frauen ● *Koch:* Armut in Frankfurt. Eine Übersicht ● *v. Freyberg:* Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung ● *Hausmann:* Frankfurt am Main. Die Metropole und die Moneten ● Magazin

120 Seiten, 15,— DM

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

INGEBORG TÖMMEL

Die europäische Gemeinschaft:

Supranationaler Staat oder politische Agentur des Marktes?

Nach sieben fetten Jahren der Europa-Euphorie kommt plötzlich wieder Katzenjammer auf: erst das Nein der Dänen, dann das halbherzige Ja der Franzosen, und schließlich allenthalben ein diffuses Unbehagen über die schleichende Aushöhlung nationaler Souveränität. Nachbessern, bevor es zu spät ist, rufen die einen; zurück zum Ausgangspunkt die anderen; mehr Demokratie und ein soziales Europa, fordern die einen, aber bitte keine Ausweitung der Brüsseler Bürokratie und Regelungswut; Stärkung der europäischen Position gegenüber Amerika und Japan, meinen andere, aber kein Esperantogeld, keine Experimente mit unserer stabilen deutschen Mark. Das Konzert von Stimmen und Gegenstimmen klingt so vielfältig, daß selbst die dissonanten Töne eines Katastrophenszenarios kaum noch besonders auffallen: erst die uneinheitliche Vereinigung Deutschlands, dann die der EG, und morgen (die) der ganze(n) Welt.

Sind der neue Nationalismus und Rassismus (unter anderem) das Nebenprodukt einer zu weitgehend europäischen Integration? Gibt es eine ,,unheilige Allianz'' zwischen Euro-Kritik, Nationalstaats-Apologetik und Neo-Rassismus, wie es Bernd Röttger in seinem Beitrag in der *links* (Nov. 1992) suggeriert? Mir scheint, daß hier sehr verschiedenartige Phänomene allzu generalisierend in einen Topf geworfen und allzu direkt in einen kausalen Zusammenhang gebracht werden. Die genannten Phänomene sind allenfalls verschiedenartige Reaktionen auf ein und dasselbe Grundproblem: den enormen Modernisierungsschub, den die westliche Welt (und nicht nur diese) aktuell erlebt, und der nicht nur Chancen zu einer Neuordnung überkommener Strukturen in sich birgt, sondern zugleich auch enorme Risiken und konkrete Benachteiligungen mit sich bringt. Die damit einhergehenden Krisen und Verunsicherungen führen nicht nur zum Zurückgreifen auf die Ideologien von gestern — Fremdenhaß, Nationalismus oder gar Fundamentalismus —, sondern auch auf überkommene und vereinfachende Theorien gegenüber einer zunehmend komplexen und undurchschaubaren Welt.

So wird beispielsweise die europäische Integration als unausweichlicher Weg vom Nationalstaat zur supranationalen politischen Verfassung interpretiert und das ganze als Nullsummenspiel vorgestellt: Je mehr Kompetenzen auf Brüssel übertragen werden, desto mehr muß die Bedeutung der nationalen Staaten dahinschwinden. Und je mehr deren Bedeutung schwindet, umso mehr werden auch die mit dem Staat oder dem eigenen Land verbundenen Errungenschaften und Werte ausgehöhlt: das demokratische System, der sozialstaatliche Konsens, die nationale Identität oder gar die staatliche Souveränität. Fazit: man kann eigentlich nur gegen die europäische Integration sein, ob man nun links oder rechts steht, ob man nun für mehr Basisdemokratie oder für den Erhalt der bedrohten Nation eintritt.

Nun sind die genannten Interpretationen zum europäischen Einigungsprozeß zwar nicht grundsätzlich falsch, aber sie vernebeln, daß Ziel- und Entwicklungsrichtung dieses Prozesses eine ganz andere ist: weg vom Staat und hin zum Markt. Denn sowohl auf nationalem Niveau als auch in internationalen Dimensionen geht es aktuell um die Suche nach neuen und vor allem nach komplexeren und flexibleren Methoden und Mechanismen der staatlichen Regulierung von Marktprozessen, die sich eben nicht — das zeigt das Desaster in Ost-Europa — von selbst einstellen oder gar autopöotisch regeln. Und die vielbeschimpfte Keynessche Globalsteuerung ist nicht etwa obsolet geworden, weil Eingriffe in den Markt generell falsch wären, sondern weil diese Eingriffe angesichts neuer und zunehmend komplexer Problemlagen zu global und undifferenziert sind und weder die Steuerung international vernetzter Marktprozesse noch die Feinsteuerung hochgradig differenzierter Wirtschaftssysteme leisten. Aber auch das neoliberale Konzept des ,,zurück zum Markt'', wie es in England und Amerika als ,,Thatcherism'' und ,,Reaganomics'' am weitestgehenden erprobt wurde, hat keineswegs vorwärtsweisende Lösungsansätze geboten, sondern eher krisenverschärfend gewirkt.

In dieser Situation einer ,,offenen'' Suche nach neuen Wegen der staatlichen Regulierung erweist sich die EG als eine Struktur, die vergleichsweise günstige Voraussetzungen für die Erprobung neuer Politikstrategien bietet. Dies jedoch nicht, weil man dort schon die besseren Konzepte oder die ,,großen Entwürfe'' in der Tasche hätte, sondern weil die EG im Laufe der Jahre eine Funktionsweise entwickelt hat, die die Erarbeitung neuer und komplexerer Stragien der ökonomischen und gesellschaftlichen Regulierung begünstigt. Diese Funktionsweise verdankt sich ihrerseits einer ,,offenen'' und nur unvollkommen zur Entwicklung gekommenen Systemstruktur, die sich — anders als die nationalen Staaten — nicht auf auskristallisierte politische Entscheidungsfindungsprozesse (und die sie tragenden Gruppierungen) stützen kann, sondern die der Entwickung des — internationalisierten — Marktes ,,folgt'', im Klartext: Weil die Ausbildung eines supranationalen Staates auf EG-Niveau nicht — und nicht einmal der Tendenz nach — zustandekam und somit der europäische Integrationsprozeß auf die Issues und Politikfelder beschränkt blieb, die mit der Marktintegration zusammenhän-

Stahlproduktion

gen, hat sich die EG einseitig entlang dieser Schiene entwickelt. Und weil die Mitgliedsstaaten glaubten, für diese Aufgaben keinerlei Systementwicklung auf EG-Niveau zu benötigen, die über die mit dem Vertrag von Rom eingesetzten Organe hinausginge, hat sich das ,,schwache" EG-System auf der informellen Ebene weiterentwickelt: Eine unüberschaubare Vielzahl von Beratungsgremien, Expertengruppen, Round-Tables, unabhängigen Stiftungen und anderen nongouvermentalen Organisationen bilden zusammen mit der europäischen Kommission ein dichtes Netzwerk zur Entscheidungsfindung und Politikimplementation, das die fehlenden formalen Befugnisse und die fehlenden suprastaatlichen Strukturen mehr als ersetzt.

Aus den Beschränkungen des EG-Systems ergab sich somit langfristig — bei gleichzeitig veränderten Rahmenbedingungen — ein relativer Vorsprung gegenüber den nationalen Staaten: Die Expertise in Sachen Marktintegration prädestinierte die Gemeinschaft geradezu zur Entwicklung neuer Politikkonzepte und Strategien, die dem Marktprozeß besser angepaßt sind bzw. diesen in konkreterer Weise steuern; und die ,,schwache" Systemstruktur der EG ermöglichte die Transformation der Europäischen Kommission in eine flexibel operierende Agentur, die Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Marktintegration über unkonventionelle Politikkonzepte und informelle Implementationsstrategien mit ,,unsichtbarer Hand" dirigiert.

Diese veränderte Konstellation hat dazu geführt, daß die Gemeinschaft gegenwärtig nicht mehr nur die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Marktintegration schafft, sondern daß sie über eine Reihe von neuen Politiken auf vielfältige Weise in das Marktgeschehen eingreift: beispielsweise über die Technologiepolitik, die Regionalpolitik oder die Sozialpolitik. In all diesen Politikfeldern ist die EG allerdings weit von dem entfernt, was auf nationalstaatlichem Niveau Usus war: Nicht staatliche Kompensation, wo die Marktkräfte versagen, ist das Ziel oder der Weg, sondern Organisierung, Konzertierung und Stimulierung von Marktprozessen in internationalen Dimensionen.

So hat beispielsweise die europäische Technologiepolitik weniger zu fetten Förderprogrammen geführt, auf denen sich die großen Konzerne ausruhen können, als vielmehr internationale Kooperationsbeziehungen zwischen den Großbetrieben stimuliert, und sie damit für den verschärften Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt präpariert. Nationale Champions wurden in europäische Champions transformiert. Im Bereich der Regionalpolitik wurde keine Hilfe für die ,,armen" Länder organisiert, und es ging auch nicht um die soziale Abfederung negativer ökonomischer Effekte des Binnenmarktes; vielmehr wurde eine konsequente Modernisierungsstrategie transferiert, die

die ökonomischen Akteure der betroffenen Länder und Regionen systematisch auf den erweiterten Markt und auf offensive Expansionsstrategien orientiert. Die Sozialpolitik der EG schließlich beinhaltet keine Hilfe für sozial benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt — Frauen, Jugendliche, Behinderte —; vielmehr wird über diese Politik vorexerziert, wie man gesellschaftlich benachteiligte Gruppen funktional und selektiv in moderne (Arbeits)Märkte integriert.

Insgesamt beinhalten somit die Politikstrategien der EG eine systematische Mobilisierung brachliegender Potentiale für den gemeinsamen Markt und eine Stärkung der Marktkräfte im Spannungsfeld der Konkurrenz Amerika/Japan. Politische Eingriffe dieser Art vollziehen sich jedoch nicht unter dem Motto einer expliziten staatlichen Steuerung, sondern über die Bereitstellung ökonomischer Anreize in der Form von Subventionen. Diese wiederum regnen nicht nach dem Gießkannenprinzip auf alle herab, sondern werden in kleinen, homöopathischen Dosen selektiv verteilt; sie zielen denn auch in erster Linie auf die Stärkung der Selbstheilungskräfte des Marktes.

Betrachtet man diese Entwicklung aus der Perspektive derer, die nach 40 Jahren ökonomischer Integration nun endlich auch ein soziales Europa einfordern — beispielsweise die Gewerkschaften — so ist klar, daß die soziale Dimension der EG nicht im Sinne einer — längst überfälligen — nachholenden Entwicklung eingefordert werden kann. Das heißt, die EG in ihrer heutigen Struktur ist nicht der richtige Adressat für eine Politik, die vor allem darauf abzielt, den sozialen Bereich aus den Marktbeziehungen herauszunehmen, und sie ist auch nicht der geeignete Adressat für allgemeine Forderungen nach Solidarität. Angesichts der enormen Entwicklungsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten wäre die EG wohl kaum in der Lage, ,,klassische" Sozialpolitiken europaweit einzuführen oder zumindest die erreichten Standards zu garantieren.

Damit ist allerdings nicht gesagt, daß eine Sozialpolitik auf EG-Niveau von vornherein ausgeschlossen wäre. Im Gegenteil: schon heute hat die EG eine Vielzahl von Aktivitäten in diesem Bereich entwickelt; weitere stehen auf der politischen Tagesordnung, und sei es auch nur, weil die EG sich mehr Legitimität beim Publikum verschaffen will. Eine nähere Betrachtung dieser Aktivitäten macht allerdings deutlich, daß es um mehr geht als nur um Legitimität. Denn die sozialpolitischen Aktivitäten der EG stehen in einem sehr engen und direkten Zusammenhang zur ökonomischen Integration und insbesondere zur Frage der Handhabung gleicher Konkurrenzbedingungen im gemeinsamen Markt. Damit können schwache soziale Sicherungssysteme, wie sie die mediterranen Mitgliedsländer kennzeichnen, als tendenziell konkurrenzverfälschend eingestuft werden (,,social dumping"). Aber auch der Vorstoß von Unternehmen der hochentwickelten Mitgliedsländer in neue, von Gewerkschaftsforderungen nicht abgedeckte Arbeitsverhältnisse (a-typische Arbeitsverträge) wird als Problem der Konkurrenzverfälschung definiert und dementsprechend ein Handlungsbedarf auf EG-Niveau konstatiert. Sozialpolitische Maßnahmen der EG sind somit nicht nur Schritte, um ökonomische Entwicklungsprozesse sozial abzufedern; vielmehr sind sie umgekehrt häufig auch Voraussetzungen, um ökonomische Integrationsprozesse zu ermöglichen oder voranzutreiben. Daneben können sie auch ein Stimulus sein, um wirtschaftliche Entwicklungen in bestimmte Bahnen zu lenken. Nicht von ungefähr propagiert Kommissionspräsident Delors besonders gerne die vergleichsweise hohen sozialen Sicherheitsstanddards in der EG als positives Merkmal eines ,,europäischen" Wirtschaftsmodells.

Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus lohnenswert, die konkrete Ausgestaltung bzw. die längst fällige Weiterentwicklung dieses ,,europäischen" Modells nicht alleine den europäischen Eliten oder den Brüsseler Bürokraten zu überlassen, sondern diese ,,von unten", also insbesondere von gewerkschaftlicher Seite zu beeinflussen. Dazu können allerdings nicht die alten Forderungen gebetsmühlenhaft wiederholt werden — diese ,,greifen" schon auf nationalem Niveau kaum noch — vielmehr gilt es, die komplexen Bedingungen einer solchen Politik und die möglichen Ebenen ihrer konkreten Umsetzung in neuartige Handlungsstrategien zu reflektieren: zum einen die Funktion und Rolle der EG als steuernde und regulierende Instanz und ihr Verhältnis zu den nationalen Staaten; zum zweiten das Verhältnis zwischen ökonomischer Entwicklung und sozialer Sicherung unter den Bedingungen einer zunehmenden Internationalisierung der Märkte; und zum dritten schließlich die konkreten Gestaltungsmöglichkeiten von (transnationaler) Solidarität unter den Bedingungen tiefgreifender ökonomischer Divergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten. ●

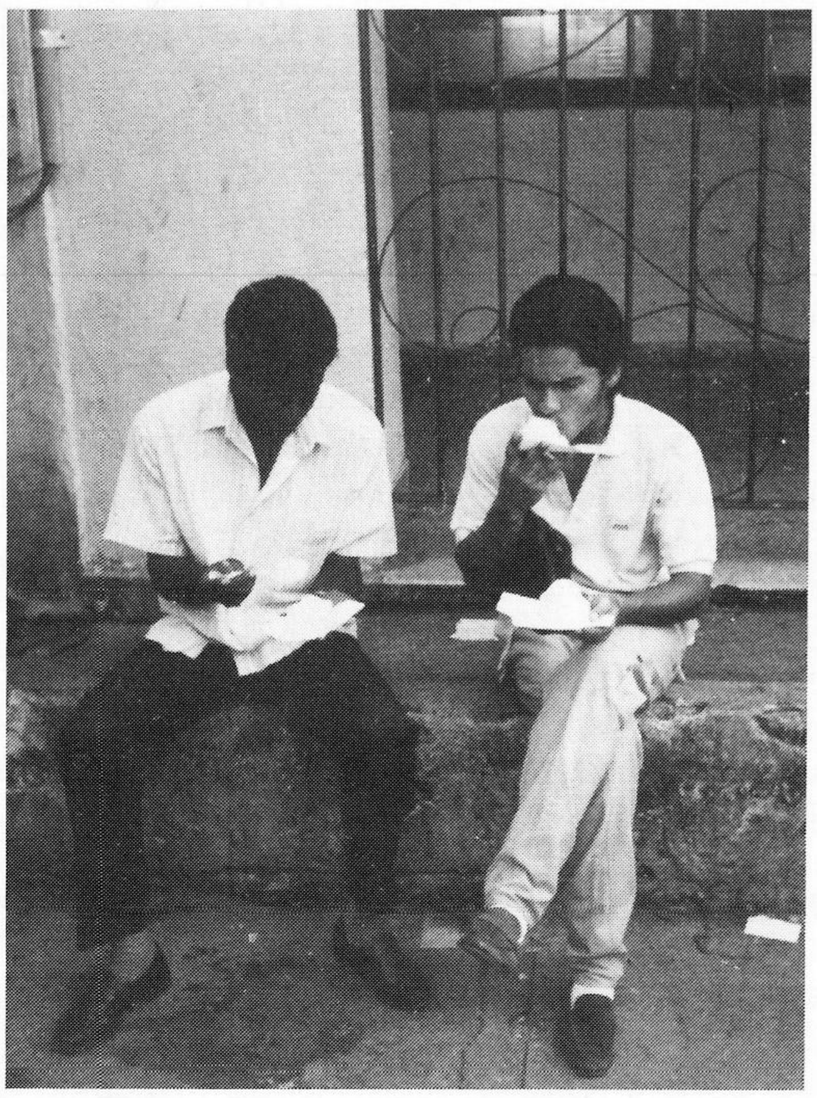
ULRICH BRAND

„Diese Kriegswirtschaft wollen wir nicht, aber Kapitalismus auch nicht!“

Cuba, im Frühjahr 1993

La Habana, im 35. Jahr der Revolution. Die Verschiebungen des weltweiten Koordinatensystems sind auch auf Cuba und dort besonders zu spüren. Die Versorgungslage der Bevölkerung ist außerordentlich schwierig und die früher so oft spürbare Lebensfreude der Menschen scheint wie gelähmt. Die Antilleninsel hat entscheidende Jahre (oder ein entscheidendes Jahr?) vor sich, denn sie steht unter gewaltigem äußeren Druck und dem drohenden ökonomischen Kollaps.

Foto: U. Brand



Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Osteuropa und dem Zerfall der Sowjetunion fielen die Handelsbeziehungen mit den RGW-Partnern weg. Besonders deutlich wird dies am Importprodukte Erdöl, das bis 1990 fast ausschließlich aus der Sowjetunion kam. Von 13 Mio. Tonnen (1989) über 10 (1990) und 8,6 (1991) sank der Erdölimport auf 6 Mio. Tonnen im vergangenen Jahr. Der realsozialistische Entwicklungsweg unterschied sich in der Frage der Energie- und Materialintensität und insbesondere bei der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ja kaum vom kapitalistisch-fordistischen Weg. Deshalb ist die cubanische Wirtschaft, die fast ausschließlich vom Erdöl abhängt, mit der Halbierung der Lieferungen des „schwarzen Goldes“ im Mark getroffen. Zudem ist die eigene Erdölförderung mit französischer Kapitalbeteiligung erst angelaufen und betrug im vergangenen Jahr eine knappe Mio. Tonnen.

Ein anderes Beispiel: Der Milchverbrauch ging von 1989 bis 1992 auf 45 Prozent zurück. An diesem Rückgang hat die deutsche Bundesregierung erheblichen Anteil, da nämlich fast dreißig Prozent der in Cuba konsumierten Milch aus der Ex-DDR kamen und laut Vertrag auch bis mindestens 1995 kommen sollten. Doch dieser Vertrag wurde von den Managern der deutschen Einheit aufgelöst. Der früher garantierte Liter Milch pro Tag für Kinder unter 13 Jahren und die Alten ab 65 steht heute nur noch für Kinder unter 7 Jahren zur Verfügung.

Der gesamte Handel mit Osteuropa — 1989 machte er mit über 8 Mrd. US-Dollar 85 Prozent des cubanischen Außenhandels aus — ist drei Jahre später auf gut ein Viertel zurückgegangen. Das ehemals von der „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ durchaus begünstigte Cuba wird so zum Opfer des rapiden Verfalls dieser Arbeitsteilung und der dazugehörigen Wirtschaftsordnung. In harter Währung muß bezahlt werden, wozu Kredite oder Deviseneinnahmen von Nöten sind.

Die USA hat ihren wirtschaftlichen Druck nach ohnehin schon über dreißig Jahre währender brutaler Wirtschaftsblockade noch erhöht. Die „Cuban Democracy Act“, eingebracht und auch benannt nach dem „demokratischen“ Abgeordneten Torricelli im US-Repräsentantenhaus, wurde vor einigen Monaten auf massiven Druck der Exil-CubanerInnen angenommen und verbietet jenen, die mit den USA Handelsbeziehungen haben, solche gleichzeitig mit Cuba zu unterhalten. Wenn das Gesetz Erfolg gehabt hätte, dann würden Cuba weitere drei Viertel seiner Handelsbeziehungen verlorengehen. „Aushungern!“ lautet die Devise des US-Imperialismus.

Auch die meisten der auf über eine Million geschätzten cubanischen Exilierten geiern auf den Einzug dessen, was sie unter Demokratie verstehen. Das bedeutet nämlich zuerst einmal die Privatisierung, d.h. Rückgabe der vor 30 Jahren verstaatlichten Böden und Anlagen. Längst gibt es in Miami Büros, in denen die Besitzansprüche angemeldet werden können. Neben dem indirekten Druck auf die US-Politik gibt es auch unmittelbare Propaganda in Richtung Cuba mittels Radiostationen, die von Miami aus die Botschaft der glückbringenden Freiheit übermitteln sollen. Von direkten Invasionsversuchen hat die ehemalige Bourgeoisie und Oligarchie nach vielen gescheiterten Versuchen inzwischen abgelassen, da sie jeweils das Gegenteil erreichte: Fidel konnte die Reihen hinter sich schließen. Zunehmend bekannter wird übrigens, wie brutal die radikalen und mächtigen Exilierten mit gemäßigteren Stimmen umgehen. Da explodierte schon manche Bombe, die die „wahren“ Demokraten in Miami legen ließen.

Neben der Lebensmittelversorgung wird die Devisen- und Energieknappheit am deutlichsten im Transportsystem. Von den früher 170 Buslinien in La Habana wurde die Hälfte wegen Treibstoffmangels stillgelegt. Das Fahrrad beherrscht heute die Straßen der cubanischen Hauptstadt, nachdem die Benzinzuteilung von 40 Litern pro Auto und Monat im letzten Jahr in den Wintermonaten auf Null rationiert werden mußte.

Ende August 1990 wurde die „período especial en tiempos de paz“ (Ausnahmezustand in Friedeszeiten) verkündet. Rationierungen vor allem von Energie wurden angekündigt, insbesondere im Bauwesen, Transportbereich und beim privaten Konsum. Daneben wurde unter ungeheurem zeitlichen Druck eine neue Wirtschaftsstrategie entworfen, um dem Wegfall wichtiger Export-

märkte und den nun fehlenden Lieferungen aus den ehemaligen RGW-Staaten zu begegnen und um Devisen zu erhalten. „Harte" Währung wurde angesichts der notwendig gewordenen Ausrichtung auf den kapitalistischen Weltmarkt zur Verrechnungseinheit.

Kurz gefaßt besteht die wirtschaftspolitische Orientierung darin, die Exporte zu diversifizieren und zu intensivieren sowie die Importe teilweise zu substituieren. Ersteres soll mit ökonomischen Liberalisierungen in einigen Exportbranchen einhergehen. Außerdem wurden neue Handelspartner vor allem in Westeuropa und Lateinamerika gefunden. Dennoch erreichen sie bei weitem nicht das vormals bestehende Handelsvolumen. Die Exportförderung besteht bisher vor allem aus dem Aufbau eines starken Tourismussektors (die Geldausgaben von Gästen aus anderen Ländern auf Cuba schlägt sich in der Leistungsbilanz als Export Cubas nieder) und großen Investitionen im Bereich der Biotechnologie. Was die Importsubstituierung angeht, so handelt es sich bisher weniger um die Substitution von Importprodukten durch eigene Produktion als vielmehr um eine drastische Importreduzierung ohne deren Ersetzung.

Der Tourismus ist in den letzten Jahren mit jeweiligen Wachstumsraten von 20 Prozent — statt 300 000 im Jahr 1990 sollen 1995 schon eine Million aus dem Ausland Kommende ihren Urlaub auf Cuba verbringen — nach dem Zucker zweitwichtigstes Exportgut Cubas geworden und beinhaltet einige Ambivalenzen. So bilden sich beispielsweise mehr und mehr drei parallele Ökonomien heraus: Die offizielle, stark rationierte; der Schwarzmarkt, wo mit cubanischen Pesos bezahlt wird und drittens der auf US-Dollarbasis beruhende Tourismus, für den neben importierten auch Produkte aus der eigenen cubanischen Produktion abgezweigt werden.

Tourismus schafft neben notwendigen Deviseneinnahmen eine Arbeiteraristokratie, denn obwohl den CubanerInnen der Besitz von US-Dollar verboten ist, bekommen beispielsweise Hotelangestellte Trinkgelder in dieser Währung. Drei Dollar Trinkgeld am Tag für einen Kellner bedeutet aber, daß er sie auf dem Schwarzmarkt in 150 cubanische Pesos (Stand März 1993) tauschen kann — was mehr als einem Monatslohn entspricht (!) — oder er kann zusammen mit einem Ausländer, da den Einheimischen normalerweise der alleinige Zutritt verboten ist, in eine den DDR-Intershops entsprechende „diplotienda" (Diplomatengeschäft) gehen und sich dort mit allen nur denkbaren importierten Lebensmitteln und Konsumartikeln versorgen.

„De dónde eres tú?" (Woher bist du?) ist die ständige Frage an AusländerInnen in der Nähe der Dollar-Hotels in La Habana oder an den Stränden außerhalb der Hauptstadt. Vor allem jüngere Cubaner wollen mit TouristInnen ins Gespräch kommen, um ihnen anschließend Rum, Zigarren oder anderes zu verkaufen. „Jineteras" nennt man sie, die versuchen vom gigantischen Kaufkraftunterschied zwischen US-Dollar und offiziell nicht konvertiblem Peso zu profitieren.

Mit der Intensivierung des Tourismus wächst das, was man „touristische Apartheit" nennen könnte. CubanerInnen haben keinen Zugang zu den Tourismus-Hotels ohne Begleitung eines Touris, sie dürfen offiziell keine US-Dollar besitzen, in vielen Restaurants gibt es für sie nur kleine Sitzplatzkontingente oder sie haben gar keinen Zugang. Das Ganze ist, vor allem für die Älteren, ein sensibles Thema, denn die touristische Apartheit sollte gerade mit der Revolution abgeschafft werden. Unter Batista und vorher war die Insel das „prostíbulo" (Bordell) der USA und die Trennung von Einheimischen und Touris wurde scharf vorgenommen. Nicht von ungefähr wurden mit dem Einzug der RevolutionärInnen in La Habana am 1. Januar 1959 zuerst die Hotels und Casinos besetzt, das dann bald verstaatlichte Hilton-Hotel in „Habana Libre" (freies Habana) umgetauft. In der Verfassung von 1976 steht, bis heute gültig, jener Artikel 42, der besagt, „daß alle Bürger, ohne Unterschied von Rasse, Hautfarbe und nationaler Herkunft in allen Restaurants und den übrigen öffentlichen Einrichtungen bedient" werden.

Viele Investitionen im Tourismus-Sektor, vor allem bei Hotelbauten, werden mit ausländischer Kapitalbeteiligung vorgenommen. Aber auch in Bereichen wie Erdölsuche, Pharmazie oder Nickelabbau gibt es Joint-Ventures, deren ausländischer Kapitalanteil bisher 50 Prozent nicht übersteigen darf. Bemerkenswert ist aber auch die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu ehemaligen RGW-Staaten, die nicht unter Dollar-Vorzeichen stehen. So wurde im vergangenen Dezember ein Vertrag zum (traditionellen) Direkttausch Erdöl gegen Zucker mit Rußland abgeschlossen; jedoch nur zu einem Viertel des früheren Volumens.

Neben den angesprochenen außenwirtschaftlichen Maßnahmen wird es von ganz entscheidender Bedeutung sein, wie sich die interne Agrarproduktion entwickelt. Eine häufig erhobene Forderung ist die Zulassung privater Bauernmärkte, wie sie in der ersten Hälfte der 80er Jahre bereits existierten und dann von der cubanischen Regierung im Rahmen einer Kampagne zur „Fehlerbeseitigung" wieder verboten wurde. Die für die interne Lebensmittelversorgung zur Verfügung stehenden Anbauflächen würden dann, so argumentieren die Befürworter einer privaten Vermarktungsmöglichkeit von Anbauüberschüssen, intensiver genutzt werden. Außerdem gerät die Regierung in Rechtfertigungszwang angesichts der teilweisen Liberalisierung im Exportsektor bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von wirtschaftlichen Restriktionen im Inneren.

Trotz des „Sachzwanges Kalter Krieg", unter dem sich Cuba in den 60er Jahren wohl oder übel an die Sowjetunion annähern mußte, um die Revolution zu verteidigen, wurden gravierende wirtschaftspolitische Fehler gemacht. Die erwähnte gefährliche, da einseitig auf Agrar-(Zucker-)Produktion orientierte Exportstruktur wurde bis Ende der 80er Jahre nie ernsthaft diversifiziert. Das rächt sich heute bitter.

Und dennoch: Angesichts der schwierigen Situation ist die Gleichheit der Verteilung des Wenigen beeindruckend, wenn man von der oben angesprochenen Teilung in Peso- und Dollar-Ökonomie absieht. Zudem gibt es trotz der heftigen Krise keine „absolute Armut". Letzteres ist immerhin die Um-

JournalistInnen aus allen Medienbereichen und KollegInnen der IG Medien fordern die sofortige Freilassung des Kollegen Stefan Waldberg (Radio Dreyecksland) **!**

Seit dem 23. Oktober 1992 sitzt Stephan Waldberg in türkischer Haft.

Am 23. Januar 1993 wurde er wegen angeblicher Kurierdienste für die PKK zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt.

Zuvor war er Scheinexekutionen und Folter durch Polizei ausgesetzt. Nach der Verurteilung wurde er von Militärs im Gefängnis mißhandelt.

Die Türkei ist für Journalisten das gefährlichste Land der Welt. Wer kritisch über die Politik der Regierung, insbesondere über die Unterdrückung des kurdischen Volkes berichtet, muß mit Repressalien und Verfolgung rechnen.

Innerhalb eines Jahres wurden 15 Kollegen von Todeskommandos ermordet. Ausländische JournalistInnen werden zunehmend an ihrer Berufsausübung gehindert, bedroht und kriminalisiert.

Wir fordern das Auswärtige Amt auf, sich bei dem Nato-Partner für eine freie Berichterstattung und den Schutz aller KollegInnen in der Türkei einzusetzen und im Falle von Stefan Waldberg endlich Druck auf die türkische Regierung auszuüben, um dessen sofortige Freilassung zu erwirken.

Weitere Unterzeichner melden sich bitte bei:
PAN-FOTO Tel: 040 - 43 33 73, Fax: 040 - 439 37 00
oder bei: Marily Stroux Tel: 040 - 40 65 87 Fax: 040 - 490 42 56

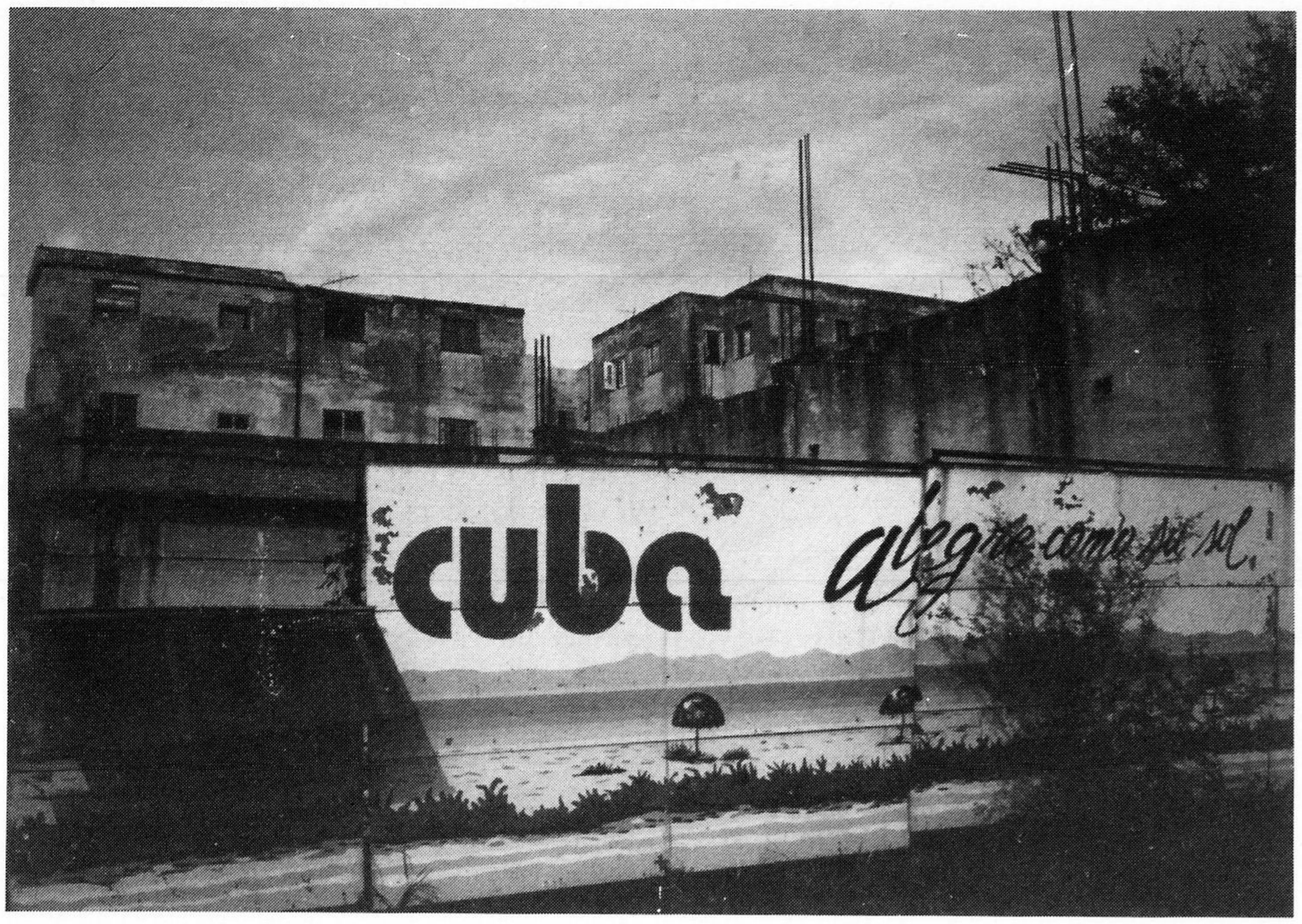


Foto: U. Brand

schreibung für die Lebensbedingungen, unter denen mehr als 50 Millionen andere LateinamerikanerInnen leben.

Der hohe cubanische Standard im Ausbildungs- und Gesundheitsbereich ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution. Noch immer hat Cuba die geringste Kindersterblichkeit Lateinamerikas. Noch immer ist die Versorgung an Ärzten und Krankenhausbetten für die gesamte Bevölkerung und eben nicht nur für die Kaufkräftigen ausgezeichnet. Doch die ökonomischen Probleme machen sich auch dort bemerkbar. Vor allem auf dem medizinischen Sektor wird das Niveau durch den Mangel an Medikamenten untergraben.

Cuba erlebt besonders schmerzhaft den weltweiten Umbruch, der „1989" als Chiffre hat und ist nicht mehr begünstigt von der Systemkonkurrenz. Der Inselstaat steht allein da. Wie wird auf Cuba mit dieser Tatsache umgegangen? Welche Entwicklungen sind denkbar?

Wahrscheinlich trifft Rudolf Bahro's Analyse des real existierenden Sozialismus, die er in den 70er Jahren in „Die Alternative" formulierte, nur begrenzt auf den cubanischen Sozialismus zu. Aber man kommt auch dort nicht darum herum — obwohl weite Teile der deutschen Solidaritätsbewegung dieses Thema allzu oft aussparen —, daß „intern" einiges im Argen liegt. Die in entscheidenden Bereichen fehlerhafte Wirtschaftspolitik wurde bereits erwähnt. Dazu kommt ein paternalistischer Staat und eine ebenso agierende Partei, eine sich mehr oder weniger verselbständigende Bürokratie, der fehlende Zugang kritischer und oppositioneller Stimmen zu den Medien und insgesamt eine fehlende Öffentlichkeit, die Kritik, Reflexion und Diskussion ermöglichen würde.

Dazu paßt auch das Wahlergebnis von offiziell 93 Prozent für die Partei bei den Wahlen im vergangenen Februar, wo das nationale und die Provinzparlamente gewählt wurden. Zur Abstimmung stand die Einheitsliste der cubanischen KP, der in geheimer Wahl ganz oder teilweise zugestimmt oder die abgelehnt werden konnte.

Exemplarisch für die in den letzten Jahren sich verschärfende Ausgrenzung kritischer Stimmen ist die Verhaftung von sieben Mitgliedern der Gruppe „Criterio Alternativo" (Alternativer Gesichterpunkt) im November 1991. Sie unterzeichneten zusammen mit anderen Intellektuellen eine Erklärung und wurden dafür der Diffamierung des cubanischen Staates und illegaler Versammlungstätigkeit bezichtigt und zu Gefängnisstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt.

Auch der in Europa besser bekannte Umgang mit dem in Berlin lebenden Schriftsteller Jesús Díaz ist ein Beleg. Der Anlaß war eine Diskussionsveranstaltung mit Eduardo Galeano vor eineinhalb Jahren in Zürich, wo Díaz die cubanische Regierung nicht zum ersten Mal kritisierte. Nach weiteren öffentlichen Auseinandersetzungen reagierte der cubanische Kulturminister: Díaz, der gerade in Deutschland immer um ein kritisch-solidarisches Verhältnis zu Cuba warb, darf nicht mehr dorthin reisen.

Auf dem 4. Kongreß der cubanischen Kommunistischen Partei im Oktober 1991 stellte Fidel Castro nochmals in aller Deutlichkeit fest, daß an Reformen im Sinne von „glasnost" und „perestroika" nicht zu denken sei. Das brachte einige Reformer innerhalb des Politbüros wie Carlos Lage oder Roberto Robaina zwar auf Distanz zum „máximo líder", Kritik wird bisher jedoch nicht öffentlich geübt. Einerseits scheint ein Reformprozeß „von oben" derzeit nicht sehr wahrscheinlich, andererseits würde eine „wilde" Transformation im Sinne der Exil-Cubaner eine Katastrophe für die meisten der heute auf Cuba lebenden bedeuten — ein nicht unerhebliches Problem.

In den geschätzten achtzigtausend Vorbereitungstreffen für den Parteitag von 1991 in Betrieben, Wohnvierteln oder Lehreinrichtungen und den dort verfaßten Anträgen stand eindeutig das Thema der wirtschaftlichen Öffnung, insbesondere der Zulassung privater Bauernmärkte, im Mittelpunkt. Eine Kritik am Einparteiensystem wurde hingegen wesentlich seltener formuliert. Das Problem war, daß viele Vorschläge gar keine Beachtung fanden.

Das trotzige Motto „socialismo o muerte" (Sozialismus oder Tod), das Fidel Castro vor einiger Zeit ausgab, bezieht sich auf eine über einhundert Jahre alte Tradition. „Patria (Vaterland) o muerte" und „libertad o muerte" waren die kämpferischen Alternativen im Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien (1868-78) und später gegen Bedrohungen seitens der USA. Das Problem von „socialismo o muerte" ist natürlich seine Absolutheit und das, was unter Sozialismus verstanden wird, nämlich der paternalistisch-bürokratische des derzeitigen Cuba.

Und damit ist ein zentrales Problem der derzeitigen Regierungspolitik angesprochen. Offensichtlich besteht die Angst, daß eine politische und (innere) ökonomische Öffnung als Schwäche der Regierung interpretiert werden würde und die Prozesse nicht mehr kontrollierbar wären. Das erscheint auf den ersten Blick umso absurder, da die jetzige Regierung immer noch auf eine breite Unterstützung bei der Bevölkerung setzen kann. Diese Paradoxie stellt eine ernsthafte Gefahr dar, denn eine weitere Verhärtung kann zu einer Eskalation der aufgezeigten Widersprüche führen.

Inwieweit und in welche Richtung sich ein Öffnungsprozeß verselbständigen würde, kann kaum vorweggenommen werden. Führt diese an sich ja wünschbare Unkontrollierbarkeit durch Staat und Partei zur ideologischen und realen Invasion des in Lateinamerika hinreichend erlittenen Neoliberalismus unter Führerschaft der in Miami hockenden Exil-Cubanern und des US- (und spanischen) Kapitals? Oder bleiben Spielräume für einen relativ selbstbestimmten Weg? Das Beispiel Osteuropas schafft vielleicht die Angst vor der Erosion, vor der Unkontrollierbarkeit von oben in Gang gesetzter Prozesse.

Wenn schon Vorhersagen über die cubanische Entwicklung schwierig sind, so bleibt trotzdem die Frage nach der Alternative zu einem wirklich demokratischen Sozialismus, für den die Bedingungen zumindest im Inneren geschaffen werden müßten. Denn der Kampf um die Köpfe hat längst begonnen und gewinnt durch die wirtschaftlichen Knebelungen an Schärfe. Nähern sich verschiedene Oppositionsgruppen mit durchaus sozialistischer Orientierung aufgrund mangelnder Artikulationsmöglichkeiten zunehmend an ausländische Institutionen an, die mit dem cubanischen Sozialismus nicht viel

am Hut haben? Akzeptieren sie gar die verlockende Botschaft, nach dem Zusammenbruch des ohnehin nicht zu rettenden Sozialismus als neue Eliten fungieren zu können? (Es ist schwer herauszubekommen, wie groß und organisiert diese Gruppen sind und welche Kontakte sie haben.)

In vielen Gesprächen ging es um denselben Aspekt. Was hat Cuba vom Zusammenbruch seines Sozialismus, was haben die CubanerInnen von der Zerstörung der Revolution, die die übergroße Mehrheit noch als die Ihrige bezeichnet, zu erwarten? Es gibt einen erstaunlich breiten Konsens, daß ein notwendiger Wandel innerhalb des cubanischen Sozialismus erfolgen muß. Die derzeitige breite Unzufriedenheit bezieht sich vor allem auf die wirtschaftliche Lage, wobei gleichzeitig betont wird, daß die von den USA gemeinte Demokratie und der nicht nur von den Exil-Cubanern erhoffte Liberalismus fürchterliche Konsequenzen haben würde. Ganz abgesehen davon, daß die Machtergreifung der exilierten ehemaligen cubanischen Bourgeoisie und der Versuch einer Durchsetzung ihrer Vorstellungen wahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg führen würde. Die Leiterin der internationalen Abteilung im staatlichen Statistikamt faßte treffend zusammen, was viele unterschreiben würden: „Derzeit befinden wir uns in einem Zustand, den man ohne weiteres Kriegswirtschaft nennen kann. Das ist fürchterlich und schafft viel Frustration. Wenn uns aber geraten wird, daß wir unsere Revolution gegen den Kapitalismus eintauschen sollen, dann lehnen wir das ab. Es wäre ein Desaster."

Der cubanische real existierende Sozialismus wird kaum wie jener in Osteuropa zusammenbrechen. Dazu gibt es, bei allen strukturellen Gemeinsamkeiten, zu viele Unterschiede. Und dennoch kann mit der zunehmenden ökonomischen Krise und einer weiteren gesellschaftlichen Lähmung das Leitbild von Marlboro- und Coca-Cola-Land, das nur 90 Meilen entfernt liegt, verführerischer werden. Denn der dort gepredigte und gelebte Individualismus bietet dem einzelnen wenigstens die Chance zum Aufstieg, trotz des Wissens, daß eben nur ein ganz kleiner Teil den Warenpöbel in gewünschtem Umfang konsumieren wird. In der Lösung der objektiven wirtschaftlichen Probleme liegt sicherlich ein Schlüssel und im Umgang mit den beschriebenen Widersprüchen ein anderer, um den cubanischen Sozialismus im Sinne der dort lebenden Menschen zu transformieren und den veränderten weltweiten (Markt-) Machtverhältnissen Rechnung zu tragen. Im Kampf um die Köpfe ein dritter, der nicht weniger wichtig ist. ●

Projekt „Wasserkraft ans Netz"

An der Nahtstelle zwischen Not in der Dritten Welt und Zerstörung der Natur setzt die Frankfurter Initiative InterRed cooperación mit einem Projekt direkter Hilfe an. Bereits mit 70 000 Mark könnte die erste Stufe des Projekts „Wasserkraft ans Netz" der Karibikinsel Cuba helfen, pro Jahr Strom im Wert von 350 000 Mark zu erzeugen. Gelingt es, 54 kleine Wasserkraftwerke ans Stromnetz anzuschließen, müßte das Dritte-Welt-Land 8 000 Tonnen Öl pro Jahr weniger verbrennen. Und entsprechend weniger kostbare Devisen ausgeben.

Im ersten Schritt sollen mit Material aus Deutschland vorhandene kleine Wasserkraftwerke ans cubanische Elektrizitätsnetz angeschlossen werden. Zwar hat Cuba die erforderlichen Strommasten, das Material für Fundamente und die nötigen Fachleute. Der Karibikinsel selbst fehlen angesichts des US-Embargos und des Zusammenbruchs der sowjetischen Wirtschaft aber die Devisen, um die Alu-Stromkabel, Isolatoren, Sicherungen und Regeltechnik zu importieren.

In den letzten 5 Jahren errichtete Cuba über 200 kleine und kleinste Wasserkraftwerke, 50 weitere sind in Bau. Damit ist Cuba das lateinamerikanische Land mit den meisten Kleinkraftwerken. Viele sind mit Fischteichen oder Bewässerungsanlagen verknüpft, um das Nahrungsangebot für die Bevölkerung zu erhöhen. Die vorhandenen 200 Kleinkraftwerke haben eine Kapazität von 8 500 Kilowatt. Auf 54 dieser kleinen, dezentralen Kraftwerke zielt das Projekt „Wasserkraft ans Netz".

Die 54 Kleinkraftwerke liegen in den entlegendsten Gebieten der Insel, in der Sierra Maestra, in der Sierra del Esambray und der Region Sagua-Baracoa-Guantánamo. Meist versorgen sie nur ein winziges Dorf, eine Schule oder eine Kaffeesammelstelle mit Strom. So versucht Cuba die Lebensbedingungen im Gebirge zu verbessern und damit die Landflucht zu bremsen, aber auch landwirtschaftliche Reserven zu nutzen. Doch überschüssige Energie dieser 54 Kraftwerke muß vernichtet werden, weil sie bisher nicht ans nationale Netz angeschlossen sind. Mit 188 Kilometer Leitung für mittlere Hochspannung (bis 35 KV) könnte Cuba auf Dauer 2809 Kilowatt aus Wasserkraft nutzen.

Drei dieser Kraftwerke stehen an der Jamaica zugewandten Küste in der Sierra Maestra. Sie versorgen zur Zeit die drei Bergdörfer Las Negras, Las Bijas und La Bruja in der Provinz Santiago de Cuba mit Strom. Das Wasser treibt erst die Turbine, bewässert danach die Felder. Doch „90 % der Energie werden durch den Kondensator gejagt und vernichtet" berichtet Wolfgang Schrank, von der Cuba-Initiative. Kann InterRed die 70 000 Mark für rund 11 Kilometer Stromleitung besorgen, wird die Leistung der drei Anlagen kontinuierlich in das cubanische Stromnetz eingespeist. Am projektierten Trassenverlauf können noch 141 einzelnstehende Häuser mit 800 Bewohnern erstmals mit Strom versorgt werden.

InterRed selbst ist ein eingetragener Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit in Frankfurt. Ins Leben gerufen wurde er von Menschen mit Erfahrung in Entwicklungshilfe, technischen Berufen und Sozialarbeit. Die InterRed-Leute verbindet der Wunsch, trotz lebensbedrohender Blockade, Bürokratie und Wirtschaftskrise Sozialisten aller Dritte-Welt-Länder zu helfen.

Das Projekt „Wasserkraft ans Netz" entstand aus einer Cuba-Studienreise über Alternativenergien von Fachleuten aus 13 lateinamerikanischen Ländern, der Schweiz und der BRD. Organisiert wurde sie von der kirchlichen Fördergesellschaft für angepaßte Techniken in der dritten Welt (FAKT) in Stuttgart. In der BRD beteiligen sich neben InterRed die Darmstädter Initiative Taller de Solidaridad, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba und die Berliner KarEn. Auf der cubanischen Seite haben die Nationale Energiekommission (CNE), die Nationale Elektro-Union (UNE) im Ministerium für Basisindustrie, das Comitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit (CECE) und der Ökumenische Rat der cubanischen Kirchen (CEC) die Verantwortung für das Projekt Wasserkraft ans Netz übernommen.

Neben dem Wasserkraft-Projekt will InterRed die Biogas-Erzeugung einer Schweine-Farm bei Santiago de Cuba, eine Selbsthilfewerkstatt des cubanischen Behindertenverbands ACLIFIM zum Bau von Rollstühlen und das cubanische Imkerei-Institut unterstützen. InterRed braucht dafür Spenden, Bezugsquellen für billige Maschinen und Teile sowie Fachleute, die an der Hilfe für das widerspenstige Dritte-Welt-Land mitarbeiten wollen.

InterRed cooperación, Bachmannstraße 2, W — 6000 Frankfurt/M., Spendenkonto Wolfgang Schrank, Kennwort Netzwerk, Postgiro FFM, BLZ 50010060, Kto 486851-607

JÖRG RODE

DIETER MAIER

Atomwaffen in Pakistan

Wider besseres Wissen hat die US-Regierung jahrelang erklärt, Pakistan habe keine Atomwaffen. In einer Untersuchung für die jüngste Ausgabe des New Yorker (29.3.93), die sich auf bisher geheimgehaltene Informationen des CIA stützt, belegt der Journalist Seymour M. Hersh, daß Pakistan und Indien 1990 am Rande eines Atomkriegs standen. Die indischen Streitkräfte hatten im Dezember in Raja Rachasthan unmittelbar an der Grenze zu Pakistan ein Großmanöver begonnen, an dem 400 000 Soldaten teilnahmen und das taktische Atomwaffen einschloß. Der pakistanische Diktator Zia Ul-Haq befahl daraufhin seine Truppen ebenfalls an die Grenze, so daß sich beide Armeen auf Schußweite gegenüberstanden.

Zwischen Pakistan und Indien gibt es seit der Gründung beider Länder Spannung wegen des von Muslimen und Hindus bewohnten Kaschmir, das von Indien verwaltet wird. 1971 hatte Pakistan in einem Krieg gegen Indien das heutige Bangladesh verloren. Da die indischen Truppen den pakistanischen weit überlegen sind und bei einem Einmarsch die pakistanische Hauptstadt Islamabad von der wichtigen Hafenstadt Karachi hätten abschneiden können, plante Pakistan als Reaktion auf einen indischen Einmarsch einen Atomschlag gegen Neu Dehli, den Indien wahrscheinlich mit einem atomaren Gegenschlag beantwortet hätte.

Pakistan verfügt über eine Nuklearzentrale in Kahuta bei Islamabad, die aus fünf unterirdischen Stockwerken besteht und keiner internationalen Kontrolle unterliegt. Ein Großteil der Ausrüstung dieser Zentrale importierte das pakistanische Militär illegal aus den USA. Seit 1987 hat das Land eine Uranaufbearbeitungsanlage in Golra, ebenfalls bei Islamabad, die illegal in der BRD gekauft wurde. Ein US-Gesetz, das 1985 erlassen wurde, schreibt vor, daß alle Militär- und Wirtschaftshilfe eingestellt werden muß, wenn das Empfängerland zum Atomwaffenbau geeignetes Material illegal aus den USA bezieht. Nach einem weiteren Gesetz, das im selben Jahr erlassen wurde, muß die US-Regierung jährlich bescheinigen, ob Pakistan Atomwaffen besitzt. Diese Bescheinigung ist Bedingung für die massive Finanz- und Waffenhilfe, die Pakistan als Verbündeter im afghanischen Stellvertreterkrieg der USA gegen die UDSSR von den USA erhielt. Die US-Geheimdienste wußten, daß Pakistan weit mehr Nuklearmaterial aus den USA exportiert hatte als der Irak und seit 1987 fähig war sechs Atombomben zu bauen. Dennoch bescheinigte das Weiße Haus 1987, 1988 und 1989, daß das Land keine Atomwaffen habe. Geheimdienstmitarbeiter, die den Stand der pakistanischen Atomrüstung kannten und Kongreßmitglieder davon informieren wollten, wurden entlassen und mit finanziellen Zuwendungen zum Schweigen gebracht.

Während der Krise 1990 befahl das pakistanische Militär ohne Wissen von Präsidentin Benazir Bhutto, die einzelnen Nuklearkomponenten zu Bomben zu montieren und übte Abwürfe mit den von der USA gelieferten Flugzeugen F 16. Daraufhin entsandte Präsident Bush seinen Sicherheitsberater Robert Gates, der beide Seiten über den jeweiligen Stand der Kriegsvorbereitungen unterrichtete und sie überzeugte, daß keiner von ihnen einen Krieg gewinnen könnte. Pakistan versprach, die 30 Guerrillalager für Kaschmiris auf seinem Territorium aufzulösen. Indien versprach, die Repression gegen Muslime in Kaschmir einzustellen und erlaubte US-Militärs, den Truppenrückzug an der Grenze zu beobachten. Auf diese Art wurde ein Atomkrieg verhindert, der nach Ansicht des CIA-Beamten Richard Kerr greifbarer war als während der Cubakrise 1962.

Der New Yorker zitiert aus einem Interview mit dem in Deutschland ausgebildeten pakistanischen Wissenschaftler Dr. Abdul Khan, der den Bau der pakistanischen Atombomben leitete. Khan sagt zur Kontrolle der Nukleartechnik durch die Großmächte: „All diese Aktivitäten sind Teil eines Kreuzzugs, den Christen und Juden seit etwa Tausend Jahren gegen Muslime führen." Zitate wie diese zeigen, daß die „muslimische Bombe" — unter diesem Titel wird der pakistanische Wunsch nach der Bombe häufig abgehandelt — keiner Sicherheitsdoktrin entspringt, wie sie aus Zeiten des kalten Kriegs geläufig ist.

Regionale Aufrüstungsspiralen wie die indisch-pakistanische resultieren aus ideologisch-religiösen Vorgaben und revanchistischen Motiven. Seitens der atomaren Großmächte entspricht diesem Rationalitätsdefizit ein Typus von Außenpolitik, die unter Ausschaltung der Öffentlichkeit und des Parlaments von einem exklusiven Kreis von Geheimdienstlern und Sicherheitsberatern gemanagt wird. Sogar die ohnehin von demokratischen Kontrollen wenig belasteten „Amtskollegen" des US-Außenministeriums waren auf eine Nebenrolle reduziert. Der US-Kongreß billigte die Politik des Weißen Hauses passiv, indem er sich mit dessen Lügen zufriedengab. Der Konflikt des Jahres 1990 belegt die Notwendigkeit demokratischer und unabhängiger Einmischung in die Außenpolitik. ●

MARTIN STOHLER

Schweizer Armee

Geistige Achtungstellung nicht mehr selbstverständlich

Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz *ist* eine Armee" — dieser Satz hat in den 80er Jahren seine frühere Gültigkeit zu einem guten Stück verloren. Dies ist in hohem Maße das Verdienst der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Diese Gruppierung war nicht nur fähig, die mehr als 100 000 nötigen Unterschriften für das Volksbegehren „für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik" zusammenzubringen, sondern sorgte mit ihrem Vorstoß gleich noch für eine weitere Überraschung: Bei der Abstimmung im November 1989 stimmten 1 052 218 Stimmberechtigte der Armeeabschaffungs-Initiative zu, was immerhin 35,6 Prozent der an der Abstimmung Teilnehmenden entsprach. Eine derart hohe Zahl von Armee-GegnerInnen hatten die Militärs nicht einmal in ihren schlimmsten Alpträumen erwartet.

Vor dem Hintergrund dieses Ereignisses müssen auch zwei Abstimmungen gesehen werden, zu denen die Schweizer BürgerInnen am Wochenende vom 6. Juni '93 aufgerufen sind. Auch diesmal haben sie über Volksinitiativen zu befinden. Die eine, ebenfalls von der GSoA lanciert, will den Kauf von 34 F/A-18-Kampfflugzeugen unmöglich machen, die andere den Bau von weiteren Waffenplätzen, insbesondere desjenigen in Neuchlen-Anschwilen in der Ostschweiz, verhindern. (Volksinitiative und Referendum gehören seit Ende des letzten Jahrhunderts zum Instrumentarium der direkten Demokratie. Eine Volksinitiative verlangt eine Abstimmung über eine von den Initianten vorgeschlagene Verfassungsänderung, ein Referendum eine Abstimmung über einen Beschluß des Parlaments; diese Volksabstimmungen müssen durchgeführt werden, wenn innerhalb der vorgeschriebenen Frist die nötigen Unterschriften gesammelt wurden; für eine Initiative sind dies 100 000, für ein Referendum 50 000.)

Im Hinblick auf diese beiden wichtigen Abstimmungen ist im Züricher Realotopia-Verlag ein Buch erschienen, das mit seinen mehr als 30 Beiträgen auch außerhalb der Schweizer Grenzen von Interesse sein dürfte. Zu Wort kommen darin sowohl grundsätzliche ArmeegegnerInnen, wie auch Leute, welche zwar die Notwendigkeit einer Armee bejahen, nichtsdestotrotz Kampfflugzeugkauf und Waffenplatzbau ablehnen.

Der Band zeigt zum einen, wie es zu den beiden Volksbegehren kam und welche Argumente für ihre Annahme sprechen. Zum anderen findet in dieser Publikation aber auch ein intensives Nachdenken über den Zustand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Schweizer Demokratie statt. Darüber hinaus finden sich auch Beiträge, die nach Bedingungen und Chancen friedensstiftender Politik fragen — Überlegungen, die nicht nur angesichts des Krieges auf dem Balkan ausgesprochen not tun.

Ebenfalls im Hinblick auf eine Abstimmung, nämlich die des Jahres '89, erschien Josef Langs Buch „Die Seele der Nation". Diese Sammlung von Aufsätzen des Historikers und GSoA-Aktivisten Lang über die ideologiestiftende Funktion der Schweizer Armee gestern und heute und zum „Heimat"-Begriff in der linken Diskussion ist noch immer sehr lesenswert; schade nur, daß sich darin mehrere sinnentstellende Druckfehler finden.

Andreas Gross, Adrian Schmid und Hansueli Trüb (Hg.):
„6. Juni '93 — Kompromiß auch bei der Armee? 2 x Ja zu den beiden Volksinitiativen zum Stop der F/A-18-Kampfflugzeuge und des Waffenplatzes in Neuchlen-Anschwilen."
Realutopie, Postfach 804, 8025 Zürich, 1993, 230 S., ca. 20 DM

Josef Lang:
„Die Seele der Nation. Die Bedeutung einer Schweiz ohne Armee."
isp-Verlag Frankfurt, 1989. 143 S., 19 DM.

Waffenschau in Emmen, 1980

Foto: Arbeiterfotografie Heft 71/72

GISELA NOTZ

Gewalt der Jugendlichen — „Mitschuld“ der Linken?

Es ist nicht zu übersehen, daß die Gewaltbereitschaft Deutscher und die Gewalt Deutscher gegen Fremde in den letzten Jahren besonders unter den Jugendlichen eklatant zugenommen haben. Eltern, ErzieherInnen und PolitikerInnen suchen nach Erklärungsmustern. Falsch erzogen — scheint die am weitesten verbreitete Antwort zu sein. Verantwortlich dafür werden Eltern und Lehrer gemacht und damit in erster Linie Mütter und Lehrerinnen, die für Erziehung im Wesentlichen zuständig sind.

Vor nunmehr fast fünf Jahren habe ich junge Eltern, die ihr erstes Kind erwarteten, danach gefragt, ob sie sich Gedanken darüber machen, wie das erwartete Kind erzogen werden soll*. Die jungen, werdenden Eltern wollten sich — soweit sie auf die Frage eingegangen sind — vor allem abgrenzen gegen nach ihrer Meinung überholte antiautoritäre oder egalitäre Erziehungsvorstellungen. Sie äußerten Ängste, daß durch solche Erziehungspraktiken Kinder in die Orientierungslosigkeit geführt würden. Ich hatte überhaupt nicht nach ihrer Einstellung zur antiautoritären Erziehung gefragt, daher führte ich die Abgrenzungswünsche auf mein eigenes Erscheinungsbild oder auf das negative Image, das den Erziehungsbemühungen der späten 60er und frühen 70er Jahre anhaftet, zurück. Die Frauen und Männer waren der Meinung, daß sie ihre Interessen den Kindern gegenüber mit Autorität durchsetzen müßten, weil diese sie sonst nicht ernst nähmen. Sie wollten den Kindern Grenzen setzen und bestimmen, wo diese verlaufen. Einige drohten dem noch nicht geborenen Kind bereits mit Schlägen: „Wenn das Kind nicht hört, kriegts auf die Finger!“ Und so verfuhren sie dann später auch.

Unter antiautoritär verstanden sie, daß Kinder „alles dürfen“ und deshalb rücksichtslos gegenüber anderen Menschen und vom Rest der Gesellschaft schließlich geächtet würden. Manche wandten sich total gegen eine Theoretisierung und Konzeptionalisierung des für ihre Begriffe gefühlsmäßigen Erziehungsanliegens. Vor allem Frauen waren es, die die Vorstellung hatten, Kinder bräuchten nichts dringender als den totalen Körperkontakt. Sie nahmen sich vor, das Kind, solange es ging, überall herumzuschleppen, immer für es da zu sein, es auf keinen Fall aus der Hand zu geben. Vor allem werdende Väter waren es, die im Großen und Ganzen die Meinung vertraten, daß man durch Erziehung ein Kind nicht groß beeinflussen kann, weil Kinder sowieso später ihren Eltern gegenüber oppositionell eingestellt sein würden. Sie sahen die Gefahr, daß Kinder gerade dann, wenn man sie in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen versucht, sich aus Protest ganz anders entwickeln würden. Daraus zogen viele die Schlußfolgerung: „Kleine Kinder darf man nicht in eine bestimmte Richtung erziehen“. Freilich wurden Ängste, daß das Kind ein Yuppi, ein Popper, ein Schicki-Micki-Typ, ein Skinhead oder ein Neonazi werden könnte, geäußert. Um das abzuwenden, wollte man es aber nicht mit entgegengesetzten Theorien vollquasseln, sondern über Akzeptanz den Zugang zum Kind erhalten. Auf keinen Fall wollte man AußerseiterInnen erziehen.

Fünf Jahre später lese ich im Spiegel die Überschrift: „Linke Lehrer, rechte Schüler“. Da sie kein Fragezeichen enthält, betrachte ich sie als Schlußfolgerung: Die linken Lehrer (Eltern) produzieren die rechten Schüler (Kinder). Berichtet wird über eine Kontroverse innerhalb der Landesgrünen in NRW. Der Spiegel hat dazu ein „abschreckendes“ Bild aus einem antiautoritären Berliner Kinderladen aus dem Archiv gebuddelt: die Bezugsperson schaut zu, wie ein Kind auf dem Tisch tanzt und mit Kartons um sich wirft. Ist das Kind heute ein Skinhead? Meine Erfahrungen lehren das Gegenteil.

Antiautoritäre Erziehung sollte es den Kindern ermöglichen, die Ordnung, in die sie hineingeboren wurden, zu hinterfragen, zu kritisieren und das, was ihr Leben betraf, mitzubestimmen. Mütter, die sie praktizierten, wollten ihre Kinder zu selbständigen Wesen erziehen, sich selbst und den Kindern Freiräume schaffen und sie nicht ständig mit sich herumtragen oder am Rockzipfel haben. Sie brauchten Freiräume für sich selbst, um arbeiten zu können, um Geld zu verdienen, aber auch, um politisch arbeiten zu können, ohne ständig verhindert zu sein. Es gab viel zu tun (und das gibt es auch heute). „Damals“ galt es gegen die Notstandsgesetze, gegen den Krieg von Vietnam zu demonstrieren, gegen die große Koalition, gegen Gesetze, die die herrschende Ordnung erhalten sollten. Aber auch für bessere Kindergärten, Schulen, kleine Klassen. Die Kinder sollten im Kinderkollektiv den ErzieherInnen gleichberechtigt und als vollwertige Menschen akzeptiert gegenübertreten können. Aufgabe der Erziehung sollte es sein, daß die Kinder nicht undiskutiert und unverstanden Befehle oder Anweisungen befolgen und nicht willkürlich oder unwillkürlich Strafen ausgesetzt waren. Ver-

bote und Einschränkungen wurden nicht autoritär durchgesetzt, sondern nur da ausgesprochen, wo sie im Sinne der Gemeinschaft notwendig waren und den Kindern einsichtig gemacht werden konnten. Das schloß Machtausübung durch Schreie, Schläge, Drohungen, Unterdrückungen der kindlichen Sexualität, Liebesentzug aus.

Durch das Aufwachsen der Kinder in vielfältigen sozialen Beziehungen wurden sie daran gewöhnt, auf die Bedürfnisse anderer Rücksicht zu nehmen, sie entwickelten früh soziales Verhalten, waren bewußter und weniger egoistisch als Familienkinder.

Ich kenne keine Söhne und Töchter, die von antiautoritären Müttern, Vätern oder anderen Bezugspersonen erzogen worden sind und heute bei den Skinheads gelandet sind. Ich kenne aber junge Frauen und Männer, die es genau so schwer haben, wie ihre Bezugspersonen es hatten, weil sie es weiter wagen, anders zu denken, zu reden und zu handeln und vielleicht auch anders auszusehen als der Durchschnitt. Ich erinnere, daß in Wohngemeinschaften erzogene Kinder schon in der Buddelkiste mit anderen Kindern Schwierigkeiten hatten, weil sie sich nicht schlagen, sondern weil sie argumentieren wollten und es für sie selbstverständlich war, daß das mitgebrachte Hörnchen nicht der oder die Stärkere bekam, sondern daß es solidarisch geteilt wurde. Über die Schwierigkeiten der gleichen Kinder, sich an schulischen Wettkampfspielen zu beteiligen, ist ausführlich berichtet. Selbst konservative LehrerInnen, die dem antiautoritären Erziehungsstil eher skeptisch gegenüber standen, heben das soziale Verhalten der Kinder positiv hervor. Schwierig wurde es allerdings immer dann, wenn Bezugspersonen und LehrerInnen gegensätzliche Haltungen vertraten. Wem sollten die Kinder glauben? Antiautoritär erzogene Söhne haben verweigert, zur Bundeswehr zu gehen oder an anderen Todesplätzen (Jungk) zu arbeiten. Viele wollen sich (auch später) nicht an der Rekonstruktion des alten Zustandes beteiligen. Sicher kenne ich junge Menschen, die (vielleicht vorübergehend) resigniert haben. Die Aufgabe, sich ständig durchzusetzen in einer kommerziellen und technokratischen Gesellschaft in der sie ständig ausgegrenzt werden, ist schwer. Die Diskriminierungen, die jeder erfährt, der gegen den Strom zu schwimmen wagt, können unerträglich werden. Die „Produkte" dieser Erziehung haben es nicht leicht, weil sie nach anderen Normen leben, als die meisten anderen.

Junge Frauen, die ihre Mütter als freie Frauen erlebt haben, die sich nicht von Männern überschatten und unterdrücken lassen, werden auch selbst nicht das Photo ihres (Ehe)Mannes als Symbol ihrer Persönlichkeit in der Brieftasche tragen. Junge Männer, deren Bezugspersonen ihnen ihre Abscheu vor Krieg und Gewalt offenlegten, werden sich nicht nach Ex-Jugoslawien zum militärischen Einsatz fliegen lassen. Gemeinschaftsgefühl finden sie nicht in rechtsradikalen Gruppen. Autoritäten, vor denen sie sich verbeugen sollten, sind ihnen verhaßt. Freilich sind manche einsam. Ich will nicht unterstellen, daß es gar keine Kinder linker Bezugspersonen gibt, die „egoistisch, konsumorientiert und im schlimmsten Falle sogar gewalttätig und fremdenfeindlich" sind, wie es die grüne Kritikerin behauptet. Was ist denn schief gelaufen?

Sind es immer die verborgenen Fehler der Bezugspersonen aus denen das Glück oder Unglück der Kinder resultiert?

Die Erziehung hat versagt, behaupten Politikwissenschaftler in der „Zeit" und ziehen daraus den Schluß, daß Autorität, moralische Fundamente und staatsbürgerliche Tugend wieder in die Erziehungskonzepte eingehen sollten (Leggewie) oder daß Erziehung sowieso niemals positiv sein könne, sondern lediglich „ein Zwangsunternehmen zur Transplantation eigener Vorstellungen in fremde Körper" ist (Morshäuser). Nach dieser Vorstellung gäbe es antiautoritäre Erziehung ebenso wenig, wie gewaltfreien Krieg.

„Die alten Antworten helfen nicht weiter" (Hurrelmann) aber die alten Fragen sind nicht beantwortet. Die Utopie von der herrschaftsfreien Gesellschaft ist noch immer Utopie. Die antiautoritäre Bewegung war nie eine breite Bewegung. Die Erziehung zum Ungehorsam war nie populär. Für manchen biederen Bürger wirkte sie als Provokation, war Gegenstand von Empörung und Ärgernis. Der Inselcharakter der antiautoritären Projekte sowie die politische Diskriminierung und Isolation der radikal-demokratischen Bewegung in der BRD verhinderten eine breite Wirksamkeit.

„Weil nämlich niemand weiß in dieser Welt — schon ewig, aber in unserer Zeit im besonderen — wie man eigentlich Kinder erzieht"

A. Mitscherlich

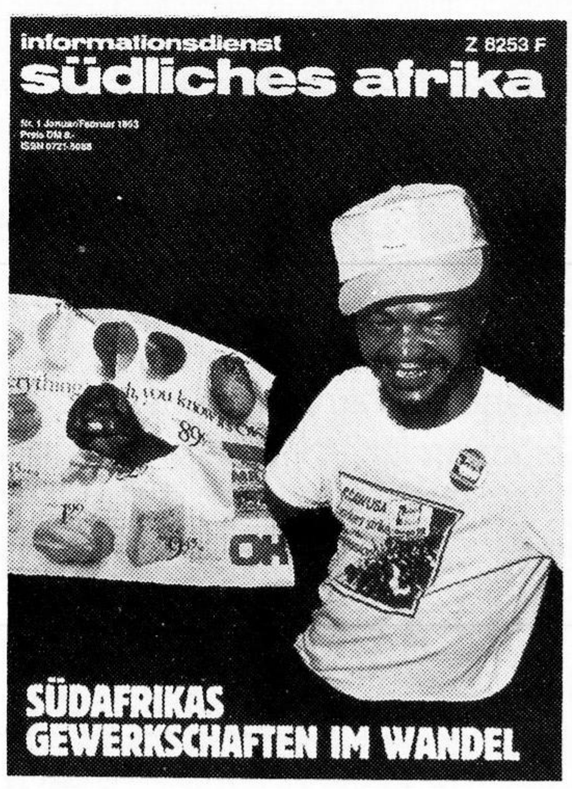
Der Ruf einst „Antiautoritärer" nach Autorität erinnert mich an die „linken" Eltern und Lehrer, die nie ehrlichen Herzens an die Ideale geglaubt haben, für die einzustehen sie ihren Kindern vorgaben. Sie verbreiteten nicht „linkes Gedankengut", weil sie überzeugt waren, daß dieses Land und diese Welt verändert werden müssen, sondern weil es gerade Mode war. Später schmissen sie die Ideale hin, wanderten aus — aufs Land, oder ein — in die innere Emmigration oder in spirituelle oder esoterische Welten, auf den jeweils neuesten Psychotrend aufspringend. Einige sind umgekehrt, haben ihre gesellschaftsverändernden Grundsätze aufgegeben, weil sich Kapitalismuskritik als nicht mehr zeitgemäß herausstellte und den „Marsch durch die Institutionen" angetreten. Heute ächten manche die, die sich nicht mehr angepaßt haben. Die Worte „links" und „rechts" bedeuten (scheinbar) nicht mehr viel, man muß mit der Zeit gehen.

inigen ist gar der Sinn ihrer politischen Aktionen abhanden gekommen. Sie können sich nicht erinnern: „Ich weiß nur noch, daß wir ständig auf Demos unterwegs waren," sagte Antje Krüger in der taz aus der Kommune 1, gefragt nach den „damaligen" Aktionen. Etliche erinnern sich ungern an ihre „linke Geschichte" und wollen auch nicht daran erinnert werden. Andere, die es ernst mein(t)en, kämpfen auch heute noch gegen Armut, Hunger, Krieg, Herrschaft und Unterdrückung. Das sind nicht diejenigen, die ihren Kindern erklären, es gäbe zu viele Ausländer in unserem Lande.

Die Familie hat versagt

Der Mangel an familiären Bindungen (Leggewie und Hurrelmann) führt zu Gleichgültigkeit und Orientierungslosigkeit bei den Jugendlichen. Leggewie beruft sich auf Horkheimer, der 1960 „das Schwinden der positiven beschützenden Funktion der Familie" (gemeint war die bürgerliche Familie des 19. Jahrhunderts) beklagte. Diesen Mangel stellten auch die „Antiautoritären" fest. Sie zogen daraus aber nicht den Schluß, daß die „Familie als Fabrik autoritärer Ideologien und konservativer Strukturen" (Reich) zu restaurieren sei, sondern daß ihre Funktion als primäre Reproduktions- und Sozialisationseinheit in Frage gestellt werden muß. Das hieß, daß Frauen sich nicht — wie in der bürgerlichen Familie — auf „Mutterliebe" und „Familienpflichten" reduzieren lassen wollten und Männer nicht auf macht- und zwangsausübende Autoritäten. Deshalb wurde nach Alternativen zur Kleinfamilie gesucht, in deren Rahmen die traditionelle häusliche Rollenverteilung durch kooperative Arbeitsmodelle (Wohngemeinschaften) ersetzt wurde und die Privatheit der Beziehungen zwischen Frauen, Männern und Kindern aufgehoben werden sollte.

Die ersten antiautoritären Kinderläden sind durch Frauen gegründet worden, die ihre Mutterrolle kollektiv organisiert und politisiert haben. Damit wurde die Erziehung in der Kleinfamilie mit der Fixierung auf einen engen Personenkreis, in dem das Kind lernt, daß es wenig sinnvoll ist, sich den Wünschen



zum Südlichen Afrika

In jedem Heft
Berichte und Analysen zu
Politik, Wirtschaft,
Sozialem, Kultur...
in den Ländern der Region
— Südafrika, Namibia,
Simbabwe, Angola,
Mosambik, Botswana,
Lesotho, Swasiland, Malawi,
Sambia, Zaire

Themenschwerpunkte
der letzten Hefte

Nr. 2-1992 Südafrika — Politische Gewalt
Nr. 3-1992 Dürrekatastrophe im Süden Afrikas
Nr. 4-1992 Namibia: Enttäuschte Erwartungen
Nr. 5-1992 Frieden in Mosambik? Wahlen in Angola
Nr. 6-1992 Amnestiedebatte in Südafrika
Nr. 1-1993 Gewerkschaften in Südafrika

6mal jährlich für DM 50,-
Einzelheft DM 8,-
Probeheft kostenlos

Bezug:
Informationsstelle
Südliches Afrika
Königswinterer Str. 116,
53227 Bonn

die zeitschrift

der „Mächtigen“ (vor allem des Vaters) zu widersetzen, bewußt abgelehnt. Das Ziel antiautoritärer Erziehung war es schließlich, die Kinder nicht zu unbedingter Pflichterfüllung und reibungsloser Anpassung an die herrschenden Gesellschaftsbedingungen zu erziehen. Es sollten keine angepaßten Untertanen erzogen werden, sondern autonome und kritikfähige Menschen.

Familienkritik war „damals“ möglich. Selbst das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit stellte 1973 fest, daß die „Kleinfamilie“ durch erhebliche Sozialisationsmängel gekennzeichnet sei und durch eine Überbetonung von traditionellen Erziehungszielen nicht geeignet sei, die Kinder auf spätere Anforderungen an soziale Verhaltensmuster für Geschlechterrolle, Familienrolle, Berufsrolle oder der Rolle der StaatsbürgerIn geeignet vorzubereiten. Es wurde damals festgestellt: „ Die Struktur der Wohngemeinschaft schafft bessere Voraussetzungen als die Kleinfamilie, einer zeitgemäßeren Auffassung von der Geschlechterrolle gerecht zu werden.“

Heute ist Familienkritik out. Inmitten der vergifteten Mit- und Umwelt soll „Familie“ wieder die Illusion der Sicherheit und des sinnvollen Lebens vermitteln. Trotz der Analysen von Haß und Gewalt, die junge Menschen in eben dieser Familie erfahren. Das erinnert verdammt an die Versuche der Wiederherstellung der patriarchalen Kleinfamilie der 50er Jahre. Damals galt sie als nicht intakt, wenn die Mutter berufstätig war. Die Kinder aus solchen Ehen hielt man für gefährdet. „Schlüsselkinder“ wurden in die Kategorie der Entwurzelten und Verwahrlosten eingereiht.

Um das „Familienglück“ zu sichern, sollten sich die Frauen (wieder) auf Heim und Herd beschränken und dem „Familienoberhaupt“ seine Rolle in Beruf, Politik und Öffentlichkeit überlassen.

Die alte Ordnung soll wieder hergestellt werden

Kein Wunder, daß konservative Politiker die These, daß linke ErzieherInnen rechte Kinder produzieren, begeistert aufnehmen. Auch konservative Pädagogen fühlen sich legitimiert, die breite Desorientierung von Schülern und Jugendlichen auf den Einfluß einer Minderheit pädagogisch links orientierter und handelnder Bezugspersonen und Lehrer zurückzuführen.

Sie fühlen sich unterstützt in dem Wunsch, die alte Ordnung wieder herzustellen und auf „die alten 68er“ einzuschlagen. Endlich haben sie Schuldige für die Misere des Rechtsradikalismus gefunden und (scheinbar) den Beweis dafür erhalten, daß es schädlich ist, konservative Tugenden und Ordnungen über Bord zu werfen. So können sie unverändert ausländerfeindlich sein oder zumindest Fremde nach ihren Herkunftsländern und dem, was nach Ihrer Vorstellung gut und böse ist, sortieren.

Das politische Problem des Rechtsradikalismus wird pädagogisiert. Daß es gerade die alte konservative Ordnung ist, die die Rechtsradikalen wieder herstellen wollen (Familie, Rolle der Frau, Stärkung der Staatsmacht), gerät aus dem Blick. Wie kann so die „Heilung“ der Täter, denen staatlich subventionierte Räume zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden, gelingen. Indem man sie als „als Nazi kostümierte Kids“ bezeichnet, wird ihr politisches Anliegen nicht ernst genommen. Die Täter bekommen als „schrecklich normale Monster“ (Leggewie) Ehrenplätze in den Medien. Die Opfer der Gewalttaten geraten aus dem Blick.

Statt die Schuldigen bei denen zu suchen, die sie am wenigsten sind (antiautoritäre Bezugspersonen und Lehrer), sollten Pädagogen, Sozialwissenschaftler und Politiker ihren Beitrag dazu leisten, daß für Pogrome Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden und vor allem politische Drahtzieher, die ein Interesse an der Rechtslenkung der Jugendlichen haben, aufgedeckt werden.

Von Bezugspersonen rechter Jugendlicher würde ich mir wünschen, daß sie ihnen jegliche Form der Zuarbeit (z.B. häusliche Versorgung) verweigern und sie in der Art und Weise Ernst nehmen, daß sie ihnen ihre Mißbilligung zeigen und ihnen klar machen, was sie anrichten.

Von Lehrern an Schulen, in Lehrwerkstätten und an den Universitäten wünsche ich mir, daß sie ihren Kindern zeigen, was das Kopf-in-den-Sand stecken bewirkt und wozu blinder Gehorsam führt und daß sie mit ihnen über Widerstandsformen und spektakuläre Aktionen gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Fremdenhaß nachdenken und dann auch gemeinsam mit ihnen handeln. ●

(*) Gisela Notz: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn, Dietz-Verlag 1991

Dr. Gisela Notz ist wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung und Mitherausgeberin der beiträge zur feministischen theorie und praxis.

CARL-WILHELM MACKE

Ein Leben im Schatten von Tragödien

Zum 80. Geburtstag von Eduard Goldstücker — eines 'anderen 68er'

Im Juni 1963 wurde auf Schloß Liblice bei Prag anläßlich einer Tagung über Franz Kafka einer jener Steine in die stockigen Gewässer des realen Sozialismus geworfen, deren Wellen noch fünf Jahre später die Soldaten der Warschauer-Pakt-Truppen während ihrer Okkupation des tschechoslowakischen 'Bruderstaates' in der Entschlossenheit des gewaltfreien Widerstandes zu spüren bekamen. Als in den westeuropäischen Ländern das Werk Kafkas längst in seiner überragenden Bedeutung für die Literatur dieses Jahrhunderts erkannt worden war, galt es in den realsozialistischen Kulturfestungen immer noch als ,,dekadent'', ,,bürgerlich'', ,,nihilistisch''. Nur ein Bruchteil des Werkes wurde veröffentlicht und auch der landete schnell in den Giftschränken der Zensoren.

Gegen dieses Verschweigen, Denunzieren oder Verfälschen der Literatur Kafkas begann sich Anfang der 60er Jahre der vorsichtige Protest einiger Intellektueller, auch im Umkreis der tschechischen KP, zu formieren. Einer der profiliertesten Köpfe im Kampf gegen die Kafka-Unterdrückung der orthodoxen Kulturfunktionäre der KP's war der Prager Germanist Eduard Goldstücker.

Zusammen mit dem österreichischen Reformkommunisten Ernst Fischer formulierte Goldstücker auf der Kafka-Konferenz die provozierendsten Ketzereien über Kafka, die dann die realsozialistische Nomenklatura zu empörenden Polemiken reizte. Besonders in der Rede Ernst Fischers auf der Tagung von Liblice war bereits das Wetterleuchten radikaler Kritik des realen Sozialismus durch die verschiedenen Strömungen der Opposition der späteren siebziger und achtziger Jahre spürbar. ,,Die Entfremdung des Menschen, die Kafka mit maximaler Intensität dargestellt hat, (...) ist auch in der sozialistischen Welt keineswegs überwunden. Sie Schritt für Schritt zu überwinden, im Kampfe gegen Dogmatismus und Bürokratismus, für sozialistische Demokratie, Initiative und Verantwortung, ist ein langwieriger Prozeß und eine große Aufgabe. Die Lektüre von Werken wie 'Der Prozeß' und 'Das Schloß' ist geeignet, zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen.'' Und tatsächlich, schon der erste Satz in Kafkas berühmtem Roman ,,Der Prozeß'' führt mitten hinein in die für die Zeit des realen Sozialismus so typische Atmosphäre andauernder Verdächtigungen und Bespitzelungen. ,,Jemand mußte Josef K. verleumdet haben, denn ohne daß er etwas Böses getan hätte, wurde er eines Morgens verhaftet.''

Immer wieder stoßen wir in den ersten Kapiteln von Goldstückers Autobiographie ,,Prozesse'' (München 1989) auf lakonisch formulierte Mitteilungen über das Ende von Angehörigen und Freunden. ,,So brachte mich die 'Endlösung' um drei Generationen meiner Familie... Sie alle, ohne Ausnahme, sind umgekommen... Die Spuren verlieren sich in Auschwitz''. Goldstücker selbst gelingt es, vor den Nazis von Prag nach England zu flüchten. Nach Kriegsende kehrt er zurück, hinter sich den Schrecken und vor sich noch die große Hoffnung auf eine freie, sozialistische Tschechoslowakei. Das politische Engagement in der KPTsch verschafft ihm die Möglichkeit einer diplomatischen Karriere, zuerst bei der UNO, dann in Israel. Langsam verfärbt sich sein kommunistischer ,,Traum eines besseren Lebens für alle'' mit dem Grau des Stalinismus. Als Anhänger einer angeblich ,,trotzkistisch-zionistischen Verschwörung'' um den damaligen Generalsekretär der KPTsch R. Slansky wird er denunziert, verhaftet, ,,in das Mahlwerk endloser Nachtverhöre und Drohungen'' (Goldstücker) gezwungen und schließlich verurteilt. Von dem lebenslänglichen Urteil verbüßt er vier Jahre in Haft. Hier, in Gefängnissen oder Arbeitslagern mit den zynischen Namen ,,Gleichheit'', ,,Einheit'', ,,Brüderlichkeit'', wird der Kommunist Goldstücker im Namen des Kommunismus ,,terroristisch zurechtgeschliffen''. Was ging nur in den Köpfen dieser Anti-Stalinisten vor, wenn sie, wie Goldstücker, nach der Entlassung aus der Haft trotzdem bekennen: ,,Unsere Einstellung zur Partei hat sich nicht geändert''? Ende 1955 wird er freigelassen, wieder in die Partei aufgenommen und beginnt an der Universität Prag mit seiner Arbeit als Literaturwissenschaftler: Wieder Hoffnungen auf einen ,,Sozialismus mit menschlichem Antlitz'', auf einen, in der Tschechoslowakei im Gegensatz zu den anderen Warschauer-Pakt-Staaten in der Bevölkerung akzeptierten ,,Kommunismus in demokratischer Tradition''. 1967 wird Goldstücker zum Präsidenten des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes gewählt und streitet in dieser Position für den intellektuellen Freiraum, in dem der Prager Frühling aufblühen konnte. An die Spitze des Staates, der Verbände und der KP werden Personen gewählt, die zuvor lange von den Stalinisten gedemütigt oder zum Schweigen verurteilt werden. Der eher farblose und gutmütige slowakische KP-Funktionär A. Dubcek wird im Januar 1968 zum 1. Sekretär der Partei gewählt.

Am 21. August 1968 brechen die Ideale der Goldstückers und Dubceks unter der Gewalt zusammen. Goldstücker findet sein Exil zum zweiten Mal in England.

,,Ich glaube'', sagte Goldstückers Freund Ernst Fischer nach seinem Ausschluß aus der österreichischen KP, ,,die Tschechoslowakei war in den wenigen Monaten bis zum 21. August das freieste Land, das es je gegeben hat. Aber die Erinnerung an dieses Glück kann nicht untergehen. Manche werden verzweifeln, viele werden resignieren. Einige sind zu Schuften geworden. Aber die Erinnerung an die Tage des Prager Frühlings bleibt ein Sprengstoff, mit dem die Autoritären nicht fertig werden.'' Dieser geistige Sprengstoff explodierte über zwanzig Jahre später und fegte die Autoritäten des Staatssozialismus endgültig von der politischen Bühne Europas. Ende 1989 konnte Goldstücker zusammen mit seiner Frau wieder in die jetzt demokratische Tschechoslowakei zurückkehren.

Daß jetzt auch auf Menschen wie Goldstücker der Schatten des zusammengebrochenen realsozialistischen Lügengebäudes fällt, ist hart. Er und mit ihm andere linke Politiker wie Intellektuelle haben vielleicht naiv, vielleicht in zweifelhafter Loyalität gegenüber ihren Idealen an einer Reformierbarkeit des kommunistischen Systems geglaubt. Sie haben Göttern vertraut, die keine waren. Sie haben aber auch, im Gegensatz zu vielen ihrer Kritiker in den heutigen realkapitalistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas, Jahre ihres Lebens den ,,stalinistischen Zeitdieben'' (Goldstücker) geopfert.

Es ist das Verdienst eines über jede kommunistische Sympathie erhabenen Intellektuellen wie Adam Michnik, Brücken der Verständigung zwischen den 68er Reformkommunisten und den heutigen post-kommunistischen Intellektuellen geschlagen zu haben. ,,Der Streit, um das Jahr '68 ist ein Streit um Vergangenheit und Zukunft, um das Recht, auf dieses Stück der eigenen Biographie stolz zu sein. Er verpflichtet auch zur kühlen Analyse der eigenen Fehler. Er ist auch ein Streit, wie die Zukunft in Angriff zu nehmen ist. Wird es eine Zukunft freier, toleranter und offener Gesellschaften sein? Oder eine auf Lügen gebaute Welt neuer orthodoxer Diktaturen'' (in ,,Lettre International'', Nr. 20/1993). In diesem Ton und mit diesem Ziel ließe es sich von allen, denen der ,,Prager Frühling'' von 1968 Teil ihrer politischen Biographie geworden ist, weiter diskutieren: ohne Nostalgie, ohne Verbitterung, vor allem ohne den Opportunismus der, wie Michnik es formulierte, ,,Vorsichtigen, die sich nie die Finger schmutzig gemacht haben.'' ●

HOLM-DETLEV KÖHLER

Denunziantentum

„Die Denunziation ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält", heißt es in Thomas Mitscherlichs neuestem Film „Die Denunziantin". Und weiter: „Eine Gesellschaft ohne Denunziation ist Anarchie", und gemeint ist nicht Bakunins freie Gesellschaft, sondern eher Hobbes' Naturzustand des bellum omnium contra omnes. Das Thema des Films ist also ein selektiver Herrschaftsmechanismus, der auf dem persönlichen Vorteilsstreben des Einzelnen basiert, das politische Pendant zu Adam Smith' invisible hand in der Ökonomie.

Die Filmgeschichte ist authentisch und stoffreich. Die unscheinbare Helene Schwärzel denunziert den politischen Kopf des Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944 Carl Goerdeler. Dieser wird hingerichtet und sie erhält dafür vom Führer persönlich eine Million Reichsmark. Das Tatmotiv dieser grauen deutschen Untertanenseele ist Geltungsbedürfnis: einmal im Leben etwas Wichtiges, von Bedeutung sein. Im Winter 1946 wird sie dann selber Opfer einer Denunziation und wegen Denunziation („Verbrechen gegen die Menschlichkeit") in erster Instanz zu 15 Jahren, in der zweiten zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Zusatzinformation liefert Mitscherlich im Nachspann: „Außer Helene Schwärzel wird kein Richter, kein Staatsanwalt, kein Gestapo-Mann, kein Soldat, kein Zivilist wegen des Justizmordes an Carl Goerdeler verurteilt". Die große Mehrheit der wenigen verurteilten Naziverbrecher waren denunzierte Denunzianten. Das Hauptkontingent bilden persönliche Rachemotive und innerfamiliäre Streitigkeiten, die Denunziation von Ehepartnern war durchaus häufig.

Damit sind wir bei einem delikaten Problem der Denunziation angelangt. Man braucht sie zur Herrschaftssicherung, denn selbst die Stasi konnte nicht in jede deutsche Seele blicken, doch sie muß begrenzt werden, um nicht doch wieder bei Hobbes zu landen: jeder bringt jeden ins Gefängnis. Was dann droht, zeichnet sich ja derzeit in den deutschen Regierungspalästen ab. Man hat vor lauter Späths, Pfarrs, Krauses, Engholms und sonstigen amigos bald keine Minister mehr und selbst die Gewerkschaften verlieren neben ihrer Gemein-Wirtschaft bald auch ihre börsentüchtigen Vorsitzenden.

Im Film übernimmt dieses Korrektiv die Mutter und stellt die durch Denunziation bedrohte Familien- und Nachbargemeinschaft gegen die durch Denunziation bewahrte Volksgemeinschaft. Als die vor Stolz strahlende Helene Schwärzel zur Vorbereitung des Führerempfangs ihre todkranke Mutter besucht, wird sie von dieser zutiefst verachtet. Sie stirbt aus Gram über die Tochter und ihre letzten Worte sind: „Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant!" An dieser Stelle bricht der Film die gerade begonnene Debatte ab, versteckt sich vollends hinter der spannungslos dahinplätschernden persönlichen Geschichte: „Ich habe doch nur meine Pflicht getan". Die übertrieben harten Zeitungskritiken am Film werden dadurch zwar nicht gerechtfertigt aber verständlich, denn wer langweilt sich schon gerne bei einem interessanten Thema?

Auf diese Weise braucht der Film den versteckten Konsens, Denunziation sei unehrenhaft, nicht zu problematisieren. Diese Haltung wird noch verstärkt durch die Schauspielleistung von Katharina Thalbach, die eine Identifikation mit dem Täter/Opfer Helene Schwärzel ermöglicht. Erst treibt sie die unmenschliche Umgebung, die fehlende persönliche Anerkennung, zur vollkommen unpolitischen Denunziation, dann wird sie bedauernswertes Opfer eines männlichen Streits um Geld und Macht. So wird die politisch verwerfliche Denunziation eines Widerstandskämpfers gegen Hitler verständlich und harmlos, jede deutsche graue Maus hätte in dieser Situation so handeln können. Umgekehrt wird die politisch gerechtfertigte Denunziation des Nazi-Verbrechens zu einem miesen Akt von persönlichem Neid und Mißgunst. Doch was ist mit einer Tochter, die ihren Vater, den KZ-Wächter oder Vergewaltiger, öffentlich anklagt. Ist nicht die Bürgerrechtsbewegung der DDR eine kollektive Denunziation aller „Volksgenossen", die 68er Bewegung eine der Nazi-Eltern, die sich kollektiv zu Demokraten umdefinieren ließen? Wer ist überhaupt der Adressat von Denunziation? Eine Justiz, die eigentlich denunziert werden müßte, der Staat, die Öffentlichkeit...? Die Umgehung der Frage nach normativen Kriterien für Denunziation ist vielleicht die wirkliche Schwäche des Films und nicht so sehr das Ausblenden der Dilemmata des konservativen Widerstands à la Goerdeler, wie der Vorwurf mancher Filmkritik lautete.

Mit diesem Psychogramm von Herrschaft ist man unmittelbar in der deutschen Gegenwart. Allein die Denunziation erlaubt eine Verurteilung der Vergangenheit ohne Vergangenheitsbewältigung, die Aufrechterhaltung des Prinzips, nach dem die Kleinen hängen und die Großen laufen gelassen werden. Denunziation darf nichts aufdecken, sondern soll im Gegenteil vergangenes Unrecht gleichzeitig verschleiern und entsorgen. Funktionäre eines verbrecherischen Staates müssen aus zwei Gründen geschützt werden: erstens kann man mit verurteilten Verbrechern keinen Staat machen und zweitens kann man keinen Staat ohne die verbrecherischen Funktionäre machen. Die Denunziation ist das Ventil für die kleinen Leute, die ihresgleichen vor den Richter bringen können. Die Gauck-Behörde ist daher keine Institution zur Verfolgung der DDR-Verbrechen, sondern eine Aufforderung zur selektiven Denunziation.

Im Westen wissen wir es schon lange: unser spektakulärer Aufstieg zur Wirtschaftswundernation hatte seine Grundlage in der Kontinuität der Wirtschafts-, Justiz- und Beamtenverbrecher an der Macht, in der Symbiose aus kollektiver Verdrängung im Aufbauaktionismus und individueller Denunziation. Eine konsequente Nazi-Verfolgung hätte unsere Nation zerrüttet, die Volksgemeinschaft zerstört. Der konservative Hermann Lübbe drückte es am unmißverständlichsten aus: Nur das kollektive Beschweigen hat unser Wirtschaftswunder ermöglicht, und deshalb war es gut und richtig so. Im Osten muß diese Lektion jetzt gelernt werden. Zwei Mauerschützen, drei Stasi-Chefs und ein paar denunzierte IMs sind genug der Selbstreinigung von den Bösewichtern der Vergangenheit. Mehr erlaubt die großdeutsche Aufrüstung für zukünftige Aufgaben derzeit nicht. Man denke nur, was aus unseren guten demokratischen Institutionen würde, gäbe es allgemeine Akteneinsicht für deutsche Bürger bei BND und Verfassungsschutz. ●

SUSANNE SCHOLZ

ORLANDO oder DIE VERWANDLUNG

Als Orlando eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu — nein, nicht zu einem ungeheuren Ungeziefer, sondern — zu einer Frau verwandelt. *Orlando* der Film erzählt die unglaubliche Geschichte eines Mannes, der zu einer Frau wurde.

Wir sollten nun aber nicht glauben, daß das auch der Gegenstand von Virginia Woolfs gleichnamiger Erzählung ist. Orlando — die Erzählung geht über die Instabilität von Körpererfahrung und die Konstruiertheit von Geschlechterrollen. Ihr „Held" Orlando, gesegnet mit ewiger Jugend, durchlebt vier Jahrhunderte und nimmt dabei die verschiedensten Körperstile und Geschlechtsrollen an. Er ist Page am Hof Elizabeths I., durchquert elegant das 17. Jahrhundert, lebt als Botschafter des imperialen England in Konstantinopel — immer formvollendet in Verhalten, Gestik, Habitus und Mode der jeweiligen Zeit.

In Konstantinopel findet dann die größte der vielen Wandlungen in Orlandos Körperstil statt: nach tagelangem Schlaf erwacht er als Frau, um sich, nach England zurückgekehrt, all den Umständen ausgesetzt zu sehen, die die Gesellschaft des späten 18., des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts denjenigen entgegenbringt, die das Konzept ‚Frau' zu ver-körpern haben. Die systematische Behinderung einer selbstbestimmten Lebensplanung beginnt schon bei der nun zu tragenden Kleidung, die aufgrund ihrer Starrheit einen eigenen ‚weiblichen' Körperstil hervorbringt, sie setzt sich fort in der Unmöglichkeit, als Unverheiratete den Familienbesitz zu beanspruchen. Orlando geht diese Verwicklungen pragmatisch an und läßt sich ansonsten nicht festlegen: wenn ihr die Krinolinen zu hinderlich werden, zieht sie eben in Männerkleidung los, und schon stehen ihr wieder alle Machtmittel zu Gebote, die ihr als ‚Frau' verweigert wurden.

Im Film bleiben von diesen unzähligen Verwandlungen, die jeweils einen neuen Körper produzieren, nur die Kostüme und eben jene als einschneidend begriffene Geschlechtsänderung. Es ergeht Orlando, der Filmfigur, nicht so übel wie Kafkas Gregor Samsa in „Die Verwandlung". Zugegeben, eine solche Verwandlung ist es nicht, aber der Film hat keine Ahnung davon, daß Körperstile wandelbar sind, außer in Form eines Wunders, eines unerklärlichen Vorkommnisses, und er versteht nicht, daß jeder gesellschaftliche Diskurs seine eigenen Körperformen hervorbringt.

Orlando die Erzählung weiß das, und führt damit die an der Nase herum, die meinen, Körper seien biologisch invariante Größen. Für die ist das Erwachen in einer anderen Körperform (und noch dazu einer weiblichen!) natürlich eine Katastrophe mittleren Ausmaßes (da kann man ja gleich als Käfer aufwachen). Aber dieser Art ist die Metamorphose ja gar nicht, oder so müßte sie nicht verstanden werden, wenn da die nicht wären, die unbedingt eine anatomisch fundierte Verknüpfung zwischen Körperform und Identität postulieren müssen.

Für Orlando die Romanfigur ist die Differenz zwischen den Geschlechtern keine ums Ganze, und Körperform und Sexualität sind keine identitätsbestimmenden Faktoren — eine wohltuende Erkenntnis in Zeiten, in denen uns aus antifeministischen Manifesten der Biologismus nur so anspringt.

Wo in der Erzählung ein Changieren zwischen den Geschlechtern das Leben Orlandos bestimmt, gibt es im Film nur eine, und die tritt auf in Form eines unabänderlichen Eingriffs in Leben und Identität der von diesem unglaublichen Widerfahrnis Betroffenen. Er erzeugt damit den Eindruck, daß Geschlecht eine feste Größe sei — das Gegenteil also von dem, was die Erzählung vermitteln will. Und wo im Text völlige Instabilität in bezug auf Sex (im umfassendsten Sinn des Wortes) besteht, in der Begegnung mit Shelmerdine nämlich, den Orlando zeitweise für eine Frau hält und vice versa, da hat der Film nur klischeehaft-animalische Männlichkeit zu bieten, die die Szene völlig ins Lächerliche zieht.

Traurig genug, daß Sex sich im 19. Jahrhundert offenbaren muß (und damit ohnehin eine Totgeburt ist: *„I'm dead, Sir," she replied. A few minutes later they became engaged.*), aber Virginia Woolf hat hier wenigstens die absolute Verwischung der Geschlechtergrenzen zu bieten: *„I'm passionately in love with you," she said. No sooner had the words left her mouth than an awful suspicion rushed into both their minds simultaneously. „You are a woman, Shel!" she cried. „You're a man, Orlando!" he cried.* (Es sei daran erinnert, daß dies „after-sex-talk" ist, und daß daher an anatomischen Gegebenheiten vermutlich kein Zweifel besteht.) Dieser Teil des Romans kommt als Karikatur der Roman(zen)-tradion à la Barbara Cartland und ihrer unzähligen Vorläuferinnen im 19. Jahrhundert daher und ist deshalb recht vergnüglich zu lesen. Im Film fehlt diese ironische Distanz leider völlig und der Sex wird, wie das heute so üblich ist, bitter ernst genommen (daß mir nur keine/r kichert!). Schließlich, das wissen wir spätestens seit Freud, ist das der Wahrheitsdiskurs über uns, und wer wollte die Wahrheit über sich nicht endlich erfahren, auf die eine oder andere Weise?

So erfahren wir also im Film die Wahrheit über Orlando: sie ist eine Frau, unweigerlich, und natürlich eine heterosexuelle, an der gnadenlosen Männlichkeit eines Shelmerdine kommt auch sie nicht vorbei, und sie entdeckt dabei endlich ihr wahres Ich. Und damit wir ein richtiges Happy-End bekommen, serviert der Film uns auch noch die Zwillingsgeburt von Kind und Werk als krönende Erfüllung einer weiblichen Existenz, so daß alle recht glücklich unter dem Lächeln eines pausbäckigen Engels nach Hause gehen können. Es hat wieder mal eine geschafft, alle Erfordernisse, die sich an eine Frau in unserer Gesellschaft so stellen, zu erfüllen, sogar überzuerfüllen, denn wer hat schon die ach so erstrebenswerte (magersuchtsverdächtige) Idealfigur? Was mehr könnte sie (und die Kinobesucherin, der das zur Nachahmung empfohlen wird) sich also wünschen? Bloß: es soll ja niemand glauben, daß diese Modepuppe der Neunziger irgendetwas mit Virgina Woolfs androgynem Ideal zu tun hat. Mit welchem Recht heißt nur dieser Film *Orlando*? ●

CHRISTA OPPENHEIMER

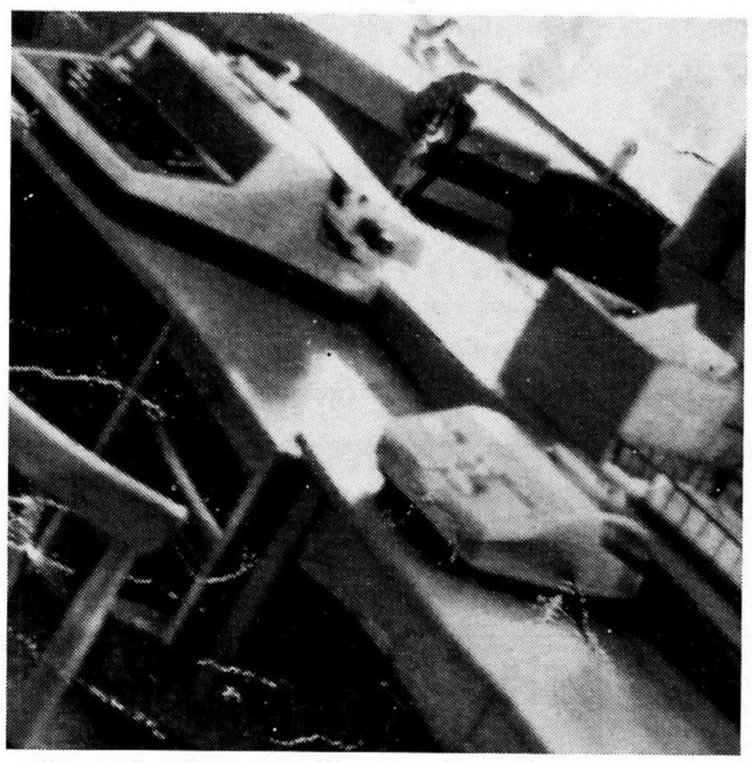
Und ich hab' sie ja nur auf die Schulter geküßt...

Tatort Arbeitsplatz
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
Ulrike Gerhart, Anita Heiliger, Annette Stehr (Hg.), Verlag Frauenoffensive, München 1992

...entschuldigte sich einst der Operettenkavalier. Doch auch anno 1993 hat sich nicht viel geändert. In ,,Tatort Arbeitsplatz'' heißt es: ,,Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist aus männlicher Perspektive inexistent. Die Handlungsabläufe, welche von Frauen mit diesem Begriff versehen werden, sind für die allermeisten Männer alltägliche Rituale der Expression, Annäherung, Kommunikation, Bewertung. Frauen (...) haben durch ihre Geschlechtszugehörigkeit für Männer Aufforderungs- und Einladungscharakter.'' (S. 20) Und weiter resümiert der Züricher Sozialwissenschaftler Alberto Godenzi aus seiner Arbeit: ,,Aber: Machen wir uns nichts vor. Die Herren der Schöpfung werden bei sexueller Belästigung vor allem an die anderen Herren und an augenfällige oder extreme Verhaltensweisen denken und die vielen subtilen und strukturellen Varianten nicht als Verfehlungen erkennen oder anerkennen wollen, denn das hieße die Männerordnung in Gefahr bringen'' (S. 46). Diese Aussagen verdeutlichen sehr realistisch die unterschiedliche Alltagswahrnehmung der Geschlechter. Was den Frauen Belästigung und Gewalt, ist für Männer nicht existent oder sogar positiv besetzt. Voreingenommenheit kann man dem Wissenschaftler nicht nachsagen. Er steht auf Männerseite und muß (so kann frau nur hoffen) von seinesgleichen ernst genommen und nicht — wie oftmals Frauenaussagen — als hysterisch abgewiegelt werden.

Der Sammelband ist ein weiterer Schritt auf dem Wege 'die Männerordnung in Gefahr' zu bringen. In den zwölf Beiträgen wird aus verschiedensten Perspektiven die sexuelle Belästigung als Gewalt gegen Frauen belichtet. Fast entschuldigen sich die Herausgeberinnen dafür, auch einem Manne das Wort zu erteilen. Sie verstehen dies jedoch als einen Anfang, Frauen der Opfer-Perspektive zu entziehen und den Blick auch auf die männliche Täterperson zu lenken. Die obigen Zitate aus Täterperspektive bestätigen die von Frauen bereits seit langem aufgestellte These, daß sexuelle Belästigung eine Form der Gewalt ist, die den Erhalt der männlichen Machtstrukturen sichern soll. Alberto Godenzi focussiert in seinem Artikel Verhalten, Legitimation und Erklärungsstrategien der Männer. Die Aufnahme dieses Artikels in das Buch ist ein erster Versuch, die Geschlechter-Perspektiven und Forschungsergebnisse zu diesem Thema zusammenzudenken.

Zum einen betonten die Herausgeberinnen die Vielfalt der Gewalt gegen Frauen und zum anderen die Notwendigkeit, sich mit der speziellen Gewalt, der sexuellen Be-



lästigung am Arbeitsplatz, öffentlich auseinandersetzen zu müssen. Sie stellen die These auf, die emanzipatorische Wirkung von Erwerbsarbeit für Frauen würde durch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz kontraproduktiv, das befreiende Element der Arbeit in zusätzliche Unfreiheit, Diskriminierung, Last und auch Leiden transformiert. Ihre praktische Erfahrung aus achtjähriger Beratungsarbeit mit sexuell belästigten Frauen und die Ergebnisse der letzten bundesweiten Bonner Studie (im Buch von M. Holzbecher dargestellt) belegen diese These.

Besonders erwähnenswert sind zwei Beiträge, die über die bisherige theoretische Abhandlung des Themas hinausgehen und konkrete Hilfestellung anbieten. Das Kapitel ,,Recht haben und Recht bekommen'' enthält Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten der Frauen im Arbeits- und Bildungsbereich. Erarbeitet ist nicht nur eine Zusammenstellung der einzelnen Paragraphen der unterschiedlichen Rechte, sondern auch wie diese Rechtsgrundgedanken auf die entsprechenden Situationen auszulegen sind. Beweissicherung, so die Autorinnen, sei das ,,A'' und ,,O'' aller Vorgehensweisen.

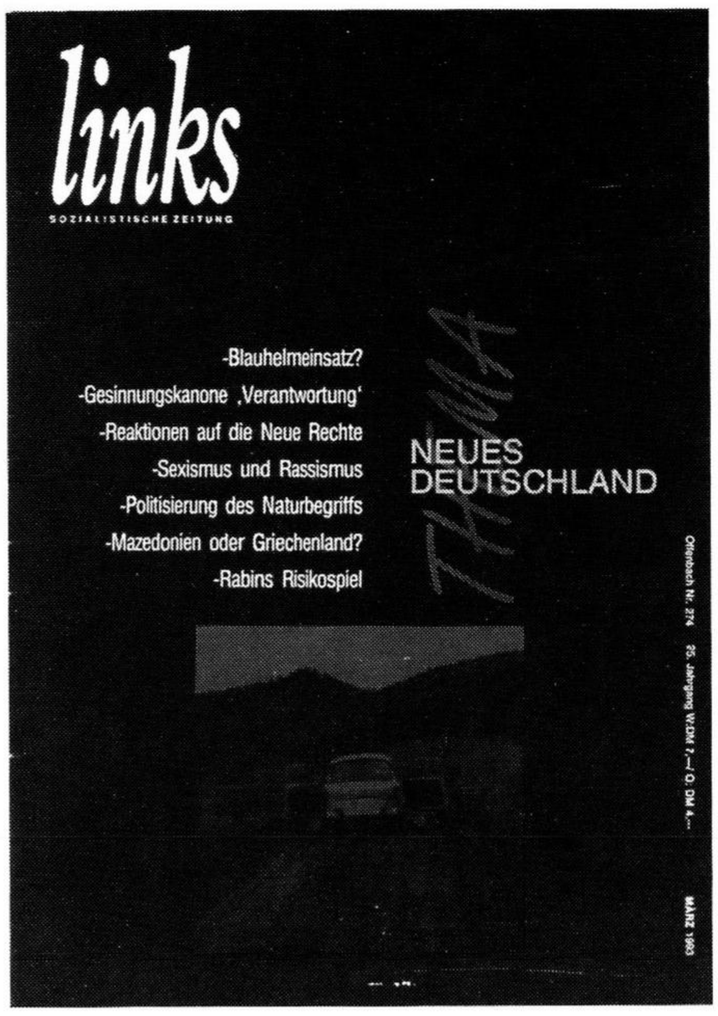
Die rechtlichen Ausführungen werden durch Handlungsstrategien ergänzt, die im Laufe der Beratungsarbeit von der Pariser Frauenorganisation AVFT (Association europeenne contre les violences faites aux femmes au travial) entwickelt wurden. Es sind detaillierte Angaben zur Erstellung eines Dossiers für den speziellen Belästigungsfall. Das Dossier bedeute für die betroffenen Frauen eine konkrete Hilfe, sich gezielter gegen erlittene Gewalt und Demütigungen zu wehren, eigene Schuld- oder gar Schamgefühle zu bewältigen und Öffentlichkeit herzustellen. Verletzte Frauenwürde könne nur über öffentlichen Druck wieder hergestellt werden, meinen die Autorinnen zu recht.

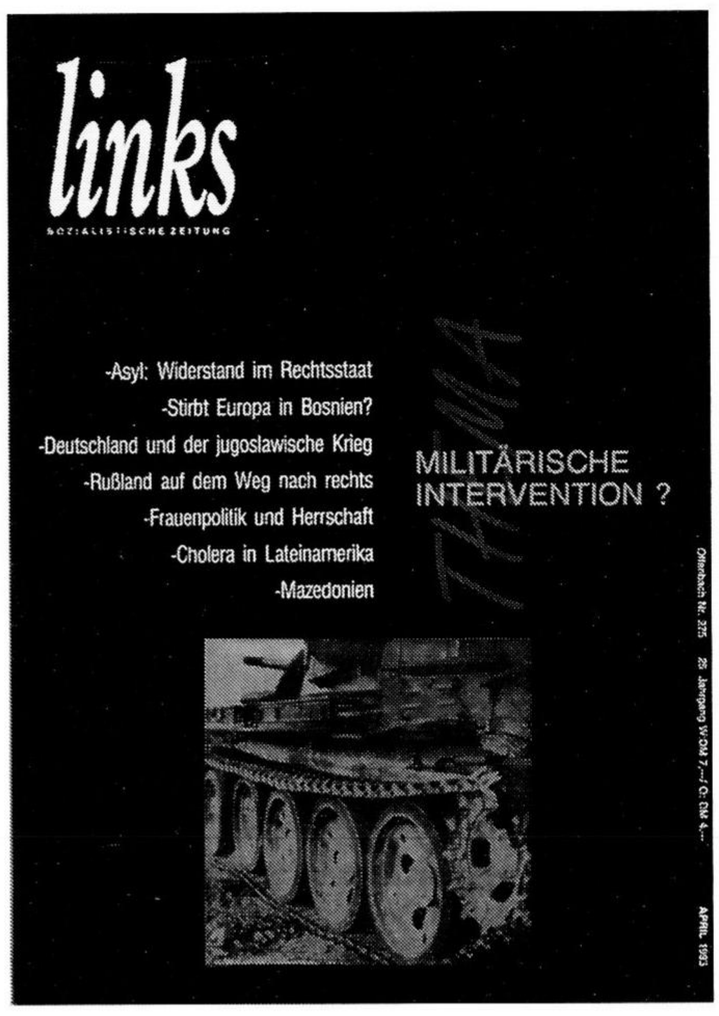
In diesem Buch wird deutlich, daß Gegenwehr und Widerstand für Frauen nicht unmöglich sind. Allerdings müssen Beratungs- und Hilfsangebote bestehen, die der betroffenen Frauen einen Rahmen bieten, sich mit juristischen Mitteln zur Wehr zu setzen und nicht in der Emotionalität und im Leiden passiviert zu bleiben. Ein empfehlenswertes Buch; es ist eine Unterstützung in dieser Auseinandersetzung und tritt möglicher Resignation entgegen. Vermittelt wird ein umfassender theoretischer Einblick in die Problematik, den Frauen wird Mut gemacht sich zu wehren und gleichzeitig erhalten sie das entsprechende 'Werkzeug' in die Hand.

Daß sexuelle Gewalt nur eine der vielen existierenden Gewaltformen gegen Frauen ist, um männliche Macht und somit das patriarchale Geschlechterverhältnis abzusichern, ist schon fast Allgemeingut. Dennoch folgten bisher nur wenige Konsequenzen. Eine solche wäre die gesetzliche Regelung der sexuellen Belästigung als Straftatbestand, allerdings bei Beweislast-Umkehr. Zielsetzung dieses Buches ist deshalb auch die Durchsetzung gesellschaftlich verankerter Regelungen, die Gewalt gegen Frauen verhindern. ●

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu Ein neues Deutschland! Welches?, Opposition in Kroatien, Militärische Intervention der BRD?, Frauenpolitik und Herrschaft, Asylrecht ade? Konstruktion von Mehr- und Minderheiten. Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.





Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1993) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,— im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,— im Jahr).

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 4 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

Krieg dem Medienkrieg?!

,,Nachdem die Medien zuerst den Boden für diesen Krieg bereitet hatten, trugen sie auch noch zu seiner Brutalisierung bei. Solange sie in diesem Krieg unermüdlich die Rolle der Einpeitscher und Scharfmacher weiterspielen, wird man ihn nicht stoppen können.'' (Vesna Kesic, freie Journalistin in Zagreb)

Im Dezember '92 wurde in Zürich die Gruppe ,,Medienhilfe für Ex-Jugoslawien gegründet''. Ziel ist die Unterstützung unabhängiger Medien in Ex-Jugoslawien, denn ,,die Arbeitsbedingungen der unabhängigen Medienschaffenden sind katastrophal. Sie stehen unter ständigem staatlichem Druck, der sie zur Selbstzensur zwingt, einige werden tätlich angegriffen, andere gar mit dem Tode bedroht. Zu Hunderten werden kritische Journalisten aus den staatlichen Medien entlassen,'' permanent wird versucht, die materielle Situation der kritischen Medien zu verschlechtern, ihre Arbeit zu behindern!

Am Beginn der Initiative stand die sorgfältige Auswahl von zwölf Medienprodukten in Ex-Jugoslawien, wobei laufend neue Projekte geprüft werden. Auswahlkriterium ist journalistische Unabhängigkeit sowie die konsequente Haltung gegen den Krieg und die Politik der ethnischen Säuberungen. Der Gruppe gehören u.a. zwei ex-jugoslawische Staatsangehörige an, die sich in der Medienlandschaft des Landes auskennen. Durch ständige Beobachtung und Überprüfung der Mediensituation wird sichergestellt, daß Spendengelder keinesfalls für kriegspropagandistische oder nationalistische Medienprojekte ausgegeben werden. Geholfen werden kann in allererster Linie durch Geldspenden, welche schnellstmöglich weitergeleitet werden. Das gesammelte Geld wird somit nicht monatelang auf Konten schlummern, sondern direkt an die entsprechenden Projekte weitergeleitet. Die ,,Medienhilfe für Ex-Jugoslawien'' garantiert absolute Zuverlässigkeit und Transparenz, weitere Informationen sind jederzeit erhältlich über:

Medienhilfe für Ex-Jugoslawien
Adresse: Postfach 1161, 8040 Zürich
Info-Broschüre ,,Information statt Propaganda'', A4, 8 Seiten, Gratis
Ausführliches Doku über das Gesamtprojekt, A4, ca. 40 Seiten, 15 Franken
Spendenkonto 80 - 32253 - 9